



## Impressum

### **Bild Titelseite:**

Auf der Titelseite finden Sie eine Wortwolke, eine Übersicht der im folgenden Text am häufigsten benutzten Substantive, Adjektive und Adverbien. Ähnliche Abbildungen finden sich jeweils bei den Darstellungen der Workshopergebnisse.

Dieser Bericht ist die zweite Version nach dem Jugendforum vom 08. und 09. März. In diesem Bericht sind auch dessen Ergebnisse integriert.



Dieser Bericht wurde erstellt im Rahmen des Projektes „Unterstützung des Dialogverfahrens zur Erstellung der Nachhaltigkeitsstrategie des Landes Brandenburg“ im Auftrag des Ministeriums für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz des Landes Brandenburg.

### **Ansprechpartner**

Ministerium für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz des Landes Brandenburg  
Herr Dr. Martin Pohlmann  
Albert-Einstein-Straße 42-46 • 14473 Potsdam  
Tel. 03 31-8 66 79 23 • Fax 03 31-8 66 72 41  
martin.pohlmann@mugv.brandenburg.de

### **Auftragnehmer**

e-fect dialog evaluation consulting eG  
Am Deimelberg 19  
D 54295 Trier  
Tel. +49 (0)6 51 463 90 30 0 • Fax +49 (0)6 51 463 90 30 2  
www.e-fect.de

TAURUS ECO Consulting GmbH  
Am Wissenschaftspark 25-27  
D-54286 Trier  
Tel.: 0651 / 201 – 3130 • Fax: 0651 / 201 – 3346  
www.taurus-eco.de

### **Bearbeitung**

Stefan Löchtefeld (V.i.S.d.P)  
loechtefeld@e-fect.de  
Sophie Scholz  
Maria Seewald

Dr. Klaus Sauerborn  
klaus.sauerborn@taurus-eco.de  
Jan Maurer

## Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung	4
1.1. Wie war der Auftrag?	4
1.2. Was waren die Ziele der Konsultation?	4
1.3. Wie ist der Bericht aufgebaut?	5
2. Thematische Ergebnisse des Dialogprozesses	6
2.1. Brandenburg als Vorreiter im Umgang mit Energie und Klimawandel	7
2.2. Lebensqualität für zukunftsfähige Städte und Dörfer	22
2.3. Zukunftsfähige Finanzpolitik	39
2.4. Nachhaltige Entwicklung kommunizieren und eine nachhaltige Bildungslandschaft fördern	50
2.5. Wirtschaft und Arbeit in der Hauptstadtregion	63
2.6. Kommunen und lokale Akteure in der Nachhaltigkeitsstrategie	80
2.7. Jugendforum „Brandenburg 2030. Deine Zukunft! Deine Vision?“	93
3. Zusammenhänge und Wechselwirkungen zwischen den Handlungsschwerpunkten	104
3.1. Wechselwirkungen	104
3.2. Weitere relevante Themen für die Landesnachhaltigkeitsstrategie	106
4. Rückblick auf die erste Dialogphase	108
4.1. Sind die Ziele erreicht worden?	108
4.2. Was war noch bemerkenswert?	110
5. Vorschläge für den weiteren Prozess	112
5.1. Wie verhindert man den Prozess idealerweise?	112
5.2. Was ist wichtig für eine Nachhaltigkeitsstrategie?	112
5.3. Wie könnte die Partizipation bei der weiteren Erstellung der Nachhaltigkeitsstrategie aussehen?	114
5.4. Was ist wichtig bei der Umsetzung einer Nachhaltigkeitsstrategie für das Land Brandenburg?	116
6. Anhang	124
6.1. Übersicht der Veranstaltungstermine	124
6.2. Übersicht Teilnehmende	124
6.3. Tabellenverzeichnis	132
6.4. Abbildungsverzeichnis	132
6.5. Verzeichnis der Abkürzungen	133

# 1. Einleitung

Dieser Bericht ist die Zusammenfassung der Ergebnisse der ersten Dialogphase zur Erstellung der Nachhaltigkeitsstrategie des Landes Brandenburg. Er fokussiert die Themen, Ziele, Indikatoren und Maßnahmen, die im Dialog für die fünf Handlungsfelder genannt wurden.

*Es handelt sich um die zweite Version, die nach dem abschließenden Jugendforum erstellt wurde.*

## 1.1. Wie war der Auftrag?

Der Landtag beauftragte 2010 die Landesregierung mit der Erstellung einer Nachhaltigkeitsstrategie für Land Brandenburg. Der vom Ministerium für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz des Landes Brandenburg berufene Beirat für Nachhaltige Entwicklung entwickelte Empfehlungen für Eckpunkte einer Strategie. Darauf aufbauend verabschiedete die Landesregierung im Februar 2011 die Eckpunkte einer Strategie für Nachhaltige Entwicklung unter dem Titel „[Gemeinsam Verantwortung für unsere Zukunft übernehmen](#)“.

Die Eckpunkte stellen die inhaltliche Grundlage für den Konsultationsprozess dar, der von März bis November 2012 stattfand. Die in diesem Bericht zusammengefassten Ergebnisse, ergänzt um eigene Ideen und Empfehlungen des Beirats für Nachhaltige Entwicklung, stellen die Grundlage für einen Strategieentwurf. Dieser soll im Frühjahr 2013 erstellt, im Spätsommer interessierten Akteuren vorgestellt und diskutiert und dann nach einer Überarbeitung Ende des Jahres verabschiedet werden.

Das federführende Ministerium für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz des Landes Brandenburg des Landes Brandenburg (MUGV) hat e-fect dialog evaluation consulting eG und TAURUS Eco Consulting GmbH damit beauftragt, sie beim Dialogprozess zur Erstellung der Nachhaltigkeitsstrategie des Landes Brandenburg zu unterstützen.

## 1.2. Was waren die Ziele der Konsultation?

Ziel des Dialogprozesses war, das Thema Nachhaltigkeit in der Gesellschaft zu vermitteln und die zentralen und wichtigen Akteure bei der Erstellung der Nachhaltigkeitsstrategie einzubinden. Außer-



Abbildung 1: Prozess der Erstellung der Nachhaltigkeitsstrategie des Landes Brandenburg

dem wurden im Dialogprozess inhaltliche Ergebnisse erarbeitet, die das Fundament für den Entwurf der Landesnachhaltigkeitsstrategie darstellen. Dabei war es Aufgabe von TAURUS und e-fect, die thematische Komplexität und Bandbreite einer Strategie für Nachhaltige Entwicklung ergebnisorientiert diskutierbar zu machen.

Mit dem Partizipationsverfahren sollen die zentralen Akteure die Landesregierung bei der Themenfindung und Schwerpunktsetzung innerhalb der fünf Handlungsschwerpunkte aus dem Eckpunktepapier unterstützen. Die fünf Handlungsschwerpunkte sind:

- Wirtschaft und Arbeit in der Hauptstadtregion
- Lebensqualität für zukünftige Städte und Dörfer
- Brandenburg als Vorreiter im Umgang mit Energie und Klimawandel
- Zukunftsfähige Finanzpolitik
- Nachhaltige Entwicklung kommunizieren und eine nachhaltige Bildungslandschaft fördern

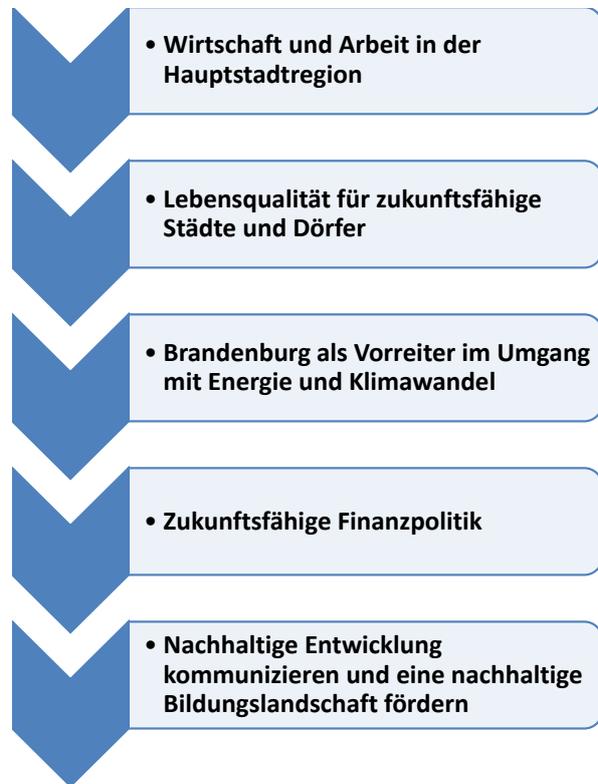


Abbildung 2: Handlungsschwerpunkte des Eckpunktepapiers

Nach der Auftaktveranstaltung am 23. März fand zwischen Mai und November je eine Veranstaltung zu den fünf Handlungsschwerpunkten statt, wobei das Thema „Nachhaltige Entwicklung kommunizieren und eine nachhaltige Bildungslandschaft fördern“ beim Zweiten Runden Tisch Bildung für Nachhaltige Entwicklung (BNE) behandelt wurde. Neben diesen fünf thematischen Workshops fand auch noch eine Veranstaltung zu „Kommunen und lokale Akteure in der Nachhaltigkeitsstrategie“ und das Jugendforum statt.

### 1.3. Wie ist der Bericht aufgebaut?

Der Bericht enthält in Kapitel 2 (Thematische Ergebnisse des Dialogprozesses) die zusammengefassten Vorschläge der Teilnehmenden für die Strategieelemente auf Basis der Ergebnisse der Workshops.

Im Kapitel 3 (Zusammenhänge und Wechselwirkungen) zeigen wir die Zusammenhänge der fünf Handlungsschwerpunkte, deren Wechselwirkungen und vorhandenen Zielkonflikte aber auch mögliche Synergien auf, die im Rahmen der Fortschreibung der Strategie für Nachhaltige Entwicklung beachtet werden sollten.

Nach einer Bewertung der ersten Dialogphase in Kapitel 4 (Rückblick auf die erste Dialogphase) unterbreiten wir in Kapitel 5 Vorschläge für den weiteren Prozess.

## 2. Thematische Ergebnisse des Dialogprozesses

In diesem Kapitel werden die Ergebnisse der Veranstaltungen zusammengefasst. Die Gliederung in der Darstellung der Ergebnisse orientiert sich an den für die Nachhaltigkeitsstrategie vorgesehenen Strategieelementen.

### Wo liegt der Fokus der Ergebnisse?

Der Fokus dieses Berichts liegt darauf, die Aussagen der Teilnehmenden zu systematisieren und thematisch strukturiert wiederzugeben. Auf diese Weise stellen wir sicher, dass die Ergebnisse des Dialogs - schwerpunktmäßig die Einschätzungen und Anregungen der Akteure – als Grundlage für die Erarbeitung der Nachhaltigkeitsstrategie zur Verfügung stehen.

Es ist im Rahmen des Dialoges keine systematische Stärken-Schwächen-Chancen-Risiken-Analyse (SWOT) durchgeführt worden. Die im Rahmen des Workshops benannten Aspekte haben wir den Stärken, Schwächen, Chancen und Risiken zugeordnet.

Die Resultate der Vorträge zu Beginn der Workshops dienen vor allem als Impulse für den Dialog und stehen im Rahmen der Dokumentationen der Workshops in detaillierter Form zur Verfügung.

Eine Ausnahme bildet jeweils das Teilkapitel Ausgangssituation, das sich in erster Linie aus den Vorträgen speist, da dieses Thema in den Arbeitsgruppen und den anderen Diskussionen nicht thematisiert wurde. Inhalte der Vorträge, die von anderen Teilnehmenden aufgegriffen und weiter diskutiert wurden, sind hier ebenfalls dargestellt.

Lediglich in dem jeweiligen Zwischenfazit zu den Handlungsschwerpunkten geben wir auch eigene Einschätzungen wieder.

Um Missverständnissen vorzubeugen: die Darstellung der Dialogergebnisse ist zwar an den oben dargestellten Strategiekomponenten orientiert, die Dialogergebnisse allein aber natürlich nicht hinreichend für die Ausarbeitung der Nachhaltigkeitsstrategie.

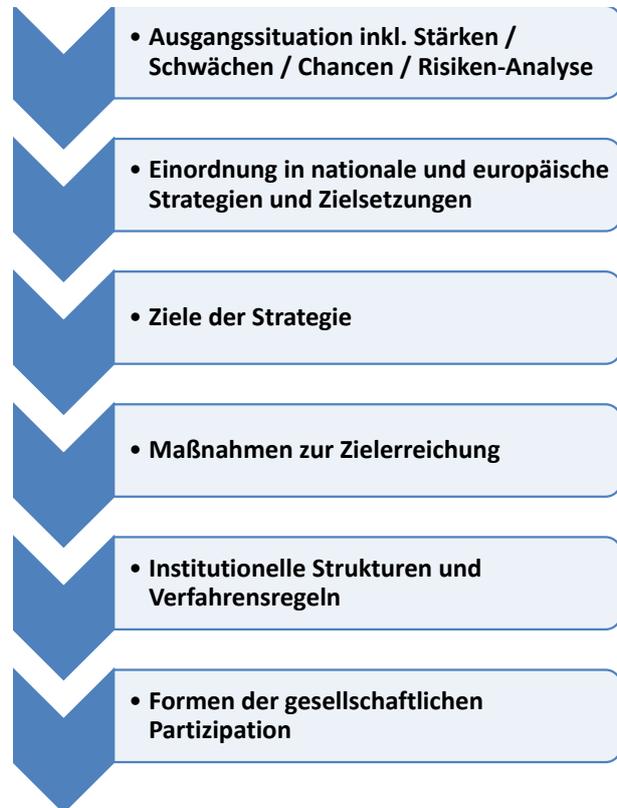


Abbildung 3: Vorgesehene Strategieelemente für die Handlungsschwerpunkte der Nachhaltigkeitsstrategie



Die **aktuelle energie- und klimapolitische Situation Brandenburgs** kann an dieser Stelle nur verkürzt durch einige ausgewählte Merkmale und Kennwerte charakterisiert werden. Bereits im Eckpunktepapier wird die Umbruchssituation – weg von den nicht erneuerbaren und hin zu den erneuerbaren Energien – thematisiert.

#### **Eckpunktepapier der Landesregierung**

Brandenburg hat eine lange Tradition in der Nutzung von Braunkohle und verfügt über große Lagerstätten. Die Lausitz ist geprägt von der Energieproduktion, die vielen Menschen Arbeit gab und noch einigen Tausend gibt. Doch der exportorientierte Wirtschaftszweig hat seine Schattenseiten, die buchstäblich immer deutlicher zutage treten: Durch den großflächigen Braunkohlenabbau gehen Kulturland und aus Natur- und Umweltschutzsicht wertvolle Landschaften unwiederbringlich verloren.

Dabei beweist Brandenburg gerade im Energiesektor bereits seine Wandlungsfähigkeit: Die regenerative Energieerzeugung nimmt im Bundesvergleich einen Spitzenplatz ein. Rechnerisch werden schon heute zwei Drittel des Strombedarfs des Landes durch erneuerbare Energien gedeckt.

Mit der Energiestrategie 2030 hat die Landesregierung eine Antwort auf die Herausforderungen der Klima- und Energiepolitik wie auch der Wirtschaftspolitik gegeben, die nach wie vor kontrovers diskutiert wird, nicht zuletzt auch im Workshop „Klima- und Energiepolitik als Elemente der Nachhaltigkeitsstrategie in Brandenburg“.

Aktuelle Strukturmerkmale sowie Kennwerte für Brandenburg lauten:

- Im Energieexport und -transitland Brandenburg tragen die energiebedingten CO<sub>2</sub>-Emissionen zu über 90 % zu den Gesamtklimagasemissionen des Landes bei.
- Die regenerative Energieerzeugung nimmt im Bundesvergleich einen Spitzenplatz ein. Brandenburg ist Schrittmacher beim Einsatz Erneuerbarer Energien (16 % EE am PEV, 46 % EE am Bruttostromverbrauch).
- Brandenburg ist Energieexport und -transitland (Stromexport aus BB über 50 %, Export von Raffinerieprodukten über 60 %).
- Die energiebedingten CO<sub>2</sub> Emissionen konnte von 1990 - 2010 um über 38 % verringert werden.

#### **2.1.1.2. SWOT**

##### **Stärken**

- Die Landesregierung hat sich auf ein Pilotvorhaben für einen Nachhaltigkeitscheck der Energiestrategie 2030 eingelassen und damit eine gewisse Offenheit zur kritischen Reflexion ihrer Strategie signalisiert.
- Akzeptanz und Beteiligung sind erstmals in der Energiestrategie 2030 des Landes Brandenburg als Ziel verankert.
- Viele technische Innovationen sind bereits vorhanden.

- In einzelnen Fachgebieten gibt es recht gute Monitoring-Systeme (z. B. Landwirtschaft, Waldumbau) → hiermit können relativ schnell Fehlentwicklungen entdeckt werden.
- Monitoring der Klimaanpassung: Im naturwissenschaftlichen Bereich sind gute Instrumente vorhanden, im gesellschaftlichen Bereich müssen noch sinnvolle Instrumente entwickelt werden.
- Brandenburg und Berlin arbeiten im Bereich der Energietechnik eng zusammen (Cluster Energietechnik Berlin-Brandenburg).
- Brandenburg verfügt über umfangreiche Erfahrung beim Ausbau der erneuerbaren Energien.

## Schwächen

- Soziale Innovationen sind bisher stark vernachlässigt worden. Dies wird aber auch als schwieriges Thema verstanden, weil es individuelle und gesellschaftliche Lernprozesse erfordert.
- Stromnetze halten der Produktion von Energie, z. B. in windstarken Zeiten, nicht stand und sind den technischen Herausforderungen der „neuen Dezentralität“ der Energieproduktion noch nicht gewachsen.
- Keine Berücksichtigung des Themas Energieeinsparung: Nicht nur beim Thema Strom, sondern auch bei den Themenfeldern Wärme und Verkehr
- Noch Defizite im Bereich Energieeffizienz, insbesondere im Bereich Bauen. Bisher kaum Berücksichtigung von Dämmung und weiteren Möglichkeiten, „graue Energien“ zu reduzieren.
- Thema Klimaschutzziel: die Landesregierung hat keine Zwischenziele bzw. Meilensteine in der Energiestrategie 2030 beschrieben. Es sind keine Ansatzpunkte zur Nachsteuerung vorhanden → Erschwert jetzt Monitoring und Zielerreichung.
- Maßnahmenpaket der Energiestrategie 2030: Keine direkten Klimaschutzmaßnahmen benannt und Klimaschutz insgesamt kein ausgewiesenes Ziel; bisherige Maßnahmen sind Braunkohle-zentriert; stattdessen sollte überlegt werden, welcher Mix an flexiblen Energieerzeugungsarten eine zukünftige klimagerechte Energieerzeugung erreichen kann.
- Der Paradigmenwechsel (Energiewende) und der Strukturwandel in der Energiewirtschaft werden nicht ausreichend beachtet: Z. B. ist Strom heute ein Spekulationsobjekt; das Streben nach Selbstversorgung nimmt in allen Bundesländern zu, die Zielsetzung des Stromexports scheint risikobehaftet.
- Doppelarbeit wegen Kommunikationsproblem zwischen Landkreis und regionaler Ebene → bei Entwicklung und Umsetzung dezentraler Konzepte ist es sehr wichtig, vorhandene Konzepte mit geplanten Konzepten abzustimmen und sie frühzeitig einzubinden (bisher laufen verschiedene Initiativen noch aneinander vorbei → Verzahnung von regionalen und kommunalen Konzepten notwendig).
- Für den aus erneuerbaren Energien erzeugten Strom sind keine ausreichenden Speichermöglichkeiten vorhanden (gilt für Deutschland insgesamt) → tagsüber komplette Versorgung mit Solarstrom möglich, jedoch keine Speicherung von Strom für die Nacht möglich.

- Brückentechniken (z. B. CCS) verhindern eine Reformation des Systems.

## Chancen

- Innovationen (technologische Innovationen Energiegewinnung/Nachhaltiger Energieverbrauch etc.) bieten große Chancen für die Wirtschaft. → „ökologisches Wirtschaftswunder“ und sieben Kardinal-Innovationen.
- Nachhaltigkeitscheck: Landesregierung geht als gutes Beispiel voran: Fixierung auf politische Routinen überwinden: Förderung des gesellschaftlichen Lernprozesses; je früher man eine Nachhaltigkeitscheck mache, umso wichtiger und politisch effektiver sei er.
- Bei Forschungs- und Praxisprojekten Einbeziehung von Sozialwissenschaftlern vorantreiben: Fragen von Gerechtigkeit und Lebensstilen werden betrachtet, Zielgruppenorientierung (welche Innovation wird von welcher Zielgruppe angenommen).
- In der verstärkten dezentralen Energieerzeugung werden Chancen für Kommunen gesehen, aber Rahmenbedingungen für Kommunen müssen verbessert werden: auf kommunaler Ebene sollten auch Energie- und Klima-Workshops angeboten werden.
- Zuwachs der Beschäftigung im Bereich der Erneuerbaren Energien: Prognosen schätzen rund 2.500 zusätzliche Arbeitsplätze (landesweit, nur Wartung und Installation).

## Risiken

- Beschäftigungsrückgang in der Lausitz im Bereich Braunkohletagebau und Verstromung (rund 4.000 Arbeitsplätze).
- Fehlende Zusammenarbeit zwischen den beiden Bundesländern Berlin und Brandenburg zum Thema Klimaanpassung und die Klimaschutzpläne. Klimaschutz ist eine nationale Aufgabe und nicht eine der einzelnen Bundesländer. Wenn Brandenburg und Berlin nicht aktiv werden, werden sich später andere darum kümmern. Dann werden aber vermutlich die Spezifika des Standorts Brandenburg / Berlin außer Acht gelassen. (z. B. landwirtschaftliche Herausforderungen).
- Ein konkretes Datum für den Ausstieg aus der Braunkohle wird bisher nicht benannt. Dies droht die Klimaschutzziele aufzuweichen.
- Die Priorisierung von Maßnahmen (bzgl. Dringlichkeit und Budget) ist wichtig, ansonsten besteht das Risiko, dass - wie vor einigen Jahren im Abwasserbereich geschehen, in Strukturen investiert wird, die dann nicht mehr den Bedürfnissen entsprechen, aber unterhalten werden müssen.
- In Bezug auf CCS- Anlagen wird das klimapolitische Risiko gesehen, dass diese die Braunkohlenutzung noch über die vorgesehene Dauer der Nutzung als Brückentechnologie hinaus als attraktiv erscheinen lässt
- Strompreissteigerungen sollten vermieden werden und die Versorgungssicherheit der Energieversorgung gewährleistet werden, sonst droht eine De-Industrialisierung.

- Es besteht ein hohes Risiko, dass fertige Konzepte zur dezentralen Energieversorgung nicht umgesetzt werden; hier ist Hilfestellung seitens des Landes (Beratung, intensive Prozessgestaltung, u. U. auch finanzielle Unterstützung) erforderlich, um die Umsetzungslücke zu verringern.

### 2.1.1.3. Einordnung in nationale und europäische Strategien und Zielsetzungen

Es besteht Einigkeit darüber, dass eine integrierte Klima- und Energiepolitik in Brandenburg mit nationalen wie auch europäischen Energie- und Klimazielen abgestimmt werden muss. Darauf rekurriert bereits das Eckpunktepapier.

#### **Eckpunktepapier der Landesregierung**

Um diese Herausforderungen gezielt anzugehen, hat die Landesregierung 2008 ein breites Maßnahmenbündel verabschiedet. Im Zentrum stehen dabei die „Energiestrategie 2020“ und der „Maßnahmenkatalog zum Klimaschutz und zur Anpassung an die Folgen des Klimawandels“. Beide Beschlüsse orientieren sich in ihrer Zielstellung an den Klimaschutzzielen der Bundesregierung und der Europäischen Union.

Im Workshop wird gefordert, Brandenburg muss stärker im Gesamtsystem der vielfältigen Vorgaben und Ziele der EU und des Bundes agieren, was neue Herausforderungen darstellt.

Folgende politische Grundlagen erachten die Teilnehmenden für die Klimaanpassung als wichtig:

- Weißbuch der EU
- Deutsche Anpassungsstrategie DAS und den Aktionsplan Anpassung
- Arbeiten des BMELV (Website Klimawandel und Klimaschutz)
- Klimakompass des BMBF
- BMVBS: Programm für Bauen und Städteplanung (Raumordnung)
- MUGV: Maßnahmenkatalog zum Klimaschutz und zur Anpassung an die Folgen des Klimawandels

Die Interministerielle Arbeitsgruppe zur Anpassung an die Folgen des Klimawandels entwickelt in Anlehnung an die Deutsche Anpassungsstrategie (DAS) Maßnahmenkataloge, die in landesspezifische Managementkonzepte einfließen.

### 2.1.1.4. Handlungsbedarf

Im Eckpunktepapier der Landesregierung werden folgende Handlungsfelder definiert:

#### **Eckpunktepapier der Landesregierung**

Die Energieeffizienz birgt noch erhebliches Potenzial, um den Primärenergieverbrauch und die CO<sub>2</sub> Emissionen zu verringern...

Das rasante Wachstum an dezentralen Kraftwerken erfordert eine neue Struktur der Stromverteilung und neue Speichertechnologien...

Die klimapolitische Zielstellung des Landes bis 2030 (75%ige Minderung der energiebedingten CO<sub>2</sub> Emissionen gegenüber

1990) kann nur erreicht werden, wenn neben CO<sub>2</sub>-Einsparmaßnahmen in der Industrie, im Gewerbe, im Gebäudebereich und im Verkehr die Emission von Klimagasen bei der Verstromung von Braunkohle deutlich reduziert wird...

In einem originär dem Nachhaltigkeitsgedanken verpflichteten Handlungsfeld ist es für die Glaubwürdigkeit von großer Bedeutung, die verschiedenen sozialen, ökologischen und weiteren Umweltaspekte ausgewogen und nachvollziehbar zusammenzuführen. Beispielhaft dafür sind Zielkonflikte zwischen dem Schutz der Biodiversität und der Gewinnung regenerativer Energien; hierfür sind besonders die langfristigen Folgen abzuschätzen und Lösungen zu entwickeln, die beide Ziele integrieren.

Für die Biomassepotenziale wurde der Grundsatz Ernährungssicherheit vor stofflicher und energetischer Nutzung postuliert. Der Klimawandel.... erfordert Anpassungsmaßnahmen in allen Lebens- und Wirtschaftsbereichen Brandenburgs.

Im Workshop Klima- und Energiepolitik als Elemente der Nachhaltigkeitsstrategie in Brandenburg wurden ohne direkten Bezug zur Systematik der Handlungsfelder aus dem Eckpunktepapier die folgenden Handlungsbedarfe benannt:

- Weniger die Systemintegration der erneuerbaren Energien als vielmehr eine Transformation des gesamten Energiesystems aus Erzeugung, Einspeisung, Abnahme und Verteilung sowie Speicherung sei notwendig (siehe dazu ausführlicher die Ausführungen unter ‚Ziele‘).
- Im Bereich der Energie- und Klimapolitik wird – unter Berücksichtigung der Energiestrategie 2030 – folgender Ergänzungsbedarf im Bereich der Klimaziele und Handlungsansätze gesehen:
  - Integrierte Energie- und Klimapolitik
  - Transformation des Energiesystems
  - Bestimmung geeigneter Maßnahmen
- In Bezug auf die Planung und Durchführung von politischen Maßnahmen wird ein systemisches Herangehen vorgeschlagen, mit dessen Hilfe die verschiedenen räumlichen Ebenen besser verzahnt werden: Es gilt zu klären, welche Zuständigkeiten auf lokaler Ebene und welche auf den höheren Ebenen liegen.
- Eine Verstärkung der ressortübergreifenden Zusammenarbeit im Bereich Energie- und Klimapolitik wird für erforderlich gehalten, um den komplexen und umfassenden Anforderungen der Nachhaltigkeit gerecht werden zu können.
- Die Anpassung der Preispolitik für erzeugte Energie an die Anforderungen des Klimawandels wird für notwendig gehalten. Derzeit seien die Energiepreise nahe an der Erzeugung (z. B. Windenergie in BB) höher als z. B. in den südlichen Bundesländern.
- Die Energiewende ist nur mit einer Kulturwende realisierbar → durch Kulturwandel ist auch der Energieverbrauch über die Durchsetzung klimabewusster Lebensstile verringerbare.
- In diesem Zusammenhang ist auch die Förderung eines Bewusstseins hilfreich, in dem Klimaschutz als Versicherung für die Zukunft begriffen wird. Investitionen in den Klimaschutz könnten dann mit einer Versicherungsprämie verglichen werden, die gezahlt werden muss, um Risiken zu vermeiden oder abzufedern.

- Die Zusammenarbeit mit Berlin sollte intensiviert werden.
- Die Handlungsfelder der Eckpunkte für die Anpassung an den Klimawandel sind immer noch relevant. Kommunales Handeln und Bildung sollten als weitere Handlungsfelder hinzugefügt werden.

#### 2.1.1.5. Leitbild-Aspekte

Im **Eckpunktepapier der Landesregierung** zur Entwicklung einer Nachhaltigkeitsstrategie werden keine Aussagen zu einem Leitbild getroffen.

##### **Energiestrategie 2030**

In der Energiestrategie 2030 werden mit dem ‚Zielviereck Versorgungssicherheit, Wirtschaftlichkeit und Umwelt- und Klimaverträglichkeit sowie Akzeptanz und Beteiligung‘ Ziele für die Energie- und Klimaschutzpolitik definiert, die Elemente eines Leitbildes darstellen könnten. Allerdings fand dazu keine Diskussion im Rahmen des Workshops statt.

Die Erarbeitung eines Leitbildes steht also noch am Anfang und war auch nicht explizit Gegenstand des Workshops.

Folgende Aspekte aus den Workshop Beiträgen passen zur Leitbild-Thematik:

- Transformation des Energiesystems hin zur einer nachhaltigen Erzeugung, Verteilung/Versorgung und Verbrauch.
- Entwicklung einer integrierten Energie- und Klimapolitik für Brandenburg unter Berücksichtigung der Energiestrategie 2030; dabei Verfolgen komplexer Lösungsansätze, die Effizienzstrategien, Energieeinsparung, Verbraucherverhalten/Lebensstile, technologische Innovationspolitik intelligent und synergetisch miteinander kombinieren; Integration der Klimapolitik in Fachpolitiken; auch Bezüge zu übergeordneten Nachhaltigkeits-Leitbildern wie z. B. „low carbon society and economy“ herstellen.
- Nutzung des Instruments 'Nachhaltigkeitscheck' zur Prüfung von Leitbild und Zielen einer solchen integrierten Energie- und Klimapolitik.

#### 2.1.2. Ziele

Im **Eckpunktepapier der Landesregierung** werden Zielsetzungen kaum und wenn, dann eher implizit angesprochen: Explizit wird primär das Reduktionsziel benannt, wonach es die klimapolitische Zielstellung des Landes ist, bis 2030 eine 75%ige Minderung der energiebedingten CO<sub>2</sub> Emissionen gegenüber 1990 zu erreichen. Implizit angesprochen werden Zielkonflikte in Bezug auf die Landnutzung für Biomasse sowie zwischen dem Ausbau Erneuerbarer Energien und dem Erhalt biologischer Vielfalt

Im Workshop standen Ideen zur **Weiterentwicklung der Ziele sowie Zielkonflikte**, die sich unter anderem im Kontext der Diskussion der Energiestrategie 2030 bereits manifestiert hatten und Möglichkeiten sie zu lösen, im Vordergrund.

Unter der übergeordneten Fragestellung nach einer nachhaltigen Klimapolitik und einem nachhaltigen Energiesystem wurden folgende Zielvorstellungen entwickelt:

## Transformation des Energiesystems

- Für eine nachhaltige Klimapolitik und ein nachhaltiges Energiesystem ist nicht nur die Umstellung des Energiesystems auf erneuerbare Energien und deren Systemintegration erforderlich, sondern einer Transformation des gesamten Systems aus Erzeugung, Einspeisung, Abnahme und Verteilung sowie Speicherung.
  - Dazu ist eine Anpassung des gesetzlichen Rahmens wie Energiewirtschaftsgesetz, Gewerbesteuer notwendig.
  - Ein bestandskräftiger rechtlicher Rahmen fehlt, der die Umsetzung der Energiewende zu einer Pflichtaufgabe der Kommunen erklärt. Erst damit wird es den Kommunen vielerorts möglich, intensiver tätig zu werden.
- Im Mittelpunkt sollte dabei die Frage stehen "Wie kann man Erneuerbare Energien, Effizienzsteigerung, Entwicklung neuer Speicherkapazitäten und Netzausbau sinnvoll integrieren, damit es zu einer nachhaltigen Klimapolitik kommt?"
- Die Ziele der Energiestrategie 2030 sollten in zeitlicher (für die Jahre 2015, 2020, 2025) und sachlicher Hinsicht (welche Maßnahmen sollen mit welchen Effekten umgesetzt werden) konkretisiert werden > Entwicklung eines Masterplans erforderlich.
- Die Landesregierung sollte einen klaren Zeitpunkt für den Ausstieg aus der Braunkohleverstromung angeben.
- Die Landesregierung soll ihrer Vorbildfunktion, z. B. bei öffentlichen Gebäuden oder sonstigen Infrastrukturinvestitionen noch stärker gerecht werden.

## Integrierte Energie- und Klimapolitik

- Als kritisch gilt die bisherige Konzentration der Zieldefinition zur Frage der Umwelt- und Klimaverträglichkeit auf die Reduktion klimarelevanter Emissionen. Es wird gefordert, auch die weiteren Aspekte und Wirkungen der Energie- und Klimapolitik auf die Umwelt angemessen zu berücksichtigen.
- Integrierte Energie- und Klimapolitik kann nicht heißen: „Jeder macht seins und wir verzahnen uns irgendwie“.
- Die Integration eines breiteren Nachhaltigkeitsbegriffs in die Klima- und Energiepolitik wird als notwendig angesehen: Dabei sind auch soziale Aspekte, Ideen der Klimaanpassung, ökologische Säule über CO<sub>2</sub>-Reduktion hinaus, die Berücksichtigung weiterer klimarelevanter Verursacher- und weiterer Handlungsbereiche wie z. B. Wärmedämmung, Landwirtschaft und Mobilität zu berücksichtigen.
- Integration bedeutet auch Berücksichtigung anderer Formen der Landnutzung.
- Um die Akzeptanz in Bevölkerung zu erhöhen, müssen Beteiligungsmodelle ausgeweitet und verbessert werden, Beteiligung sollte aber nicht unter dem Aspekt der Akzeptanzschaffung für bereits getroffene landespolitische Entscheidungen gesehen werden.

- Eine integrierte Klima- und Energiepolitik muss besser mit Berlin (Raumbezug Berlin-Brandenburg), aber auch mit nationalen Energie- und Klimazielen abgestimmt werden.
- Für Brandenburg soll ein Klimaschutzgesetz erlassen werden.

### Ziel- und Nutzungskonflikte

- Begrenzte Flächen zur Nutzung für Land- und forstwirtschaftliche Zwecke stehen im Zielkonflikt zur Nutzung als Standort für regenerative Energien (Multifunktionale Flächennutzung - ein möglicher Ausweg).
- Ausbau der Erneuerbaren Energien sowie Netzausbauziele kann in Konflikt geraten mit Erfordernissen des Naturschutzes und dem Erhalt der Biodiversität (z. B. Vogelschutzgebiete).
- Brückentechniken (z. B. CCS) verhindern eine Reformation des Systems.
- Die durch den Braunkohletagebau bedingte Absenkung des Grundwasserspiegels führt zur Verschlechterung der Grundwasserqualität.
- Braunkohleausstieg ist auch ein sozialer Konflikt: Bewohner in Braunkohleabbaugebieten, die umgesiedelt werden müssen vs. Arbeitsplätze z. B. in der Lausitz.

Als **Lösungsansätze** wurden diskutiert:

- Frage der Reversibilität und Irreversibilität von Nutzungskonflikten wurde aufgeworfen (Grundwasserabsenkung in Braunkohleabbaugebieten, Rückbau von Windrädern). Es soll vermieden werden, bei Zielkonflikten irreversible Eingriffe in den Naturhaushalt vorzunehmen.
- Multifunktionale Nutzung von Flächen: Eine integrative Betrachtung ist gefragt: Energieertrag pro Fläche muss höchste Effizienz erreichen (Photovoltaik, Windenergie, Biomasse), dabei müssen Wirkbereiche wie Mensch, Boden, Flora/ Fauna und Wasser beachtet werden → Dazu werden keine neuen Rechtsinstrumente benötigt, sondern eine verstärkte Kommunikation und Koordination zwischen den Akteuren.
- Eine standortbezogene Optimierung der Flächennutzungen wird vorgeschlagen.
- Durch wirtschaftliche Teilhabe/ Beteiligung der Betroffenen (z. B. an Windkraft- oder sonstige Erneuerbare Energien-Anlagen) kann die Akzeptanz gesteigert werden.
- Die große Vielfalt der Zielkonflikte sollte offen kommuniziert werden.

Mit der Fokussierung auf die **Entwicklung und Umsetzung dezentraler, lokaler und regionaler Energie- und Klimakonzepte wird als Zielkonflikt** gesehen, dass sich die Diskussion um das Verhältnis von „erneuerbaren Energien versus fossile Energien“ im Zuge des Transformationsprozesses verschoben hat hin zu einer Zeitdiskussion (wann ist wie viel von welcher Energieart möglich?) und der Frage nach zentraler bzw. dezentraler Versorgung. Damit in Zusammenhang steht die Frage, wie erneuerbare Energien und fossile Grundlast miteinander verknüpft werden. Die zentrale Frage lautet hier: Wie sind die Übergänge hin zu 100 % erneuerbare Energien zu gestalten?

### 2.1.3. Maßnahmen

Maßnahmen wurden primär in den thematisch unterschiedlich ausgerichteten Arbeitsgruppen diskutiert. Diese beschäftigten sich mit folgenden Themen

- Zielkonflikte und Lösungsmöglichkeiten in Bezug auf die energie- und klimapolitischen Ziele
- Entwicklung und Umsetzung dezentraler, lokaler und regionaler Energie- und Klimakonzepte
- Beteiligung gesellschaftlicher Akteure an der Entwicklung und Umsetzung der Energie- und Klimapolitik
- Anpassung an den Klimawandel

Die folgende Darstellung der Maßnahmenvorschläge fokussiert zunächst auf thematisch übergreifende Aspekte und stellt anschließend auf die themenspezifischen Maßnahmenvorschläge ein.

Folgende Grundsätze zur Entwicklung und Bewertung **von Maßnahmen** wurden vorgeschlagen:

- Es wird für die Orientierung der Maßnahmen an ökologischen Leitplanken/ Zielen plädiert (wie im Vormittagsbeitrag von Herrn Dr. Statz vorgeschlagen); ein reines Bemühen um Interessenausgleich wird abgelehnt.
- Risiken der jeweiligen Maßnahmen sollen transparent gemacht und abgewogen werden.
- Zwischen geeigneten Maßnahmen können Zielkonflikte auftreten. Diese sollen ebenfalls transparent gemacht und abgewogen werden.

Im Kontext der Diskussionen zu Zielkonflikten und Lösungsmöglichkeiten in Bezug auf die energie- und klimapolitischen Ziele wurden folgende Einschätzungen zu Maßnahmen abgegeben:

- Die CCS Vorgabe/Maßnahme wird für eine unrealistische Vorgabe der Energiestrategie 2030 gehalten.
- Im Bereich Energieeffizienz liegen noch Defizite, insbesondere im Bereich Bauen. Neben Dämmung gibt es weitere Möglichkeiten „graue Energien“ zu reduzieren, die bisher kaum berücksichtigt wurden.
- Die Zusammenarbeit mit Kammern sollte gesucht werden.

Zur Thematik der **Entwicklung und Umsetzung dezentraler, lokaler und regionaler Energie- und Klimakonzepte** wurden folgende Maßnahmen diskutiert.

#### Prozessgestaltung und Kommunikation

- Die Erstellung und Umsetzung von Klima- und Energiekonzepten sollte im Gegenstromprinzip zwischen Landesebene und kommunaler Ebene durchgeführt werden - eine zentral festgelegte Energiestrategie, aus der dann regionale Konzepte und darauf aufbauend kommunale Konzepte abgeleitet werden ("top-down-Ansatz") ist ebenso wenig erfolgversprechend wie die Sammlung kommunaler Konzepte, die unkoordiniert auf regionaler und Landesebene zusammengestellt würden ("bottom-up-Ansatz"). Der Kommunikation zwischen den Ebenen kommt dabei eine zentrale Bedeutung zu.

- Das Land sollte an einer Verzahnung von regionalen und kommunalen Konzepten arbeiten – bisher laufen verschiedene Initiativen noch aneinander vorbei.
- Die Teilnehmer regen an, auf Landesebene ein Netzwerk zu etablieren, das einen Informationsaustausch über laufende Projekte ermöglicht. Dort sollten (auch kritische) Berichte, gute Beispiele, Probleme bei der Umsetzung und deren Lösungen vorgestellt werden.

### Rolle lokaler Akteure

- Die Rolle lokaler Akteure ist zentral für die Umsetzung von Maßnahmen auf kommunaler Ebene – eine zentrale Aufgabe des Landes bzw. auf regionaler Ebene sollte es sein, Macher vor Ort zu identifizieren, zu fördern und zu stärken. Auf diese Weise können lokales Wissen und Know-how eingebunden werden.
- Daneben sollten die rechtlichen Grundlagen für eine wirtschaftliche Tätigkeit der Kommunen geschaffen bzw. geklärt werden.

### Monitoring

- Zu gesellschaftlichen Fragen der Klimaanpassung gibt es keine Monitoringsysteme. Hier sehen die Teilnehmenden Handlungsbedarf. Allerdings ist das Messen (quantifizieren) von gesellschaftlichen Kenngrößen bei gegebener unbekannter Zukunft schwierig.
- In einzelnen Fachgebieten gibt es nach Ansicht der Teilnehmenden recht gute Monitoringsysteme (z. B. Landwirtschaft, Waldumbau). Mit deren Hilfe können relativ schnell Fehlentwicklungen entdeckt werden. Die Teilnehmenden schlagen vor, auch bestehende Monitoring-Ansätze und die dahinter liegenden Ideen noch einmal kritisch zu hinterfragen.

### Wissensmanagement

- Die Schaffung eines umfassenden Wissensmanagements ist sinnvoll; eine solche Wissensgrundlage für Klimaanpassung muss international angegangen werden. Wichtig ist – so die Teilnehmenden – eine umfassende Strategie, wie das Wissen aus den zahlreichen Forschungsprojekten auch langfristig sichert und in die Praxis transferiert. Dies betrifft insbesondere informelles, nicht in Publikationen festgehaltenes Wissen.

Weiterhin wurden **Anforderungen an robuste Maßnahmen** erarbeitet:

- Resilienz<sup>1</sup>.
- Politische Verbindlichkeit.
- Gesellschaftliche Akzeptanz (= Anforderung an Partizipation). Hinweis der Teilnehmenden: Die Möglichkeiten der Partizipation sind je nach Thema eingeschränkt und muss „zielgruppenangepasst“ sein.
- Guter Umgang mit der gegebenen Komplexität (= hohe Anforderung an Kommunikation).

<sup>1</sup> Übersetzt etwa: Widerstandsfähigkeit; beschreibt die Toleranz eines Systems/einer Organisation oder Person gegenüber Störungen

- No-regret oder fehlerfreundliche Strategien - statt Fehlerfeindlichkeit. Ggf. auch das bewusste Experimentieren mit Lösungen - hier fordern die Teilnehmenden eine Kultur der Offenheit.
- Kommunikation des Umgangs mit Klimaszenarien in Bezug auf die gewählten Maßnahmen.
- Bei der Entscheidung für bestimmte Handlungsfelder sollte die langfristige Finanzierung der notwendigen Maßnahmen gesichert sein

#### 2.1.4. Modellprojekte

Gute Beispiele insbesondere beteiligungsorientierter Projekte wurden eher am Rande angesprochen. Genannt wurden hier:

- Feldheim: Windkraftanlagen wurden nach Dialog nur auf einer Dorfseite gebaut
- Erdgasleitung Opal (Verdichterstation Baruth), Ausgleichszahlung an Umweltverband → Erwerb von 63 ha Bergbaufläche zur Renaturierung)
- Klimaschutzkonzept Teltow

#### 2.1.5. Beteiligung

##### **Eckpunktepapier der Landesregierung**

Handlungsfeld: Diskursive und regionalisierte Kommunikationsprozesse zwischen Verwaltungen, Akteuren, Bürgerinnen und Bürgern stärken die Verantwortung vor Ort und tragen entscheidend zu akzeptierten und regional angepassten Lösungen und die Nachhaltigkeitskriterien berücksichtigenden Prioritätensetzungen bei. Die vorhandenen partizipativen Instrumente der Raumordnungs- und Planungsverfahren haben sich hier als leistungsfähig erwiesen.

Das Thema Beteiligung wurde in allen Arbeitsgruppen diskutiert, in einer AG war es das ausschließliche Thema. Hier wurden zur übergreifenden Frage „**Was sind aus Ihrer Sicht zentrale Aspekte bei der Beteiligung im Themenfeld Energie und Klima im Rahmen der Landesnachhaltigkeitsstrategie?**“ die folgenden Ergebnisse erzielt:

Folgende **Grundsätze** sollten im Rahmen von Beteiligungsprozessen berücksichtigt werden (Spielregeln)

- Politik sollte noch häufiger den direkten Kontakt mit den Stakeholdern suchen.
- Auswahlverfahren der Beteiligten sollte transparent und offen sein.
- Konsultation/Mitwirkungsmöglichkeiten bei den Konzepten der regionalen Planungsgemeinschaften werden eingefordert.
- Die Möglichkeit „Nein“ zu sagen (ergebnisoffener Prozess) muss bestehen.
- Beteiligung soll nicht nur auf Technologie begrenzt werden.
- „Moral Suasion“<sup>2</sup> könnte als Methode stärker eingesetzt werden

<sup>2</sup> Personen mittels Aufklärung und Empfehlungen zu einem erwünschten Verhalten zu bewegen.

- Beteiligung heißt auch Übernahme von Verantwortung für den Prozess und die Ergebnisse durch die Bürger/innen

Im Rahmen von **Informationsmaßnahmen** sollten:

- Fachinformationen verständlich aufbereitet angeboten werden.
- Informationen sollten an die breite Bevölkerung und nicht nur auf Stakeholdern gerichtet werden.
- die kommunalen Verwaltungen verpflichtet werden, bereits auf der Planungsebene zu informieren.
- Projektträger frühzeitig über ihre Vorhaben informieren und Öffentlichkeitsarbeit betreiben.

**Als Nutzen** von Beteiligung **wird angesehen:**

- Beteiligung kann Zeit/Kosten sparen.
- Anreize schaffen & verdeutlichen.
- Vorbeugen/Vermeiden der „Not in my backyard“-Mentalität.
- Gründung von Energiegenossenschaften auf kommunaler Ebene. Dies kann sowohl mit als auch ohne Beteiligung der Kommune erfolgen.

Die Nachhaltigkeitsstrategien sollten zum Schluss auch einer Abstimmung im Land unterliegen.

**Im Kontext der Diskussion zur Anpassung an den Klimawandel** wurde vorgeschlagen, sehr früh im Verlauf geplanter Maßnahmen ein sinnvolles Partizipationskonzept zu entwickeln. Alle notwendigen, betroffenen Akteure müssen einbezogen werden. Die Suche nach dem „wer, was, wie, wann und warum“ sollte frühzeitig von Fachexperten unterstützt werden. Insgesamt sei auch im Bereich Partizipation ein Kulturwandel notwendig.

Für die **Erstellung energie- und klimapolitischer Konzepte und Strategien auf Landesebene** wird Folgendes vorgeschlagen:

#### **Ebene: Landesregierung und Regionen/Kommunen**

- Hier wird eine verstärkte Kommunikation und Koordination zwischen den Akteuren für erforderlich gehalten, die wird als wichtiger angesehen als neue Rechtsinstrumente (z. B. für eine multifunktionale Flächennutzung).
- Die Erstellung und Umsetzung von Klima- und Energiekonzepten sollte im Gegenstromprinzip zwischen Landesebene und kommunaler Ebene durchgeführt werden → Kommunikation zwischen den Ebenen kommt dabei eine zentrale Bedeutung zu.
  - Konsultation/Mitwirkungsmöglichkeiten bei den Konzepten der regionalen Planungsgemeinschaften schaffen/stärken.
- Die Einbindung regionaler Akteure (als Experten bzgl. regionaler Gegebenheiten) sollte gefördert werden aufgrund ihrer zentralen Bedeutung für die Umsetzung von kommunalen Klima-

schutz- und Energiekonzepten. Dabei sollten insbesondere die Macher vor Ort identifiziert und gestärkt werden. Auf diese Weise kann lokales Wissen und Know-how eingebunden werden.

#### 2.1.6. Zwischenbilanz

Dieses Unterkapitel stellt eine zusammenfassende Einschätzung unsererseits dar.

##### Stand der Zielerreichung

Die **Einbindung wichtiger Akteure** bei der Erstellung der Nachhaltigkeitsstrategie ist im Rahmen des Dialogprozesses gut gelungen, da sich Vertreter eines breiten Akteurspektrums mit sehr unterschiedlichen Positionen (z. B. für und gegen Braunkohle, für und gegen Windkraft) beteiligten. Zudem war der Energie- und Klimaworkshop eine der am besten besuchten Veranstaltungen.

##### Bewertung der Ergebnisse des Workshops

Die **Ausgangssituation** Brandenburgs ist bezüglich der Betroffenheit vom Klimawandel hinlänglich bekannt, um eine landesspezifische Antwort in Form einer Klimaschutzstrategie formulieren zu können. Mit der Energiestrategie 2030 werden auch die quantitativ bedeutsamsten Verursacherbereiche angesprochen, allerdings wurden von den Workshop-Teilnehmern erhebliche Defizite in der Ausrichtung der Energiestrategie auf Klimaziele gesehen.

Angesichts der ansonsten teilweise schon recht konkreten Vorstellungen für eine nachhaltige Klima- und Energiepolitik in Brandenburg verwunderte es zunächst, dass z. B. in den Eckpunkten **Leitbild und Zielsetzungen** wenig ausgearbeitet sind. Ausgenommen davon sind die diesbezüglichen Darstellungen in der Energiestrategie 2030, die aber sehr kontrovers diskutiert wurden und werden. Gleichwohl könnte an der Energiestrategie 2030 - unter Benennung der Defizite und Änderungsbedarfe - die (Weiter-)Entwicklung einer integrierten Energie- und Klimapolitik für das Land Brandenburg ansetzen, da diese eine unter hohem Aufwand und relativ breiter Beteiligung erarbeitete umfassende fachliche Grundlage darstellt.

Die Beiträge des Workshops zu einer **SWOT-Analyse** stellen aufgrund ihres Konkretionsgrades, der breiten Themenabdeckung, der Adressierung grundsätzlicher Fragen, wie auch der direkten Bezüge zur Energiestrategie eine überaus hilfreiche Sammlung von Argumenten und Einschätzungen dar, um die Energie- und Klimapolitik des Landes auf eine Nachhaltige Entwicklung hin auszurichten.

Die **Einbettung in europäische und nationale Strategien** wurde nur ausschnitthaft mit Bezug zur Anpassung an den Klimawandel angesprochen. Die im Workshop erhobene Forderung nach einer weitergehenden Einbettung der zukünftigen brandenburgischen Energie- und Klimastrategie in die ‚großen Linien‘ übergreifender Strategien sollte berücksichtigt werden.

Als wesentliche Ergänzungen zu den **Handlungsbedarfen** wurden im Workshop mit der Entwicklung einer integrierten Energie- und Klimapolitik sowie der Transformation des Energiesystems zwei grundlegende Verbesserungsbedarfe benannt, die eine übergreifende Orientierung für die Nachhaltigkeitsstrategie darstellen sollten. Die Orientierung an ökologischen Leitplanken kann ebenfalls ein wichtiges Leitbildelement darstellen. Diese Leitideen sollten im **Leitbild** aufgegriffen werden und als **Ziele** hinreichend differenziert beschrieben werden. Zur Ausarbeitung des Zielsystems wurden zahlreiche Vor-

schläge gemacht, die aber noch durch Ergänzungen und Herstellung des systemischen Zusammenhangs zu einem **Zielsystem** weiterzuentwickeln sind. Dies ist eine große Herausforderung, wie die zahlreichen benannten manifesten und möglichen Zielkonflikte zeigen. Allerdings zeigen die Vorschläge zur Lösung der Zielkonflikte zumindest punktuell auch auf, wie ein erfolgversprechender Umgang mit Zielkonflikten aussehen könnte.

Die Maßnahmenvorschläge erhalten vielfältige Anregungen auf den Ebenen Grundsätze der Maßnahmenbewertung/-auswahl, Anforderungen an Maßnahmen einer nachhaltigen Klima(anpassungs-)politik wie auch für die spezifischen Themen der Arbeitsgruppen, die teilweise auch sehr konkrete Bezüge zur Landespolitik aufweisen und daher Eingang finden sollten in die weitere Ausarbeitung der Nachhaltigkeitsstrategie.

Da die bisherige Beteiligung ist aus Sicht der Workshop-Teilnehmer noch unbefriedigend ist, sollte unter Berücksichtigung der vorgetragenen Kritikpunkte und Grundsätze für die beiden Handlungsbereiche: ‚Anpassung an den Klimawandel‘ sowie ‚Erstellung energie- und klimapolitischer Konzepte und Strategien auf Landesebene‘ reflektiert werden, wie Dialog und Partizipation im Land Brandenburg zukünftig gestaltet werden soll. Aus unserer Sicht sollte berücksichtigt werden, dass die Beteiligungsmöglichkeiten vor dem Hintergrund der Einflussmöglichkeiten der verschiedenen Akteur-Gruppen und räumlichen Ebenen gestaltet werden sollten.



- 2. Geänderte Rahmenbedingungen – andere Lebensentwürfe: Welche anderen, sich verändernden Lebensentwürfe ergeben sich in schrumpfenden Kommunen?
- 3. Handlungskompetenz in Kommunen: Wie kann man kommunale Strukturen ertüchtigen, den Prozess vor Ort partizipativ zu organisieren?
- 4. Zukunftsfähige Formen der Daseinsvorsorge: Wie können sich die Konzepte von Lebensqualität und Nachhaltigkeit ergänzen?

Die Ausgangssituation und Bedürfnisse innerhalb des Landes sind so unterschiedlich, dass zusätzlich eine räumliche Abgrenzung sinnvoll erschien. Der Schwerpunkt der Veranstaltung lag daher auf der Lebensqualität in Städten und Dörfern, die jetzt schon oder künftig von Schrumpfungsprozessen betroffen sind. Das Berliner Umland mit seinen sehr anderen Entwicklungstendenzen wurde im Workshop nicht behandelt.

Im Eckpunktepapier der Landesregierung sind das Grundverständnis von Lebensqualität sowie das Verhältnis von Lebensqualität und Infrastruktur unter Einbeziehung des Bedürfnisansatzes folgendermaßen beschrieben:

#### **Eckpunktepapier der Landesregierung**

Lebensqualität bezeichnet die Faktoren, die die Lebensbedingungen für ein Individuum in der Gesellschaft ausmachen. Sie basiert auf einer angemessenen Befriedigung von Grundbedürfnissen, wie dem bedarfsgerechten Zugang zu Gütern und Dienstleistungen, der Vermittlung von Kompetenzen und der gleichberechtigten Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Hierfür spielen dauerhaft tragfähige Infrastrukturen eine zentrale Rolle. Zur Lebensqualität gehören auch eine intakte Natur und lebenswerte Landschaften.

#### **2.2.1.1. Situation in Brandenburg**

Zentrale Aspekte, die die Ausgangssituation in Brandenburg charakterisieren und den Rahmen für die Diskussion setzen, sind:

Der demografische Wandel, der neben einem Bevölkerungsrückgang und einer Alterung der Gesellschaft auch damit einhergeht, dass eine stärkere Konzentration der brandenburgischen Bevölkerung auf die berlinnahen Räume erfolgt.

Daraus ergeben sich geringere Steuereinkommen und steigende Kosten, sowohl für Unterhalt wie für den Betrieb von Infrastrukturen in den Räumen, in denen künftig weniger Menschen leben werden. Parallel ergibt sich die Notwendigkeit, die Haushaltskonsolidierung fortzusetzen. Das bisherige Entwicklungsmodell wird dadurch an ein Ende kommen. Ein Weiter-so-wie-bisher wäre daher kontraproduktiv.

#### **2.2.1.2. SWOT**

Es ist im Rahmen des Dialoges keine systematische Stärken-Schwächen-Chancen-Risiken-Analyse (SWOT) durchgeführt worden. Die im Rahmen des Workshops benannten Aspekte haben wir einer SWOT zugeordnet.

## Stärken

- Der ländliche Lebensraum bietet Freiräume für neue, andere Lebensentwürfe und wird teilweise gezielt dafür aufgesucht. Dies zieht insbesondere Kreative an, was ein hohes Maß an Innovationspotential bietet.

## Schwächen

- Die gesetzlichen Rahmenbedingungen passen nicht mehr zu den aktuellen gesellschaftlichen, ökonomischen und demografischen Bedingungen. Ein Beispiel dafür ist etwa im Themenbereich Mobilität die Trennung von Güter- und Personenverkehr.
- Es engagieren sich derzeit zu wenige Bürgerinnen und Bürger ehrenamtlich – dies führt zu einer Überlastung der ehrenamtlich tätigen Menschen.
- Die finanziellen Ressourcen von Land und Kommunen zur Bewältigung der vielfältigen Herausforderung im Rahmen des Daseinsvorsorge sind gering.
- Die aktuelle Fördermittelvergabe ist zu stark auf bauliche Investitionen und zu wenig auf Investitionen in Humankapital ausgerichtet.
- (Zu) enge Vorgaben durch Förderprogramme führen dazu, dass Förderprojekte nicht entsprechend dem lokalen Bedarf, sondern nach dem Standard des Förderprogramms entwickelt und umgesetzt werden.
- Es bestehen Fehlanreize bei der Umsetzung von Förderprojekten: Aktuell zielen Projekte darauf, alle zur Verfügung stehenden Mittel auszugeben. Das Jährlichkeitsprinzip forciert diese Fehlanreize zusätzlich.
- Vielen kommunalen Entscheidern fehlt das Bewusstsein dafür, dass zukünftig eine nachhaltigere Herangehensweise erforderlich ist – so wird von Kommunalpolitikern bei der Landesregierung sehr häufig der Bau von Straßen und Radwegen gefordert.
- Landes-Förderprogramme sind aktuell zu stark auf bestimmte Maßnahmen fokussiert und erlauben dadurch keine kreativen ortsangepassten Lösungen.
- Der „Gießkanneneffekt“ bei der Vergabe von Fördermitteln führt dazu, dass an vielen verschiedenen Stellen relativ geringe Mittel eingesetzt werden. Diese mangelnde Fokussierung führt dazu, dass gleichzeitig die Mittel an den einzelnen Stellen nicht ausreichen, um größere oder konzertierte Maßnahmen umzusetzen.
- Die Lage der Schulbildung im Land ist bedenklich. Eine Ursache dafür ist das sektorale Denken innerhalb der Landesregierung.
- Die Möglichkeiten, Bildung insbesondere in der Schule durch das Ehrenamt bereichern zu lassen, werden zu wenig genutzt.
- Die Zusammenarbeit mit Schulen zur Ansprache von Jugendlichen ist sehr schwierig. Eine Ursache dafür sind die unterschiedlichen Zuständigkeiten (innere und äußere Schulverwaltung) von Land, Kommune und Schule.

## Chancen

- Regionalität fördert Identität mit der Region. Die Identifizierung der Menschen mit ihrer Region wiederum steigert die Bereitschaft, sich zu engagieren.
- Der ländliche Raum bietet Raum für Innovation und dadurch für eine Stärkung bzw. Wiederentdeckung der regionalen Wertschöpfung
- Je nach Lebensentwurf und persönlichen Voraussetzungen (Einkommen, Bildung, etc.) bestehen unterschiedliche Anforderungen an Infrastrukturen. Die Bedarfe sind hier sehr uneinheitlich und müssen doch beachtet werden.

## Risiken

- Der demografische Wandel führt dazu, dass die bisherigen Infrastrukturen und Rahmenbedingungen so zukünftig nicht mehr tragfähig sein werden.
- Aufgrund der erforderlichen Haushaltskonsolidierung und der rückläufigen EU-Fördermittel wird der finanzielle Handlungsspielraum des Landes sinken.
- Hohe bürokratische Anforderungen an Projekte senken die Bereitschaft, vor Ort ehrenamtlich tätig zu werden.
- Es besteht ein Widerspruch in den räumlichen Nutzungsansprüchen vieler Bürgerinnen und Bürger zwischen dem Bedürfnis nach Naturnähe und Abgeschlossenheit auf der einen Seite und der Forderung nach einer guten Infrastruktur und Angebundenheit auf der anderen Seite.
- Nachhaltigkeitsuntersuchungen im Vorfeld von Förderprojekten gibt es bereits. Insbesondere die Nutzen-Kosten-Untersuchung bei Bauvorhaben hängt jedoch sehr stark von der Qualität und Genauigkeit der Prognose ab – hier liegt das Risiko der Fehlsteuerung.

### 2.2.1.3. Einordnung in nationale und europäische Strategien und Zielsetzungen

Zur Einordnung in nationale und europäische Strategien und Zielsetzungen gab es im Rahmen des Dialogverfahrens keine Ergebnisse.

### 2.2.1.4. Handlungsbedarf

#### **Eckpunktepapier der Landesregierung**

Eine zukunftsorientierte Daseinsvorsorge steht weiterhin vor großen Herausforderungen. Bevölkerungsrückgang und gleichzeitige Alterung der Bevölkerung, der wirtschaftliche Strukturwandel und die Auswirkungen der Globalisierung stellen in manchen Teilräumen die Tragfähigkeit und Finanzierbarkeit bestehender Infrastrukturen in Frage – ob Schulen, Arztpraxen, Kulturhäuser, Kläranlagen oder kommunale Verkehrsnetze. Da Daseinsvorsorge insbesondere eine Aufgabe der kommunalen Ebene ist, wird die zukünftige, durch rückläufige Bundes- und Landeszuweisungen geprägte Finanzausstattung der Kommunen und Kreise für die Zukunftsfähigkeit der Städte und Dörfer eine besondere Rolle spielen.

Im Workshop wurden für folgende Aspekte Handlungsbedarfe formuliert:

- Es ist erforderlich, die Diskussion zu führen, ob sich alle Kommunen halten können und welche Funktionen in den Orten tragfähig bleiben – insbesondere wenn keine wirtschaftliche Ba-

sis vor Ort vorhanden ist. Ein Wettbewerb zwischen den Kommunen sollte zugelassen werden.

- Die Probleme, die die schrumpfende Bevölkerungsentwicklung in der ländlichen Gegend mit sich bringt, müssen künftig benannt und anerkannt werden, um gemeinsam in Aktion treten zu können. Nur so können die Rahmenbedingungen zukunftsfähig gestaltet werden und sichergestellt werden, dass Menschen mit verschiedenen (und auch neuen) Lebensentwürfen sich dort wohl fühlen. Die Vermittlung des Schrumpfungsprozesses und dessen Auswirkungen ist vorrangig eine Aufgabe des Landes.
- In vielen Bereichen gibt es Experten für viele spezielle Themenfelder, die jedoch nicht zusammenkommen. Es wird zu selten darauf zurückgegriffen, Moderation oder Konfliktmittlung hinzu zu ziehen und dies wird auch bisher nicht gefördert.
- Infrastrukturinvestitionen sollten nicht zu negativ bewertet werden. Sie sind von enormer Bedeutung (beispielsweise der Zugang zu Internet). Problematisch ist lediglich die Dominanz der Infrastrukturmaßnahmen in der Förderlandschaft. Inhaltlich stehen künftig nicht Neubauten im Vordergrund, sondern vielmehr Umgestaltung und Rückbau.
- Bildung ist als Standortfaktor und Wettbewerbsfaktor von großer Bedeutung. Insbesondere die Schulbildung ist zu verbessern.
- Kommunale Verwaltungsspitzen und Politik gehen sehr unterschiedlich mit dem Thema Beteiligung um. Hier ist es erforderlich, vorhandene Ängste und Vorbehalte abzubauen und Chancen aufzuzeigen.
- Vor Ort ist eine stärkere Regelungsfreiheit erforderlich. Allerdings sieht sich die Landesregierung bisher eher dem Vorwurf ausgesetzt „warum lasst ihr zu, dass das und das gemacht wird“ und erlebt selten, dass Freiheit „von unten“ gefordert wird.

#### 2.2.1.5. Leitbild – Aspekte

Folgende Aspekte sollten für ein Leitbild in Erwägung gezogen werden:

##### Integriertes Denken

- Es soll eine integrierte Betrachtung von Vorschlägen und Ideen vorgenommen werden. Eine sektorale Prüfung von Ideen reicht nicht mehr aus.

##### Grundbedürfnisse garantieren

- Grundbedürfnisse wie Nahrung, Wohnung und Mobilität sollen staatlich unterstützt und auch garantiert werden – jedoch nicht immer auf die gleiche Art und Weise: Es sollen gleichwertige, nicht gleiche Lebensverhältnisse geschaffen werden.

##### Abkehr von der Wachstumsdoktrin

- Eine Abwendung von der auf Wachstum ausgerichteten Politik ist eine zwingend notwendige Rahmenbedingung für eine Nachhaltige Entwicklung. Dies betrifft sowohl Wirtschaftswachstum als auch der Wachstum an Infrastrukturen.

---

## Bereitschaft und Offenheit für von der Norm abweichende lokale Lösungen

- Es ist eine gewisse Grundbereitschaft erforderlich, von der Norm abzuweichen.
- Ein Schritt am Anfang soll sein: „Wir sind offen, über Grenzen zu gehen“, aber auch „Wir sind uns bewusst, in welchem rechtlichen Rahmen wir uns bewegen“.
- Mehr Mut zu Veränderungen am Rechtsrahmen und der Möglichkeit, innerhalb des Rahmens zu experimentieren.
- Das Land soll einen Rahmen setzen, aber passgenaue lokale Lösungen zulassen. Zukunftsfähige Formen der Daseinsvorsorge werden vor Ort entwickelt.
- Brandenburg ist als Vorreiter dabei, Aufgaben zu dezentralisieren und das Engagement der Bürgerinnen und Bürgern bzw. Regionen zu fördern.

## Problemakzeptanz fördern

- Es muss eine Problemakzeptanz geschaffen werden für den Rückgang der Bevölkerung und die Konsequenzen daraus. An vielen Stellen wird dieser Sachverhalt ignoriert, das Problem nicht formuliert und bereits auftretende Schwierigkeiten werden nicht adäquat gelöst.

## Bildung und lebenslanges Lernen

- Bildung ist vor Ort ein wichtiges Thema. Hier sind vor dem Hintergrund des demographischen Wandels das lebenslange Lernen und die Angebote vor Ort zu betonen. Auch die Entwicklung von Modellprojekten zum Umgang mit zurückgehenden Schülerzahlen sollte noch stärker als bisher in den Blick genommen werden.

## Förderung von Partizipation

- Motivation zur Übernahme der gemeinsamen Verantwortung und Förderung eines „Wir-Gefühls“, damit sich alle zuständig fühlen.
- Umfassende Einbindung aller Akteure Altersgruppen in Beteiligungsprozesse

## Neue Rolle der Verwaltung und der Politik

Zusammenfassend lassen sich die Beiträge im Dialog insoweit zusammenfassen, dass es um eine neue Rolle des Staates geht. Diese lässt sich mit folgenden Stichworten beschreiben:

- Ermöglichender Staat,
- motivierender Staat,
- moderierender Staat,
- rahmensetzender Staat,
- initiierender Staat.

### 2.2.2. Ziele

Die im Workshop genannten Ziele werden hier zusammengefasst, systematisiert und in Bezug zu den Handlungsfeldern des Eckpunktepapiers (in den Kästen) gesetzt. Es werden ausschließlich Ziele und Zielkonflikte dargestellt - für eine Darstellung von zeitlichen Horizonten oder Indikatoren sind in den Ergebnissen des Workshops keine Grundlagen enthalten.

#### **Eckpunktepapier der Landesregierung**

Das politische Postulat „Herstellung gleichwertiger Lebensbedingungen“ darf nicht mit dem Ziel verwechselt werden, überall gleichartige Lebensbedingungen zu schaffen. Die Nachhaltigkeitsstrategie sollte daher auf räumlich angepasste, tragfähige und in den Regionen akzeptierte Lösungen setzen.

In Bezug auf dieses Handlungsfeld aus dem Eckpunktepapier haben sich folgende Ziele ergeben:

Ein sehr wichtiges Ziel ist es, ein Umdenken bei Kommunen in Gang setzen: Kommunen sollen ermutigt werden, sich auf Lösungen zu konzentrieren, die **auf die lokalen Bedürfnisse angepasst werden**, anstatt wie aktuell noch zu oft beispielsweise in regionalen Entwicklungskonzepten auf kostenintensive Infrastrukturprojekte zu zielen. Auch die Erwartungen der Bürgerinnen und Bürger sind auf den Prüfstand zu stellen: Service und Infrastrukturen vor Ort werden gewünscht, aber werden sie auch genutzt? Hier ist eine klare Kommunikation dessen erforderlich, was möglich ist.

Damit hängt zusammen, dass es eine ehrliche und offene Diskussion der **Situation und der Perspektiven vor Ort** geben muss. Je nach Ort ergeben sich daraus sehr unterschiedliche Entwicklungsoptionen, die sich dann auch sehr stark darauf auswirken können, für wen dieser Ort zum Leben interessant ist. Ein Teilziel dabei ist, auch den Schwächeren Entwicklungsperspektiven zu bieten, ein anderes aber auch, Grenzen ehrlich und klar zu kommunizieren.

#### **Eckpunktepapier der Landesregierung**

Ob Infrastrukturen erhaltenswert sind oder ausgebaut werden sollen, richtet sich nach ihren Funktionen für Mensch, Wirtschaft und Umwelt. Dabei geht es um die Anpassung von Angeboten, Bedürfnissen und Verhaltensweisen.

Zentrales Ziel diesbezüglich ist es, die Langfristperspektive bei allen Entscheidungen zu berücksichtigen. Dies erfordert, die regionalen Entscheidungsträger **entsprechend weiterzubilden**, um ihnen das Einnehmen dieser Perspektive zu ermöglichen. Langfristperspektive meint dabei auch, die wirtschaftliche Tragfähigkeit von geplanten Projekten oder Infrastrukturen vor dem Hintergrund der Rahmenbedingungen in 30 Jahren zu prüfen. Die Betrachtung der langfristigen Auswirkungen gerade im Bereich von Infrastrukturmaßnahmen sollte zukünftig eine Selbstverständlichkeit öffentlicher Entscheidungsfindungsprozesse sein.

#### **Eckpunktepapier der Landesregierung**

Denk- und Handlungsmuster, die den besonderen Anforderungen der peripheren Räume gerecht werden, sind dringend erforderlich und im Rahmen der rechtlichen und finanziellen Spielräume zu entwickeln. Hierzu gehören beispielsweise dezentrale Formen der Abwasserentsorgung und die interkommunale Zusammenarbeit zwischen Stadt und Dorf.

Eine zentrale Aufgabe des Landes ist es, verlässliche Rahmenbedingungen sicherzustellen. Darauf aufbauend können Kommunen dann die **lokalen Bedürfnisse** befriedigen. Wichtige Zielsetzung in diesem Zusammenhang ist:

**Modernisierung des gesetzlichen Rahmens**, um eine Anpassung an die aktuellen und zukünftigen Bedingungen zu gewährleisten. Dazu gehört es insbesondere, **Experimente und Flexibilität** bei den Lösungsansätzen zuzulassen – entscheidend ist, dass Bedürfnisse befriedigt werden, nicht wie das geschieht. Rechtsrahmen und die Infrastrukturstandards, wie sie in Deutschland üblich sind, müssen daher flexibler gestaltet werden. Benannt wurden folgende Bereiche: Erneuerbare-Energien-Gesetz, Bildung/Schulrecht, Mobilität: ÖPNV, Baurecht, Anschlusszwang Kanalisation.

**Eckpunktepapier der Landesregierung**

Nicht nur tragfähige Infrastrukturen und soziale Netze, sondern auch Freiräume für die Entfaltung künstlerischer und im weitesten Sinne unternehmerischer Kreativität machen Städte und Dörfer für Rückkehrende und neu Zuwandernde attraktiv. Hierdurch wird Mut und Leidenschaft zur notwendigen eigenen Veränderung und der des Lebensraumes geweckt.

Ein ergänzendes Ziel ist es dabei, die Offenheit und Aufnahmebereitschaft der Dort-Lebenden für neu Hinzuziehende zu **fördern**.

Zu den folgenden Handlungsfeldern aus dem Eckpunktepapier wurden auf dem Workshop keine Ziele formuliert:

**Eckpunktepapier der Landesregierung**

Lebensqualität bedarf eines barrierefreien Zugangs zur sozialen und physischen/baulichen Infrastruktur. Von einem inklusiven, d. h. für jeden zugänglichen Sozialraum profitieren alle Bürgerinnen und Bürger. Gleichzeitig ermöglicht ein solcher Sozialraum jedem Einzelnen die gleichberechtigte Teilhabe am Leben in der Gesellschaft.

**Eckpunktepapier der Landesregierung**

Die brandenburgischen Nationalen Naturlandschaften als Zentren der Biodiversität und bedeutender Teil der „Grünen Infrastruktur“ können wichtige Impulsgeber für die Regionalentwicklung sein. Hier gibt es eindrucksvolle Beispiele nachhaltiger Wirtschafts- und Lebensweisen.

**Eckpunktepapier der Landesregierung**

Trotz zahlreicher bisheriger Bemühungen und Empfehlungen ist noch keine Trendwende bei der Inanspruchnahme von Freiflächen erkennbar. Insbesondere wird die Erfassung und Aktivierung von Entwicklungspotenzialen im Ortsinnenbereich noch nicht in ausreichendem Maße praktiziert.

**Eckpunktepapier der Landesregierung**

Beim Eingehen von öffentlich-privaten Partnerschaften und bei der Beauftragung von Privaten mit staatlichen Aufgaben müssen mögliche Chancen und Risiken für die Qualität von Dienstleistungen und/oder die Einhaltung von Umweltstandards sorgfältig abgewogen werden. Die Pflichten des Staates im Rahmen der Daseinsvorsorge dürfen dadurch nicht beeinträchtigt werden.

Daneben wurden folgende Ziele benannt, die keinen direkten Bezug zum Eckpunktepapier aufweisen:

**Mittelallokation** überdenken: Die zu erwartenden Kürzungen in den Fördermitteln werden es erforderlich machen, dass die vorhandenen Mittel besser gebündelt und bedachter ausgegeben werden. Eine Förderung nach dem Gießkannenprinzip wird dabei grundsätzlich als nicht sinnvoll erachtet.

Folgende Ziele in Bezug auf **Bildung** wurden benannt:

- Vermittlung der Grundsätze nachhaltiger Entwicklung an alle Bürgerinnen und Bürger, Verwaltungen und Akteure.
- Möglichkeit für lebenslanges Lernen muss auch künftig vor Ort gewährleistet werden können.

In Bezug auf **Modellprojekte** ergeben sich folgende Ziele bzw. Aspekte, die bei der Planung zu beachten sind:

- Verstetigung: Wie kann das geförderte Projekt nach Ende der Förderung weitergeführt werden? Eine Anforderung an die Förderung von Modellprojekten sollte sein, eine Chance zur Fortführung über den Modellzeitraum hinaus aufzuweisen.
- Es sollte bei der Entwicklung von Modellvorhaben eine Konzentration auf solche Akteure vorgenommen werden, die den „Wandel im Kopf“ vollzogen haben.
- Transparenz und Kommunikation: Zentrale Bestandteile von Modellprojekten sollten eine hohe Transparenz und ein hoher Grad an Kommunikation projektintern wie auch nach außen sein. Dies soll auch den Austausch mit anderen Projekten wie auch mit potenziellen „Übernehmern“ umfassen.
- Übertragbarkeit: Es wäre von Vorteil, wenn Modellvorhaben im Erfolgsfall auf andere Räume übertragbar sind. Hier besteht allerdings potenziell ein Zielkonflikt mit dem Ziel der individuellen räumlich angepassten Lösung.

Ein weiteres zentrales Ziel ist es, **Bürgerbeteiligung** zu ermöglichen, zu fördern und zu lehren (ausführlicher in Abschnitt 2.6.4). Dort werden auch die Ziele zur Kooperation dargestellt.

### Zielkonflikte

Grundsätzlich widersprechen sich die benannten Ziele kaum. Es ergeben sich jedoch zum Teil Zielkonflikte zur aktuellen Politik oder sich ändernden Rahmenbedingungen:

- Ein zentraler Zielkonflikt ergibt sich daraus, dass die Mittel geringer werden. Viele der genannten Ziele, insbesondere die Themenbereiche Vernetzung und Beteiligung und die entsprechende Weiterbildung der kommunalen Verwaltungen, Akteure und Bürgerinnen und Bürger, erfordern den Einsatz von finanziellen Ressourcen.
- Ein weiterer Zielkonflikt kann sich in Kommunen ergeben, in denen tragfähige lokale Lösungen nur für sehr wenige Bürgerinnen und Bürger akzeptabel oder geeignet sind. In diesen Fällen besteht der Zielkonflikt mit dem Ziel, allen Kommunen eine Entwicklungsperspektive zu zeigen.
- Schließlich besteht ein Zielkonflikt darin, dass das aktuelle Fördersystem – klar fokussierte Förderprogramme mit einem klar abgegrenzten Maßnahmenspektrum – der Idee der angepassten individuellen Lösung vor Ort widerspricht, soweit nicht aktuell bereits bottom-up-Ansätze genutzt werden (z. B. LEADER).

- Insgesamt ist auch ein Widerspruch der Erwartungen festzustellen: Einerseits wird eine sachliche und räumliche Fokussierung gefordert, andererseits sollen alle lokal spezifischen Projektideen flexibel unterstützt werden können.

### 2.2.3. Maßnahmen

#### **Eckpunktepapier der Landesregierung**

Die Landesregierung wirkt auf die Sicherung nachhaltiger, tragfähiger und regional angepasster Angebote der Daseinsvorsorge insbesondere durch interkommunale und intersektorale Kooperationsmechanismen hin. Dazu befördert sie vor dem Hintergrund der langfristigen Tragfähigkeit sowie generationengerechten Finanzierbarkeit von staatlichen Dienstleistungen eine öffentliche Debatte darüber, wie die Grundbedürfnisse der Bevölkerung regionalspezifisch heute und auch in der Zukunft noch erfüllt sowie die Entwicklungspotenziale der Region genutzt werden können. Dabei sind unterschiedliche Verantwortungen sowie sich abzeichnende Entwicklungen mit zu betrachten, um daraus absehbare Schwierigkeiten der Bevölkerung bei der Befriedigung ihrer Bedürfnisse und evtl. Zielkonflikte abzuleiten. Die regionale und lokale Eigenverantwortung und Entwicklungskompetenz sind zu stärken.

#### Kooperation und Vernetzung

- In Bezug auf Kooperation und Vernetzung ist ein zentraler Vorschlag, entsprechende Fort- und Weiterbildungen sowie Qualifikationen für alle Akteure anzubieten. Insbesondere benannt wurden die Kommunalverwaltungen bzw. die ehrenamtliche Bürgermeisterinnen und Bürgermeister, da sie eine zentrale Rolle bei der Kommunikation, Motivation und Vernetzung der lokalen Akteure haben.
- Es ist erforderlich, ein funktionierendes Regionalmanagement mit Ansprechpartnern und Koordinatoren zu fördern, um die Selbstorganisation der Initiativen vor Ort zu ermöglichen und zu unterstützen. Gute Erfahrungen gibt es bereits mit City-Managern – es fallen jedoch dauerhaft Personalkosten an (Institutionalisierung).
- Besondere Unterstützung sollen außerdem diejenigen erhalten, die vor Ort engagiert sind und sich bereits intensiv einbringen. Dies umfasst auch, die gemeinsame Verantwortung aller Akteure vor Ort zu benennen und entsprechend auch allen Verantwortung zuzubilligen. Dazu gehört auch, die Zusammenarbeit der Akteure in Bezug auf die Kombination verschiedener Finanzierungsquellen (investive Mittel, Beratungsmittel) zu stärken. Mindestens ebenso wichtig ist jedoch, die Akteure vor Ort wertzuschätzen und sie eng einzubinden.
- Damit hängt der Vorschlag zusammen, noch stärker auf bottom-up-Prozesse zu setzen, etwa indem regionale Entwicklungskonzepte von unten heraus entwickelt werden oder lokale Leitbilder auf kommunaler Ebene diskutiert und beworben werden. Ein Beispiel dafür ist das LEADER-Prinzip, in dem regional eingebundene Akteure entscheiden, ob Projekte gefördert und umgesetzt werden.
- Im Rahmen der Umsetzung vor Ort sind Netzwerke ein zentrales Instrument. Dörfernetzwerke oder auch Netzwerke spezieller Akteure, wie zum Beispiel der Kulturanbieter, bedürfen der Unterstützung durch die lokale Verwaltung.

- Eine Zusammenarbeit mit Hochschulen bietet vielfältige Möglichkeiten, beidseitig zu profitieren. In den Hochschulen ist der Transfer in die Praxis nicht finanziert; gleichzeitig ist aber praxisnahe Ausbildung die Aufgabe der Hochschule. Studierende können in Projekten praktische Erfahrungen sammeln, während Vereine oder Initiativen, die wenig Mittel haben, von der professionellen Unterstützung durch die Hochschule profitieren und Projekte realisieren können, die ohne die Kooperation nicht möglich wären.

### Kommunikation und Transparenz

- Entscheidungsträger sollten in Dialogprozessen kommunizieren, für was, wann und wie Mittel ausgegeben werden müssen. Dialogprozesse bieten mehrfachen Nutzen und insbesondere Lerneffekte bei allen Beteiligten.
- Neben der Stärkung der lokalen Kommunikationsstrukturen wird auch angeregt, den Austausch zwischen Regionen zu verbessern, durch intensive Kooperation der Entscheidungsträger und die Klärung von Zuständigkeiten oder auch durch die Förderung von Erfahrungsaustausch zwischen Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern. Dabei sollten auch persönliche oder digitale Foren initiiert werden, in denen ein offener Austausch zwischen Regionen erfolgen kann. Dort könnten erfolgreiche Projekte ebenso vorgestellt und diskutiert werden wie Ideen, die nicht funktioniert haben. Durch die offene Kommunikation über Fehler und Scheitern von Ideen und Ansätzen können Lerneffekte weitergegeben werden. Auch bezüglich der Überwindung von Hindernissen oder Schwierigkeiten könnte ein Austausch stattfinden.

### Fördermix

- Daseinsvorsorge erreicht man nicht (allein) durch bauliche Investition, sondern durch eine Förderung von Initiativen, Netzwerken, Bildungs-, Unterstützungs- und Kontaktprojekten. Ausgeweitet werden sollten unterstützende Strukturen für letzteres.
- Mittel sollten eher kleine Impulse setzen und mit wenig Mitteln Initiativen unterstützen, statt einzelne große Leuchtturminvestitionen vorzunehmen. Auf Gemeindeebene sind häufig kleine Projekte sowohl sinnvoller als auch besser leistbar. Förderung muss dabei nicht immer finanzielle Förderung durch die Kommune oder das Land sein. Gerade im Kulturbereich hat sich gezeigt, Geldmangel macht kreativ.
- Um sinnvolle Projekte auch im Ehrenamtsbereich zu fördern, sollte auch die Planungsphase förderfähig sein.
- Es sollten alternative Projektfinanzierungsmöglichkeiten entwickelt werden, die auch Anreize zur Beteiligung privater Akteure setzen.

#### **Eckpunktepapier der Landesregierung**

Vorhandene Modellprojekte inner- und außerhalb Brandenburgs (z. B. mobile Gesundheitsversorgung, Mobilitätsgeld, Mobilitätsagenturen) sind auf ihre flächendeckende Einführung hin zu prüfen.

## Modellprojekte

- Es sollten Verfahren entwickelt werden, mit denen auch nicht-geförderte gute „unsichtbare“ Initiativen/Projekte, die nicht ohne weiteres als „Modellprojekt“ erkennbar sind und u. U. ohne finanzielle Förderung auskommen, erkannt und bekannt gemacht werden.
- Modellprojekte sollten dort, wo innovative Lösungen es erforderlich machen, auch auf die Veränderung von gesetzlichen Rahmenbedingungen zielen. Beispiele hierfür sind die Aufhebung der vorgeschriebenen Trennung von Personen- und Frachtbeförderung und der Anschlusszwang an die Abwasserkanalisation. Hier ist es wichtig, Ausnahmen von gesetzlichen Vorschriften für Experimente zu ermöglichen (geschützt experimentieren) und dies auch bewusst und offen als Möglichkeit im Rahmen von Ausschreibungen für Förderprogramme anzubieten.
- Eine Verpflichtung zur Öffentlichkeitsarbeit und ggf. eine Kommunikationsstrategie sollten als Bedingungen der Bewilligung von Modellprojekten formuliert werden. Zur Übertragung der Ergebnisse könnten auch potentielle „Übernehmer“ bereits von Beginn des Prozesses an eingebunden werden

### Eckpunktepapier der Landesregierung

Die brandenburgischen Biosphärenreservate und Naturparke werden als Modellregion für Nachhaltige Entwicklung gestärkt.

### Eckpunktepapier der Landesregierung

Es wird geprüft, wie die vorhandenen Instrumente zur Reduzierung der Flächeninanspruchnahme sich für eine Umsetzung im Land Brandenburg eignen.

Dazu gab es keine Maßnahmenvorschläge.

Darüber hinaus wurden folgende Maßnahmen zum Thema **Bildung** vorgeschlagen:

- Es sollten andere, neue Formen von Schulen wie Zwergschulen, Formen des Online-Lernens, Internatsschulen aber auch generationenübergreifendes Lernen ermöglicht werden. Dazu müsste die Lehrerausbildung entsprechend angepasst werden.
- Ausweitung des Mitspracherechts von Kommunen und Schulen im Sinne einer eigenverantwortlichen Schule. Konkret wurden die Mitspracherechte bei der Anstellung von Lehrerinnen und Lehrer genannt.
- Unterstützung durch Ehrenamt in Schulen: Hier fehlen zum Teil noch Ideen, insbesondere aber Regelungen, die dies ermöglichen.
- Weitere Erprobung von Modellprojekten zum generationenübergreifenden Lernen wie beispielsweise „Haus der kleinen Forscher“, „Senioren-Universität“ oder Kooperationen mit Hochschulen etc. im Rahmen lokaler Bildungsbündnisse und bei Erfolg Transfer in die Praxis.

#### 2.2.4. Modellprojekte

Modellprojekte wurden in erster Linie im Rahmen der Vorträge benannt, in den Diskussionen der Teilnehmenden spielten sie dagegen kaum eine Rolle. Folgende Projekte wurden benannt – eine Bewertung seitens des Berichterstellers erfolgt dabei nicht:

- KombiBus Uckermark, der Schulbus, Transporter, Kurierdienst etc. zugleich ist.
- Das Netzwerk „Gemeinsam sind wir stark“ in Lübbenau ermöglicht es, Pflege und Beruf zu verbinden.
- Mobiler Bürgerservice Wittstock: Ein „mobiler Bürgerservice“ ermöglicht Bürgern in entfernten Ostteilen und Dörfern ein angemessenes Verwaltungsangebot.
- JAZ „Jung und Alt mit Zukunft“: In Kyritz und Umgebung werden die Möglichkeiten eines angenehmen Alterns im ländlichen Raum untersucht und ausgebaut (Dorfpaten, ambulanter Hospizdienst, dezentrales Altenwohnen, ...).
- Demografielotsen im Klinikum Niederlauritz: Das Potential der älteren Beschäftigten wird durch individuelle Beratung, altersgerechte Arbeitsorganisation und flexible Arbeitsgestaltung besser genutzt.
- Mobile Zahnarztpraxis Templin: komplett ausgerüstete mobile Behandlungseinrichtung erleichtert auf dem Land die medizinische Versorgung von Patienten im zahnärztlichen Bereich.
- Mobiler Rehadienst Woltersdorf: Patienten im Umkreis von 30 km werden in ihrem gewohnten häuslichen Umfeld behandelt. So kann die Pflegebedürftigkeit lange hinausgeschoben werden und den Patienten somit ein selbstbestimmtes Leben in ihrer gewohnten Umgebung ermöglicht werden.
- „JugendMobil“ Konkrete Vorschläge zur Verbesserung der Mobilitätssituation von Jugendlichen in drei Brandenburger Mittelbereichen.
- Programm „Fit für die Enkel“.
- Küchentischgespräche von Brandenburg 21.
- Freiwilligenagenturen.

Daneben erfolgten zwei Hinweise auf gute Beispiele aus anderen Bundesländern:

- Förderprogramm in Nordrhein-Westfalen, bei dem bei Investitionen in alte Gebäude o. Ä. die lokale Bevölkerung mit einbezogen und in begleitende Initiativen oder Vereine mit investiert wurde, um eine Begleitung des Investitionsprojektes durch Menschen zu gewährleisten und die Nutzung zu fördern.
- Beteiligung von Kindern und Jugendlichen in Schleswig-Holstein im Rahmen von Planungsprozessen: Dort müssen Kinder und Jugendliche in allen Planungsprozessen beteiligt und das Ergebnis der Beteiligung muss dokumentiert werden. Dies funktioniert so gut, dass inzwischen die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen als Standortvorteil gesehen wird.

### 2.2.5. Beteiligung

Das Thema Beteiligung wurde im Workshop nicht nur in der entsprechenden Arbeitsgruppe, sondern auch in anderen Arbeitsgruppen immer wieder aufgebracht. Die dabei formulierten Anregungen für Zielsetzungen und Maßnahmen zur Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern sind im Folgenden dargestellt:

#### Ziele

##### **Eckpunktepapier der Landesregierung**

Handlungsfeld: Diskursive und regionalisierte Kommunikationsprozesse zwischen Verwaltungen, Akteuren, Bürgerinnen und Bürgern stärken die Verantwortung vor Ort und tragen entscheidend zu akzeptierten und regional angepassten Lösungen und die Nachhaltigkeitskriterien berücksichtigenden Prioritätensetzungen bei. Die vorhandenen partizipativen Instrumente der Raumordnungs- und Planungsverfahren haben sich hier als leistungsfähig erwiesen.

Zentrale Zielsetzungen in Bezug auf Partizipation sind: **Bürgerbeteiligung soll ermöglicht, gefördert und vermittelt werden.** Die einzelnen Teilziele (ggf. mitsamt kurzer Begründung) sind:

#### Ausbau und Förderung der Kommunikation vor Ort

- Kommunikation zwischen Verwaltungen, Akteuren, Bürgerinnen und Bürgern ist die Grundlage für das Erarbeiten passgenauer und lokal akzeptierter Lösungen. In den Verwaltungen sind Umfang und Qualität der Kommunikation sowie die Offenheit gegenüber Ideen lokaler Akteure bislang sehr stark abhängig vom jeweiligen Personal, insbesondere den handelnden, verantwortlichen Personen.
- Alle Verwaltungen sollen in die Lage versetzt werden, die neue Rolle als Kommunikator und Motivator einzunehmen. Aufgabe der Landesregierung ist es, die kommunalen Verwaltungen dazu zu ertüchtigen. Auch in der Ausbildung in der Kommunalverwaltung sollte dieses Thema (stärker) verankert werden.

#### Regionale Identität schaffen

- Ausgangspunkt für die Bereitschaft zur Partizipation ist eine klare regionale Identität oder die Möglichkeit, sie durch den Prozess zu schaffen.

#### Einbindung aller Altersgruppen

- Die Beteiligung aller Altersgruppen, von Kindern und Jugendlichen bis zu Seniorinnen und Senioren, ist von zentraler Bedeutung: Die Einbindung von Kindern und Jugendlichen führt zu einer engeren Bindung an die Region, zu einer breiteren Einbindung der Interessen aller Altersgruppen und dazu, dass zukünftige Generationen Beteiligung schon erlernt haben werden.

#### Frühzeitig breite Einbindung aller Akteure

- Nutzer und Beteiligten und Betroffene sollen bereits bei der Zielfindung und Konzeption von Projekten einbezogen werden.

## Vernetzungsstrukturen schaffen und Kooperationen fördern

- Eine neue Kommunikations- und Beteiligungskultur erleichtert es, Vernetzungsstrukturen zwischen lokalen Akteuren zu schaffen. Diese Strukturen ermöglichen eine Bündelung von Ressourcen, führen zu einer Steigerung der Transparenz und erlauben einen gemeinsamen Dialog über lokal angepasste Lösungen. Für die Koordination von Initiativen sind stabile und kontinuierliche Unterstützungsstrukturen erforderlich. Kontinuierlich arbeitende Strukturen führen auch zu einer dauerhafteren vertraulichen Zusammenarbeit, die gerade bei Vorhaben, die kontrovers gesehen werden von Nutzen ist.
- Auch Vernetzungsstrukturen auf Landesebene sind erforderlich: Sie ermöglichen das Lernen von anderen. Insbesondere ist hier das Ziel, die Erfahrungen aus Modellvorhaben weiterzugeben. Dabei ist ein wichtiger Aspekt, dass dort nicht nur Erfolge dargestellt werden, sondern auch und gerade aus den Rückschlägen und Misserfolgen anderer gelernt werden kann. Ein entsprechender Kulturwandel ist erforderlich.
- Bestehende Kooperationen zwischen Politik, Verwaltung und Akteuren vor Ort muss gestärkt werden.

## Maßnahmen

Folgende Maßnahmen in Bezug auf Beteiligung wurden vorgeschlagen:

### Regionale Identität stärken

- Grundlage der Bereitschaft, sich zu engagieren, ist eine regionale Identität, mit der sich die Bürgerinnen und Bürger identifizieren. Leitbilder können helfen, derartige Identitäten zu entwickeln oder verschüttete regionale Identitäten wieder zu beleben, um dadurch Zusammengehörigkeitsgefühl und Beteiligungsbereitschaft zu schaffen. Die Kehrseite der Stärkung der lokalen Ebene ist allerdings ein Wachstum an Lokalegoismen.

### Verstärkte Einbindung von Kindern und Jugendlichen in Beteiligungsprozesse

- Politische Strukturen und Beteiligungsmöglichkeiten sollte schon in Schulen und Kitas gelernt und praktiziert werden.
- Die Ansprache sollte über die Jugendliche betreffenden Themen vor Ort erfolgen. Dabei sollten jugendgerechte Medien (Internet, Facebook etc.) neben den bestehenden Formen der Ansprache (Amtsblatt) genutzt werden.
- Das Alter zwischen 14 und 18 Jahren soll genutzt werden; danach lässt das Interesse nach und die Jugendlichen gehen in die Ausbildung.

### Bewährte Instrumente nutzen

- Planspiele zum Einsatz finanzieller Ressourcen mit der Möglichkeit, Varianten und Alternativen zu diskutieren.
- Zukunftskreise/-zirkel/-foren sind ein gutes Instrument, um mit Bürgerinnen und Bürgern ins Gespräch zu kommen. Sie können als Ausgangspunkt für Partizipation genutzt werden.

- Auch die Nutzung neuer Medien (z. B. Facebook, Webseite mit Forum) kann die Beteiligung erhöhen, da über diese Wege neue Personenkreise insbesondere jüngere, internetaffine Gruppen angesprochen werden.
- Ansprache kann gut auch auf informellen Wegen erfolgen, Sport mache es beispielsweise leichter, auf Menschen zuzugehen.
- Erarbeitung von Leitbildern vor Ort, in denen über die Richtung der lokalen Entwicklung entschieden wird.
- Beratung und Coaching von Dörfern bei der Problemlösung durch Verwaltung und Externe (z. B. durch Mediation, Moderation bei Konfliktlösung).

### 2.2.6. Zwischenbilanz

Dieses Unterkapitel stellt eine zusammenfassende Einschätzung unsererseits dar.

#### Stand der Zielerreichung

Die drei Ziele des Dialogprozesses sind:

- das **Thema Nachhaltigkeit** in der Gesellschaft zu **vermitteln** (bekannt machen, Bewusstsein schaffen),
- die zentralen und wichtigen **Akteure** bei der Erstellung der Nachhaltigkeitsstrategie **einzubinden**,
- im Dialogprozess inhaltliche **Ergebnisse** zu erarbeiten, die als **Grundlage für den Entwurf** der Landesnachhaltigkeitsstrategie dienen sollen.

#### Bewertung der Ergebnisse des Workshops

Aktuell bewerten wir die Zielerreichung in Bezug auf das Thema Lebensqualität in Städten und Dörfern wie folgt:

Mit der Vermittlung des Themas Nachhaltigkeit in die Gesellschaft wurde begonnen, indem wichtige Akteure in großer Zahl am Workshop teilgenommen haben und die Resultate sicherlich in ihre jeweiligen Netzwerke weitergetragen haben. Durch die über die Vorträge hinaus noch fehlende Veröffentlichung der Ergebnisse (Dokumentation) auf der Webseite des MUGV ist die Vermittlung jedoch noch nicht so weit umgesetzt, wie dies wünschenswert wäre. Dieser Schritt sollte baldmöglichst nachgeholt werden.

Die Einbindung der wichtigsten Akteure in Brandenburg bei der Erstellung der Nachhaltigkeitsstrategie ist weitgehend gelungen – das Interesse am Workshop war insgesamt hoch. Lediglich die beiden kommunalen Spitzenverbände haben an diesem Workshop nicht teilgenommen. Durch die prominente Teilnahme verschiedener Kommunen konnte dieses Manko jedoch ausgeglichen werden.

Für die weiteren Diskussionen und auch für die Landesnachhaltigkeitsstrategie ist von Bedeutung, dass es bei dem bedürfnisorientierten Ansatz nicht immer um die Befriedigung der individuellen Be-

dürfnisse des Einzelnen, sondern um die gesellschaftliche Bedürfniserfüllung geht – es gibt beispielsweise keinen Anspruch auf den Bau einer Straße, sondern um die Ermöglichung von Mobilität.

Aus unserer Sicht sind die bisher erreichten inhaltlichen Ergebnisse für die einzelnen Bausteine der Nachhaltigkeitsstrategie wie folgt zu bewerten:

- Die SWOT ist noch recht knapp und unsystematisch – hier könnten für die Landesnachhaltigkeitsstrategie noch systematisch fehlende Aspekte ergänzt werden mit Bezug zu vorliegenden Indikatoren und Studien.
- Die Einordnung in nationale und europäische Strategien und Zielsetzungen muss außerhalb des Dialogprozesses erfolgen, kann aber eine wichtige Verbindung zu den EU Förderprogrammen für die Periode 2014 - 2020 herstellen.
- Zahlreiche Handlungsbedarfe wurden mit Bezug zu den in den Eckpunkten genannten Herausforderungen herausgearbeitet. Aufgrund des Umfangs der gesamten Thematik konnten im Workshop nicht systematisch alle Handlungsbedarfe für die sehr breiten Themenbereiche der Daseinsvorsorge erfasst werden.
- Wenn in der Nachhaltigkeitsstrategie eine umfassende Darstellung gewünscht ist, sollten auch noch einmal die Besonderheiten des Berliner Umlandes thematisiert werden, die nicht in diesem Workshop thematisiert wurden. Auch hier könnten regionale, partizipative Prozesse zur Identitätsstärkung und Weiterentwicklung sinnvoll sein. Die Ausgangsvoraussetzungen und damit auch die Ziele und ggfs. die zu behandelnden Themen unterscheiden sich allerdings sehr von den Regionen, die von Schrumpfungprozessen betroffen sind. Letztere sind aufgrund der größeren Probleme das wichtigere Thema, vollständig ist die Darstellung aber nur, wenn beide Raumtypen behandelt werden.
- Als Grundlage für ein Leitbild wurden zahlreiche Ideen entwickelt, die aber noch nicht zu einem kohärenten, knapp formulierten und attraktiven Ganzen zusammengeführt wurden.
- Ziele und Maßnahmen: Für viele der in den Eckpunkten benannten Ziele und Maßnahmen wurden Ergänzungen und Präzisierungen vorgenommen, darüber hinaus wurden auch neue Ziele formuliert und neue Maßnahmen vorgeschlagen. Die Ergebnisse bilden einen reichen Fundus für die weitere Erarbeitung der Nachhaltigkeitsstrategie. Durch die querschnitts- und nicht themenbezogene Struktur des Workshops gilt jedoch auch hier, dass nicht alle Einzelaspekte der Daseinsvorsorge (Mobilität, ärztliche Versorgung, Nahversorgung mit Lebensmitteln, Bildungsangebote ...) systematisch abgearbeitet werden konnten – sollte dies für die Nachhaltigkeitsstrategie gewünscht sein, ist es noch zu leisten. Auch eine Abstimmung der zukünftigen Politik innerhalb der Landesregierung und mit nachgeordneten Verwaltungsebenen, sowie mit der kommunalen Ebene sollte noch erfolgen – einige der im Workshop herausgearbeiteten Ziele erfordern tatsächlich einen Paradigmenwechsel oder zumindest Anpassungen der Landespolitik.



nachfrage. Historisch kann man feststellen, dass in allen weltwirtschaftlichen Krisen die zentrale Ursache eine extreme Vermögensspaltung war. Seiner Ansicht nach ist eine mittel- und langfristige Änderung der Rahmenbedingungen für die Einkommens- und Vermögensverteilung Voraussetzung für eine nachhaltige Politik.

### Finanzmarkt

Prof. Dr. Kreibich stellt Umsatzvolumina und Bestände der internationalen Finanzmärkte vor. Täglich wird auf den internationalen Finanzmärkten fast doppelt so viel Geld bewegt, wie Deutschland im Jahr an Bruttoinlandsprodukt erwirtschaftet. Kritisch ist für ihn insbesondere die Loskopplung der Finanz- von der Realwirtschaft. Die virtuellen Geschäfte erzeugen reale Gewinne und Verlust ohne einen anderen Wert zu schaffen. D. h. diese Mittel werden der Realwirtschaft oder der Bevölkerung entzogen.

### Finanzaufsicht

Zudem kritisiert er die nicht bzw. kaum vorhandene Kontrolle auf den nationalen wie internationalen Finanzmärkten. Die bisherige Kontrolle sei lückenhaft, auf zu viele Organisationen verteilt und umfasse nicht alle auf den Finanzmärkten tätigen Akteure. Er fordert die Etablierung einer internationalen, unabhängigen Bankenaufsicht. Im Weiteren geht er auf die Finanzprodukte ein, mit denen gehandelt wird (Spekulationskredite, Derivate- und Hochfrequenzhandel) und fordert die Einschränkung des spekulativen Handels auf die Absicherung von Geschäften mit Bezug zur Realwirtschaft.

### Finanztransaktionssteuer

Als weitere Notwendigkeit daraus sieht er die Einführung einer Finanztransaktionssteuer. Diese würde viele der reinen Spekulationsgeschäfte unattraktiv machen. Idealerweise würde sie europaweit eingeführt, mindestens für den Euroraum, zur Not nur in Deutschland.

### Veränderung des Bankensystems

Speziell für Banken schlägt Prof. Dr. Kreibich vor, Investitionsbanken von Geschäftsbanken zu trennen, die Eigenkapitalquote zu erhöhen und einen Krisenfonds einzurichten, der ausschließlich von den Banken gespeist wird.

### Eigentumsrecht und Nachhaltigkeit

Im letzten Teil seines Vortrags setzt er sich mit der Beziehung Eigentumsrecht und Nachhaltigkeit auseinander. Eigentumsrecht steht diametral der Nachhaltigkeit entgegen, da es dem Eigentümer ermöglicht, mit seiner Sache nach Belieben zu verfahren, also aus ihr heraus auch ungeschützte Gemeingüter zu nutzen und beispielsweise natürliche Ressourcen ersatzlos abzunutzen. Aus seiner Sicht sollte eine Nachhaltigkeitspflicht für das Eigentum gesetzlich verankert werden.

Es gibt viele zustimmende, aber auch ablehnende Positionen zu den vorgestellten Inhalten – so werden die Ursachen der Finanzmarktkrise unter den Teilnehmenden kontrovers diskutiert. Einig sind sich die Teilnehmenden, dass sowohl die hohe Staatsverschuldung reduziert als auch der Kapitalmarkt stärker reguliert und kontrolliert werden muss.

### 2.3.1.1. Situation in Brandenburg

#### **Eckpunktepapier der Landesregierung**

Ein grundsätzliches Ziel von Nachhaltigkeitspolitik ist die Wahrung der Balance zwischen den Generationen.

Insbesondere die zeitliche Verschiebung von Lasten durch die Anhäufung von Schulden ist nur insoweit gerechtfertigt, als spätere Generationen damit auch einen Nutzen ererben, beispielsweise in Form einer funktionierenden Infrastruktur oder einer guten Bildung. Während jedoch der auf nachfolgende Generationen übertragene Nutzen häufig nur ungenau quantifizierbar ist, kann die in 20 Jahren aufgelaufene Verschuldung des Landes Brandenburg sehr präzise beziffert werden. Sie liegt nach Abschluss des Haushaltsjahres 2009 bei 18,3 Mrd. € oder 7.282 € pro Einwohner.

Ab dem Jahr 2020 ist durch die mit den Ergebnissen der Föderalismuskommission II beschlossene Schuldenbremse den Ländern eine jährliche Neuverschuldung faktisch versagt. Diese angesichts der allgemeinen Verschuldungssituation der öffentlichen Haushalte nachvollziehbare Vorgabe begrenzt allerdings den finanziellen Spielraum des Landeshaushalts Brandenburg zusätzlich, da damit die Neuverschuldung als mögliche Finanzierungsquelle nicht mehr zur Verfügung steht. Außerdem wird das Auslaufen des Solidarpaktes II im Jahr 2019 den Landeshaushalt insoweit belasten, als die Sonderbedarfs-Bundesergänzungszuweisungen (SoBEZ), die in 2010 den Brandenburger Haushalt noch mit über 1,2 Mrd. € stützen, kontinuierlich abgebaut und im Jahr 2019 letztmalig gezahlt werden.

Hinzu kommt, dass der demografische Wandel selbst erhebliche negative Effekte für die Verfügbarkeit finanzieller Mittel für das Land und die Kommunen mit sich bringt. Bereits in den letzten Jahren wurde insbesondere die Entwicklung der Einnahmen im Landeshaushalt spürbar beeinflusst, da die Steuereinnahmen und die Zahlungen im Länderfinanzausgleich (LFA) in hohem Maße von der Wohnbevölkerung abhängen. Der Rückgang der Wohnbevölkerung führt in Brandenburg zu Mindereinnahmen aus Steuern und LFA von durchschnittlich rd. 2.600 € pro Person und Jahr.

Insgesamt muss damit gerechnet werden, dass die dem Land für die Erfüllung der Aufgaben zur Verfügung stehenden Einnahmen einschließlich der Fördermittel ab 2019 im Vergleich zu heute um rund 20 % sinken werden.

Wie zu großen Teilen bereits im Eckpunktepapier der Landesregierung dargestellt gibt es eine Reihe von Rahmenbedingungen, die sich sehr konkret auf die zukünftige Finanzpolitik auswirken werden.

Sie werden hier nur stichwortartig aufgegriffen:

- Schuldenbremse 2020 begrenzt finanziellen Spielraum des Landeshaushaltes
- Pensionsausgaben für pensionierte Beamte steigen an.
- Der demografische Wandel führt zu einem Rückgang der Einnahmen aus Steuern und Länderfinanzausgleich. Parallel steigen durch ihn die Kosten für die Daseinsvorsorge (z. B. Gesundheitsausgaben) an.
- Diskussion um Länderfinanzausgleich, die sowohl zu einer relativen als auch absoluten Reduzierung des Brandenburger Anteils führen könnte.
- Durch Auslaufen des Solidarpakt II verringern sich Einnahmen des Landes.
- Als kritische Faktoren für die Anforderungen an die Steuerpolitik als Einnahmequelle und Steuerinstrument gelten darüber hinaus die nicht bezifferbaren Folgekosten der Finanzmarktkrise und der Energiewende.

### 2.3.1.2. SWOT

#### Risiko

- Kosten durch die Finanzmarktkrise, die direkt oder indirekt auf Brandenburg zukommen könnten.

## Chance

- Instrumente im Rahmen der Verursachergerechtigkeit oder Umverteilung können zur Haushaltskonsolidierung beitragen, weil sie die bisher gesellschaftlich getragenen Ausgaben verringern bzw. die Einnahmen erhöhen.

### 2.3.1.3. Einordnung in nationale und europäische Strategien und Zielsetzungen

Zur Einordnung in nationale und europäische Strategien und Zielsetzungen gab es im Rahmen des Dialogverfahrens außer den bereits unter Situationsbeschreibung genannten keine neuen Ergebnisse.

### 2.3.1.4. Handlungsbedarf

#### **Eckpunktepapier der Landesregierung**

Eine nachhaltige Finanzpolitik kann maßgeblich dazu beitragen, den Nachhaltigkeitsgrundsatz in allen Bereichen von Wirtschaft und Gesellschaft zu verankern. Besonders große Bedeutung haben hierbei marktwirtschaftliche und marktkonforme Instrumente, da diese besonders effizient das Verhalten der Marktteilnehmer steuern und Anreize zu nachhaltigem Verhalten setzen können. Eine nachhaltige Finanzpolitik zeichnet sich in der Gestaltung von Staatseinnahmen und –ausgaben sowie bei der Verschuldung aber auch dadurch aus, dass sie das Kriterium der Generationengerechtigkeit wahrt.

Im Vorfeld des Workshops und im Workshop selbst wurden durch die Teilnehmenden folgende Handlungsbedarfe formuliert:

- Die Abstimmungsprozesse zwischen den verschiedenen Verwaltungsebenen sind zu verbessern: Explizit benannt wurden dabei die Abstimmungen zwischen EU/Bund/Land, zwischen Land und Kommunen und auch landesintern zwischen den Ministerien.
- Die Entscheidungsfindung ist intransparent: Die Nachhaltigkeit in der Finanzpolitik des Landes Brandenburg ist für Bürger nicht zu erkennen.
- Kritische Auseinandersetzung mit Struktur der Haushaltsausgaben fehlt: Die Ausgabe- und Haushaltsstrukturen haben sich nicht oder nicht schnell genug den gesellschaftlichen Entwicklungen angepasst.
- Die Ausgaben des Landes übersteigen die Einnahmen.
- Das Land kümmert sich zu wenig um eine Verbesserung der Einnahmenseite: Die Konzentration liegt zu stark auf dem Thema Sparen.
- Strukturelle Finanzierungsdefizite auf kommunaler Ebene: Die Gemeinden können mit den ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln die ihnen zugewiesenen Aufgaben nicht finanzieren.
- Wirkung eingesetzter Mittel wird nicht hinreichend überprüft: Insbesondere die Wirkungsuntersuchungen zu vergebenen Fördermitteln sind zu verbessern.
- Langfrist-Perspektive wird nicht hinreichend berücksichtigt: Zum einen fehlen verlässliche Rahmenbedingungen über die Legislaturperiode hinaus, zum andere fehlt etwa eine Berücksichtigung der zukünftigen demografischen Entwicklung bei Entscheidungen über Projekte.

- Fehlende Orientierung des Landes an Nachhaltigkeitskriterien
  - in der Förderpolitik
  - bei Beschaffung und Vergaben
  - bei Steuerpolitik und Subventionen
  - beim Liegenschaftsmanagement
  - bei der Vermögensanlagestrategie
- Es fehlt eine Beitrags- und Verteilungsgerechtigkeit. Dies umfasst die Aspekte Generationengerechtigkeit (Nutzen heutiger Investitionen für zukünftige Generationen), Gleichbehandlung insbesondere bei der Nutzung von natürlichen Ressourcen wie etwa Wasser sowie die Durchsetzung von Handlungsmaßstäben, nach denen jeder, der einen Nutzen aus Naturgütern zieht, dazu beitragen soll, dass diese Güter auch aufrechterhalten werden. Auch die Einkommensverteilung wurde in diesem Zusammenhang benannt.

#### 2.3.1.5. Leitbild – Aspekte

##### **Eckpunktepapier der Landesregierung**

Ein grundsätzliches Ziel von Nachhaltigkeitspolitik ist die Wahrung der Balance zwischen den Generationen. Insbesondere die zeitliche Verschiebung von Lasten durch die Anhäufung von Schulden ist nur insoweit gerechtfertigt, als spätere Generationen damit auch einen Nutzen ererben, beispielsweise in Form einer funktionierenden Infrastruktur oder einer guten Bildung.

Folgende im Workshop erarbeitete Aspekte sollten für ein Leitbild in Erwägung gezogen werden:

##### **Integrierte Betrachtung**

- Nachhaltigkeit immer integriert betrachten: Alle drei Dimensionen (Ökonomie, Ökologie, Soziales) sind zu berücksichtigen.
- Defizitabbau und Investitionen sollen sich ergänzen.

##### **Langfristperspektive**

- Investitionen sollten eine langfristige Perspektive haben.
- Chance auf Verstetigung von Projekten nach Auslaufen der Förderung.

##### **Umsetzung der Nachhaltigkeitsstrategie in der Förderpolitik des Landes**

- Verzahnung der zukünftigen Förderpolitik des Landes mit der Landesnachhaltigkeitsstrategie.
- Förderpolitik wird nachhaltig, wenn alle Förderprojekte in Bezug auf alle drei Dimensionen der Nachhaltigkeit (ökonomisch, ökologisch, sozial) überprüft werden. Dabei zielt die Überprüfung in den Aussagen der Teilnehmenden sowohl auf die Auswahl von Förderprojekten (Sinnhaftigkeit und Nachhaltigkeit der Investitionen soll im Vorfeld überprüft werden) als auch auf die Wirkung der Förderung (Ergebnisse nach Nachhaltigkeitskriterien messen).

- Regionale Wertschöpfungsketten fördern.

### 2.3.2. Ziele

Die im Workshop genannten Ziele werden hier zusammengefasst, systematisiert und in Bezug zu den Handlungsfeldern des Eckpunktepapiers (in den Kästen) gesetzt. Es werden ausschließlich Ziele und Zielkonflikte dargestellt - für eine Darstellung von zeitlichen Horizonten oder Indikatoren sind in den Ergebnissen des Workshops keine Grundlagen enthalten.

Anreize zu nachhaltigem Verhalten setzen und Gestaltungsspielräume erhalten/ schaffen

#### **Eckpunktepapier der Landesregierung**

Eine nachhaltige Finanzpolitik kann maßgeblich dazu beitragen, den Nachhaltigkeitsgrundsatz in allen Bereichen von Wirtschaft und Gesellschaft zu verankern. Besonders große Bedeutung haben hierbei marktwirtschaftliche und marktkonforme Instrumente, da diese besonders effizient das Verhalten der Marktteilnehmer steuern und Anreize zu nachhaltigem Verhalten setzen können. Eine nachhaltige Finanzpolitik zeichnet sich in der Gestaltung von Staatseinnahmen und –ausgaben sowie bei der Verschuldung aber auch dadurch aus, dass sie das Kriterium der Generationengerechtigkeit wahrt.

- Nachhaltige Bildungs- und Wirtschaftsförderung hängen unmittelbar von nachhaltiger Finanzpolitik ab; hier müssen auch künftig finanzielle Gestaltungsspielräume erhalten bleiben.
- Die Selbstorganisation der Bürgerinnen und Bürger bzw. Kommunen sollte gestärkt werden. Dafür sind regulatorische Gestaltungsspielräume für künftige Entwicklungen zu schaffen. Auch in Fällen, in denen das Land Aufgaben an andere Verwaltungsebenen (z. B. Kommunen) abtritt, bleibt es Aufgabe des Landes, Rahmenvorgaben zu machen.

### Sozial-ökologisch ausgerichtete Finanzpolitik

#### **Eckpunktepapier der Landesregierung**

Eine sozial-ökologisch ausgerichtete Finanzpolitik verfolgt das Ziel, der Nutzung von Gemeinschafts- und Umweltgütern einen angemessenen Preis zuzuweisen, ökologische Risiken und bisher von der Allgemeinheit getragene Folgekosten des Handelns einzelner Marktteilnehmer in die Preisbildung einzubeziehen, Leistungen zur Pflege und Schonung der Naturgüter zu honorieren sowie das Verursacherprinzip anzuwenden. Die so möglicherweise gewonnenen finanziellen Spielräume sollen zur schrittweisen Senkung der Arbeitskosten, für nachhaltige (Infrastruktur)-Investitionen oder die Markteinführung von Zukunftstechnologien genutzt werden. Eine an diesen Grundsätzen orientierte Fiskalpolitik ist umweltpolitisch nötig, ökonomisch sinnvoll und sozial gerecht.

Auf Grund der föderalen Struktur stößt die eigene Gesetzgebungskompetenz des Landes hier an Grenzen. Gemeinsam mit anderen Bundesländern kann die Landesregierung jedoch in den jeweiligen Bundesratsgremien Schritte einleiten. Unmittelbare Steuerungsmöglichkeiten vermag die Landesregierung demgegenüber jedoch durch eine gezieltere Ausrichtung ihrer Ordnungs- und Förderpolitik, die Festlegung verbindlicher Maßstäbe für das Beschaffungswesen, die Unterstützung von Forschungsschwerpunkten, eine angepasste Wirtschaftsförderung oder die stärkere Unterstützung von lokalen und ehrenamtlichen Initiativen auf dem Gebiet der Nachhaltigkeit auszuüben.

- Auf der Ausgabenseite soll geschaut werden, welche nicht nachhaltigen Förderungen und Subventionen abgebaut bzw. eingestellt werden können.

- Die Förderpolitik soll noch stärker auf gemeinsam festzulegende Zukunftsfelder ausgerichtet werden.
- Die Finanz und Förderpolitik des Landes soll auch auf den Ansatz ausgerichtet sein, soziale Prozesse der Transformation zu unterstützen: den Transferprozess von Bildung in Ideen, von Ideen in Produkte und Dienstleistungen und den Transfer von Projekterfahrungen. In diesem Sinne soll der Innovations- und Investitionsbegriff neu gedacht werden.
- Integrierte Betrachtung von Investitionen in Bildung/Qualifizierung und Infrastruktur – Investitionen aus beiden Bereichen sollen aufeinander abgestimmt werden und zusammenwirken („Investitionen in Köpfe und Beton“).
- Überprüfbarkeit: Die Nachhaltigkeit von Investitionen und Vorhaben soll überprüfbar sein und auch überprüft werden.

Daneben wurden folgende Ziele benannt, die keinen direkten Bezug zum Eckpunktepapier aufweisen:

#### Aktivierung von Privatvermögen

- Es sollen Maßnahmen dafür entwickelt werden, den Einsatz privater Mittel zu Gemeinwohl-Zwecken zu fördern.

#### Defizitabbau

- Langfristig muss eine Schuldentilgung erfolgen. Dieser Defizitabbau darf aber nicht auf Kosten nachhaltiger Investitionen erfolgen.

#### Partizipation

- Interessant ist auch, die Bürgerinnen und Bürger stärker einzubeziehen. Wie kann dies – gerade beim Thema Finanzen – gelingen? Wie könnten Modelle der partizipativen Haushaltsaufstellung in den Kommunen und im Land aussehen? Wie können Bürgerinnen und Bürger sich inhaltlich aber auch finanziell an der künftigen Entwicklung des Landes beteiligen? Wie können Konzepte der Gemeinwohlökonomie aussehen?

#### Zielkonflikte

Grundsätzlich widersprechen sich die benannten Ziele in einem Punkt: der erforderliche Defizitabbau widerspricht dem Ziel, andere, stärker nachhaltige Anreize zu setzen. Dieser Punkt wird sich auch kaum auflösen lassen.

Daneben ergeben sich Zielkonflikte zur aktuellen Politik oder sich ändernden Rahmenbedingungen:

Sowohl auf der Einnahmen- wie auf der Ausgabenseite des Landeshaushalts sollte die Finanzpolitik stärker auf Nachhaltigkeit ausgerichtet werden. Wie genau dies aussehen soll oder kann ist dann jeweils sehr stark auf individuelle Politikfelder bezogen und daher eher in den anderen, direkt themenbezogenen Workshops diskutiert worden.

Ebenfalls für Einnahmen wie Ausgabenseite des Landeshaushalts gilt, dass die Rahmenbedingungen (Demografischer Wandel, Schuldenbremse, Auslaufen Solidarpakt) dem Ziel einer nachhaltigeren im Sinne einer sozial-ökologischen Finanzpolitik eher entgegenstehen.

### 2.3.3. Maßnahmen

#### **Eckpunktepapier der Landesregierung**

Schrittweiser Abbau von Subventionen, Ausnahmetatbeständen und Steuererleichterungen, von denen eine nicht nachhaltige Anreizwirkung ausgeht und die Weiterentwicklung solcher Lenkungselemente, die Ressourcen schonendes, naturverträgliches und sozial gerechtes Handeln honorieren;

Bei der konkreten rechtlichen Ausgestaltung soll darauf geachtet werden, dass nachteilige volkswirtschaftliche Effekte für Brandenburg vermieden werden und den Wirtschaftsbeteiligten, inklusive Verbraucherinnen und Verbrauchern, der nötige Raum für die Anpassung zur Verfügung steht.

#### **Ausgaben und Einnahmen des Landes**

- Wichtige künftige Prozesse aus Sicht von Teilnehmenden sind insbesondere die aktive Mitwirkung bei der Umgestaltung des Länderfinanzausgleichs, die Umsetzung der Schuldenbremse auf Landesebene und die genaue Betrachtung der Auswirkungen der Finanzkrise und der EU-2020 Vorgaben.

#### **Eckpunktepapier der Landesregierung**

Fortführung der Verankerung des Nachhaltigkeitsprinzips als Querschnittsziel in der Förderpolitik;

Aufbauend auf den Erfahrungen der vergangenen und der aktuellen Förderperiode sowie im Hinblick auf die Neuausrichtung der EU-Strategie („Europa 2020“) soll Nachhaltigkeit auch in der ab 2014 beginnenden EU-Förderperiode bei der Auswahl der Schwerpunkte in der Programmplanung als in alle Maßnahmen integriertes Querschnittsziel sowie bei der Auswahl und Bewertung von Projekten berücksichtigt werden.

#### **Förderpolitik**

- Schwerpunktsetzung auf innovative Branchen. Als Beispiel genannt wird der Bereich der Wassertechnologie und -wissenschaft in Kooperation mit dem Land Berlin. Auch die Bereiche des ökologischen Landbaus im speziellen und die Bioökonomie im Allgemeinen sind aus Sicht der Teilnehmenden Zukunftsbranchen. Im Bereich des ökologischen Landbaus fehlten derzeit Vermarktungswege und damit Wertschöpfungsketten.
- Regionale Wertschöpfungsketten im ländlichen Raum durch die Erzeugung des Stroms aus erneuerbaren Energien entstehen. Hier bedarf es der Unterstützung aus den Verwaltungen und entsprechende Regelungen, um dies auf regionaler Ebene partizipativ voran zu bringen. Dies trifft auch für das Thema sozialer Innovationen zu.

#### **Nachhaltigkeitskriterien**

- Es bedarf eines Sets an Indikatoren. Der Nachhaltigkeitsbeirat ist gerade dabei einen ersten Vorschlag zu erarbeiten. Von Seiten einiger Teilnehmender wird darauf hingewiesen, dass es bereits von unterschiedlichen Organisationen verschiedene Sets von Nachhaltigkeitskriterien gibt. Es gibt allerdings unterschiedliche Auffassungen zu ihrer Qualität und dazu, ob die Auswirkungen bei Nichterfüllung von Kriterien hinreichend berücksichtigt sind. Einigkeit besteht darüber, dass ein System von Kriterien im Rahmen der Antragstellung wie der Antragsprüfung

praktikabel sein muss, es also beispielsweise nicht zu viele Indikatoren geben sollte. Unterschiedlich bewertet wird auch der Spielraum des Landes zur Implementierung von Kriterien vor dem Hintergrund der Vorgaben von Geldgebern wie EU oder Bund.

- Im Bereich der Förderrichtlinien sollte über Nachhaltigkeitskriterien nachgedacht werden. Damit sinnvolle Projekte nicht schon in der Antragsphase nicht weiter bearbeitet werden (können), sollte auch über die Förderung von Machbarkeitsstudien im Rahmen von Förderprogrammen nachgedacht werden.

### Prüfung der Effektivität

- Entbürokratisierung kann auch durch eine Befristung von neuen Gesetzen erfolgen, die nach einigen Jahren zunächst evaluiert werden, bevor entschieden wird, ob sie beibehalten werden sollen.

#### **Eckpunktepapier der Landesregierung**

Nutzung alternativer Instrumente im Bereich der Förderung;

Wegen der rückläufigen Finanzmittel wird es immer wichtiger, Alternativen zur bisherigen (im Wesentlichen auf verlorenen Zuschüssen beruhenden) Fördermittelvergabe zu entwickeln. Im gewerblichen Bereich kann es sinnvoll sein, Fördermittel „revolvierend“ auszureichen. Sie können dann vom Empfänger an das Land zurück fließen und erneut ausgereicht werden. Neben der klassischen Kreditfinanzierung, die im Wesentlichen das Geschäft der privaten Banken ist, sind dies insbesondere alternative Finanzierungsformen wie Beteiligungen, Mezzanine-Finanzierungen und Bürgschaften. Die bereits bestehenden und geplanten Produkte, die sich nach Markt, Zielgruppe und Konditionen voneinander unterscheiden, können Modellcharakter haben.

Als weiteres Instrument sollte für geeignete Förderbereiche geprüft werden, ob Zuwendungen künftig noch stärker als bisher im Rahmen wettbewerblicher Verfahren vergeben werden können.

Der Vertragsnaturschutz als besondere Form der Kooperation zwischen Landschaftspflege und Landwirtschaft hat sich bewährt und sollte weiterentwickelt werden.

Schließlich wird die Landesregierung prüfen, ob und in welchen Bereichen Mikrokredite zur Unterstützung von Projekten, die der nachhaltigen Entwicklung dienen, eingesetzt werden können.

### Nutzung alternativer Finanzierungsinstrumente

- Eine Form der Förderung könnte auch Venture-Capital sein, das in risikobehaftete Ideen investiert wird. Beispielhaft sei hier das Hasso-Plattner-Institut für Informatik.

#### **Eckpunktepapier der Landesregierung**

Stärkung lokaler Initiativen und Nutzung partizipativer Instrumente;

Insbesondere auf lokaler und regionaler Ebene steht ein beträchtliches, vielfach ehrenamtliches Potenzial für eine Nachhaltige Entwicklung zur Verfügung. Durch stärkere Einbeziehung in kommunale Planungsprozesse, die kommunale Finanzplanung („Bürgerhaushalte“) oder die gezielte Unterstützung von Projekten, die aus lokalen Nachhaltigkeitsprozessen entstanden sind, kann dieses Potenzial für das Land besser erschlossen werden.

### Selbstorganisation, Aufgaben- und Kompetenzübertragung

- Selbstorganisation lässt sich stärken, indem Ausnahmen zugelassen werden um Modellprojekte zu ermöglichen. Voraussetzung ist, dass die Modellprojekte übertragbar sind. Möglich-

keiten der Selbstorganisation bieten beispielsweise die Netzübernahme durch Kommunen oder Bürgerinnen/Bürger, die Stärkung von Stadtwerken, Bürger-Genossenschaften.

- Im Zusammenhang mit den Einnahmen und Ausgaben des Landes sollte auch regelmäßig eine Aufgabenkritik durchgeführt werden. Insbesondere sollte dabei eine Aufgabenübertragung von der Landesebene nach unten in Erwägung gezogen werden.

Dazu gab es keine Maßnahmenvorschläge.

#### **Eckpunktepapier der Landesregierung**

Ausbau des nachhaltigkeitsorientierten Managements in der Verwaltung;

Ziele hierbei sind z. B. ein nachhaltiges Liegenschaftsmanagement (insbesondere Gebäudebestand und Fuhrpark) unter Einbeziehung einer umfassenden Kosten-Nutzen-Betrachtung, die Einführung von Umweltmanagementsystemen in der Landesverwaltung und die umweltorientierte Beschaffung. Mit der systematischen Berücksichtigung von Nachhaltigkeitskriterien in diesen Bereichen kann die Landesregierung wichtige Marktanreize setzen, öffentlich eine Vorbildrolle übernehmen und angesichts steigender Ressourcen- und Energiekosten dauerhaft Betriebskosten sparen.

#### 2.3.4. Modellprojekte

Es wurden im Workshop keine Modellprojekte benannt.

#### 2.3.5. Zwischenbilanz

Im Hinblick auf das Erreichen der drei Ziele des Dialogprozesses (Thema Nachhaltigkeit vermitteln und bekannt machen; wichtige Akteure einbinden; inhaltliche Ergebnisse als Grundlage für die Entwicklung der Nachhaltigkeitsstrategie erarbeiten) bewerten wir die Zielerreichung in Bezug auf das Thema „Zukunftsfähige Finanzpolitik“ wie folgt:

Mit der Vermittlung des Themas Nachhaltigkeit in die Gesellschaft wurde begonnen, indem einige wichtige Akteure am Workshop teilgenommen haben und die Resultate sicherlich in ihre jeweiligen Netzwerke weitergetragen haben. Da es jedoch eher ein Thema für Experten war, ist die Abdeckung gerade der aktiven Bürgerinnen und Bürger im Land nicht so umfassend wie in den anderen Themenbereichen.

Auch durch die über den Vortrag von Herrn Prof. Dr. Kreibich hinaus noch fehlende Veröffentlichung der Ergebnisse (Dokumentation) auf der Webseite des MUGV ist die Vermittlung jedoch noch nicht so weit umgesetzt, wie dies wünschenswert wäre. Dieser Schritt soll baldmöglichst nachgeholt werden.

Die Einbindung der wichtigsten Akteure in Brandenburg bei der Erstellung der Nachhaltigkeitsstrategie ist weitgehend gelungen – das Interesse am Workshop war insgesamt hoch.

Im Vergleich zu den meisten anderen Workshops beziehen sich die Ergebnisse und Diskussionen dieses Workshops stärker auf Ausgangssituation, allgemeine Rahmenbedingungen und Leitbilder. Ziele und in noch stärkerem Umfang Maßnahmen wurden nur ausschnitthaft erarbeitet. Dies ist darauf zurückzuführen, dass „Zukunftsfähige Finanzpolitik“ ein Querschnittsthema ist, das sich auf alle Politikbereiche bezieht. Dazu kommt, dass der Workshop im Gegensatz zu einigen anderen Veranstal-

tungen nur zwei Arbeitsgruppen hatte – entsprechend ist auch weniger Material erarbeitet worden als in den Workshops mit vier Arbeitsgruppen.

Aus unserer Sicht sind die bisher erreichten inhaltlichen Ergebnisse für die einzelnen Bausteine der Nachhaltigkeitsstrategie wie folgt zu bewerten:

- Für die SWOT liegen keine Ergebnisse aus dem Dialogprozess vor – sie könnte für die Landesnachhaltigkeitsstrategie noch systematisch ergänzt werden.
- Die Einordnung in nationale und europäische Strategien und Zielsetzungen muss außerhalb des Dialogprozesses erfolgen, kann aber eine wichtige Verbindung zu den EU Förderprogrammen für die Periode 2014 - 2020 herstellen.
- Qualitativ wurden sowohl die Ausgangssituation als auch zahlreiche Handlungsbedarfe mit Bezug zu den in den Eckpunkten genannten Herausforderungen herausgearbeitet. Dies bietet eine gute Grundlage für die Landesnachhaltigkeitsstrategie.
- Als Grundlage für ein Leitbild wurden zahlreiche Ideen entwickelt, die aber noch nicht zu einem kohärenten, knapp formulierten und attraktiven Ganzen zusammengeführt wurden.
- Ziele und Maßnahmen: Für viele der in den Eckpunkten benannten Ziele und Maßnahmen wurden Ergänzungen und Präzisierungen vorgenommen. Darüber hinaus wurden auch Ziele vorgeschlagen, die im Eckpunktepapier keine direkte Entsprechung auf der gleichen Ebene (dort: Handlungsfelder) haben, dem Geiste nach aber gut dazu passen. Die Ergebnisse bilden eine gute Grundlage für die weitere Erarbeitung der Nachhaltigkeitsstrategie. Durch die querschnitts- und nicht themenbezogene Struktur des Workshops gilt jedoch auch hier, dass nicht alle Einzelaspekte insbesondere der Förderpolitik systematisch abgearbeitet werden konnten, sondern die Ziele und auch Maßnahmen weitgehend recht abstrakt bleiben.

## 2.4. Nachhaltige Entwicklung kommunizieren und eine nachhaltige Bildungslandschaft fördern



Abbildung 7: Wortwolke Bildung für Nachhaltige Entwicklung

### 2.4.1. Ausgangssituation

Bildung für Nachhaltige Entwicklung (BNE) wird im Eckpunktepapier der Landesregierung als zentrale Herausforderung definiert und unter dem Titel „Nachhaltige Entwicklung kommunizieren und eine nachhaltige Bildungslandschaft fördern“ zusammengefasst.

#### Eckpunktepapier der Landesregierung

Nachhaltige Entwicklung setzt einen gesellschaftlichen Wandlungsprozess voraus, der jeden Einzelnen betrifft und durch alle mitgestaltbar ist. Das dafür nötige Wissen wird durch Bildung vermittelt und soll eine Gestaltungskompetenz hervorbringen, die zu verantwortungsvollen Entscheidungen führt. Sie bezieht in ganzheitlicher Weise Sinne, Emotionen und die Fähigkeit zu menschlicher Empathie mit ein und fördert schon im Prozess selber wie in seinem Ergebnis die Mitsprache des Lernenden.

Doch Wissen und Erfahrungen alleine reichen nicht aus, um das Gelernte auch in die Tat umzusetzen. Hierfür sind ein Umfeld vorgelebter Werte, Ermutigung zum gemeinschaftlichen Engagement und Erziehung zum selbstverantwortlichen Handeln von entscheidender Bedeutung; nur in der Einheit von Wort und Tat entsteht ein glaubwürdiger Beitrag zur nachhaltigen Entwicklung.

Der erste Runde Tisch Bildung für Nachhaltige Entwicklung (RT BNE) am 23. September 2011 in Potsdam war Ausgangspunkt für einen vielfältigen Diskussions- und Dialogprozess, dessen Ergebnis heute in Form des Entwurfs einer Fortschreibung des Landesaktionsplans Bildung für Nachhaltige Entwicklung (LAP BNE) in der Version vom 25.10.2012 vorliegt. Der LAP BNE stellt eine ausführliche

inhaltliche Beschreibung der Situation bezüglich BNE in Brandenburg dar. Damit bildet der LAP eine gute Basis für die Entwicklung der BNE relevanten Strategien in der Landesnachhaltigkeitsstrategie.

Seit dem 31. Mai 2012 liegen die „Entwicklungspolitischen Leitlinien der Landesregierung Brandenburg“ vor. Das Leitbild „Nachhaltige Entwicklung“ ist als eines der Leitlinien definiert und die Bereiche Bildung und Jugend sind als ein Arbeitsschwerpunkt benannt. Die Leitlinien bilden den Rahmen um Globales Lernen als einen integralen Bestandteil von BNE in den weiteren Prozess einfließen zu lassen.

#### 2.4.1.1. Situation in Brandenburg

Im LAP wird hervorgehoben, dass die gegebenen geografischen und demografischen Voraussetzungen in Brandenburg eine besondere Herausforderung für die flächendeckende Kommunikation und Vermittlung von BNE darstellt, besonders in den dünn besiedelten Regionen.

Die finanzielle Situation des Landes (Schuldenabbau im Prozess der Haushaltskonsolidierung) ist herausfordernd. Die Forderung nach langfristiger bzw. konstanter Finanzierung von BNE-Projekten wird von offizieller Seite und von Seiten der Akteure unterschiedlich bewertet. Die Diskussion entspannt sich zwischen Standpunkten, dass nicht ausreichend Geld vorhanden ist, hin zu der Position, dass Geld durch die Regierung zur Verfügung gestellt werden muss. Ein Ausweg wird mit dem Vorschlag gesucht, dass Geld auf neuen Wegen durch neue Partnerschaften eingeworben werden soll. Hierfür ist es notwendig eine abwartende Haltung abzulegen und kreativ aktiv zu werden.

#### 2.4.1.2. SWOT

##### Stärken

- Rund um das Thema BNE besteht in Brandenburg bereits ein aktives (zivilgesellschaftliches) Netzwerk und vielfältiger Austausch zur strategischen und zukünftigen Ausrichtung des Themenfelds. Für das Verfassen der Landesnachhaltigkeitsstrategie ist diese lebendige „Szene“ eine gute Basis, auf deren inhaltlichen Reichtum zurückgegriffen werden kann. Folgende Initiativen, Gremien und offizielle Stellen organisieren sich rund um das Thema (siehe Abbildung 8).
- Ein natürlicher Pluspunkt des Bundeslandes für die Vermittlung von BNE, sind die fünfzehn Großschutzgebiete, die ein Drittel der Gesamtfläche des Landes einnehmen.
- Die brandenburgische Wissenschaftslandschaft besitzt wichtige Institute, die Wissen rund um Nachhaltigkeit generieren, wie z. B. das Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung, das Institute of Advanced Sustainability Studies IASS oder das Leibniz-Zentrum für Agrarlandschaftsforschung in Müncheberg. Die Hochschule für Nachhaltige Entwicklung Eberswalde (FH) ist im Bereich der Nachhaltigkeit zudem eine Vorzeigehochschule.

## Schwächen

- BNE ist bisher nur geringfügig in Curricula der formellen Bildungsinstitutionen in Brandenburg verankert. Für eine strategische und breitflächige Umsetzung von BNE ist dies eine zentrale Voraussetzung.

## Akteure im Feld BNE

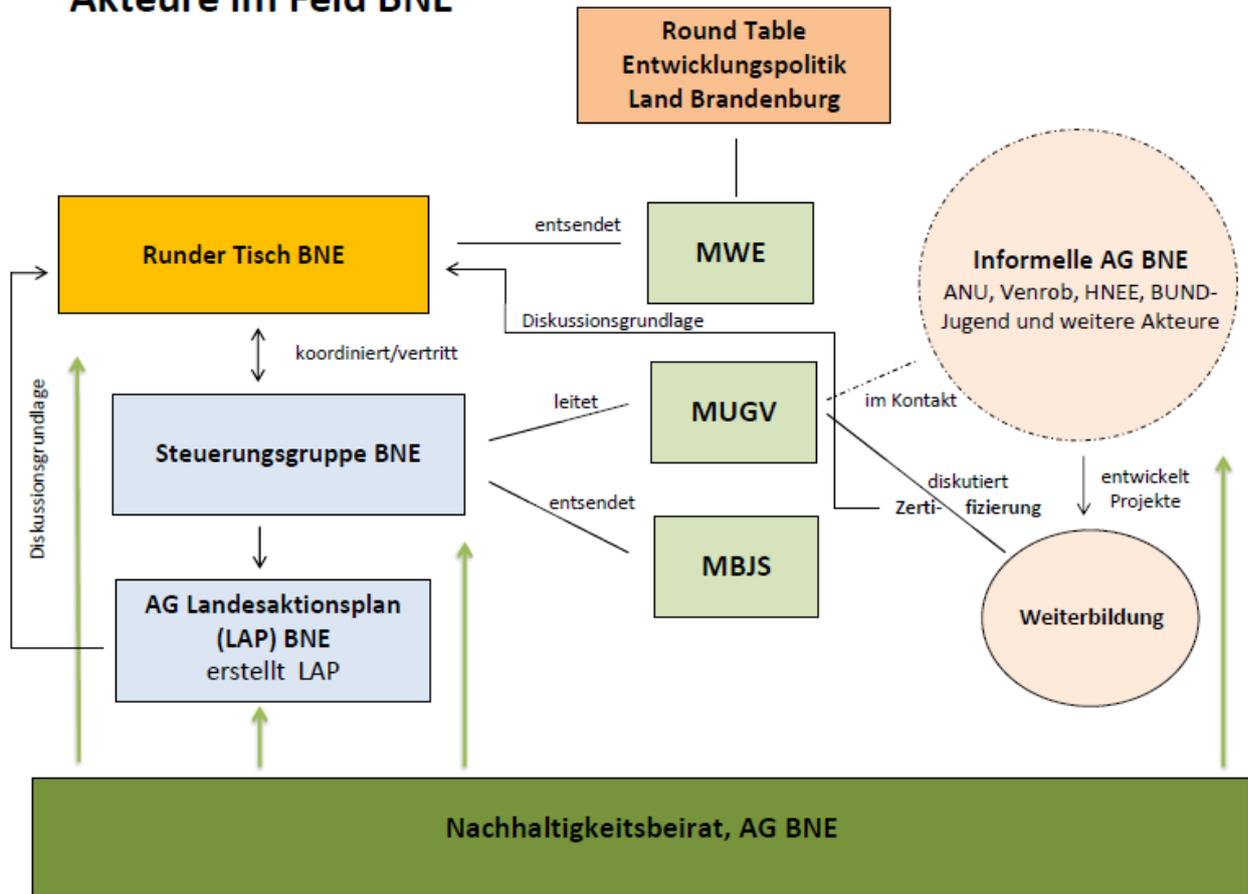


Abbildung 8: Akteure im Feld BNE im Land Brandenburg

Quelle: Beirat für Nachhaltige Entwicklung des Landes Brandenburg, Prof. Dr. Heike Molitor, Martin Batta-Lochau.

- Unter den gegebenen geografischen und demografischen Voraussetzungen Brandenburgs gestaltet sich die Kommunikation und Vermittlung von BNE schwieriger als in Regionen mit hoher Bevölkerungsdichte.
- Es gibt einen Mangel an verlässlichen kommunalen Arbeitsstrukturen, die für BNE sensibilisiert und offen sind und gerade freie Bildungsträger unterstützen könnten.
- „Stagnation bei der Formulierung und Diskussion von Schwerpunkten und Handlungsfeldern sowie bei der Entwicklung einer abgestimmten Strategie, die sich über alle Bildungsbereiche erstreckt. Die Anwendung von Indikatoren, Leitfäden und Qualitätsmerkmalen für BNE unter Berücksichtigung der brandenburgischen Besonderheiten ist bisher nur in Ansätzen erkennbar.“<sup>3</sup>

<sup>3</sup> Entwurf Landesaktionsplan BNE (Stand 25.10.2012), S.31

## Chancen

- Aktuell findet eine Umstrukturierung im Beratungs- und Unterstützungssystem für Schulen (BUSS), statt. Hier bietet sich die Chance, Prozesse der Schul- mit der Unterrichts- und Organisationsentwicklung zu verbinden. Dies aber auch nur, wenn dem BUSS die Beratungs- und Unterstützungsposition für BNE weiter überlassen wird.
- Es existiert in Brandenburg eine Vielzahl von „good-practice“-Projekten, die bisher als Leuchtturmprojekte und Kristallisationspunkte fungieren. Mit einem entsprechenden Transferprozess können sie in die Breite getragen werden.

## Risiken

- „Ein massives Problem ist in Brandenburg die Abwanderung von Fachkräften insbesondere nach der Ausbildung. Die Gründe dafür sind, dass es nur wenige Arbeitsplätze gibt und diese teilweise nicht attraktiv sind, durch z. B. geringe Bezahlung bzw. schlechtes Image (Altenbetreuung).“<sup>4</sup> (

### 2.4.1.3. Einordnung in nationale und europäische Strategien und Zielsetzungen

Seit 2005 haben sich die Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen das Ziel gesetzt, bis 2014 den Gedanken der nachhaltigen Entwicklung in ihren Bildungssystemen zu verankern. Bevor diese **„Weltdekade Bildung für Nachhaltige Entwicklung“** im Jahr 2014 mit einem Fazit und Ausblick zu Ende geht, ist für das Jahr 2013 der abschließenden inhaltlichen Schwerpunkt „Mobilität“ eingeplant. Die Fortführung der Aktivitäten ab dem Jahr 2015 ist Anfang 2012 in einem internationalen Workshop in Bonn geplant worden. Damit soll u. a. sichergestellt werden, dass keine finanziellen Lücken in kleinen Projekten oder Programmen entstehen, als auch dass die inhaltlichen Anliegen konsequent weiterverfolgt werden können.

Auch wenn das Thema Bildung bei dem **Weltgipfel Rio +20 im Sommer 2012** nicht ausreichend Aufmerksamkeit gefunden hat, wurden dem Schwerpunkt in der verabschiedeten Resolution 66/288 sieben Absätze gewidmet. Hier wird besonders die Notwendigkeit hervorgehoben, dass Bildungsinstitutionen sowohl die eigenen Mitarbeiter als auch regionale Partner in den Prozess einbeziehen sollten. Zudem wird der Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur (UNESCO) für den weiteren Gesamtprozess die federführende Rolle zugewiesen.

Deutschland genießt international den Ruf als einer der Vorreiter bei der Umsetzung von BNE. Seit September 2011 liegt die **dritte Fassung des Nationalen Aktionsplans BNE** vor. Für den zweiten Teil der Dekade bis 2014 und darüber hinaus sind hierin folgende fünf strategische Ziele festgelegt worden:

- Herausstellen des grundlegenden Beitrags der BNE zur Bildungsqualität sowie Verankerung von BNE in allen Bereichen der formellen Bildung
- Steigerung der öffentlichen Sichtbarkeit von BNE

<sup>4</sup> Dokumentation Zweiter RT BNE, S. 18

- Stärkung der BNE international
- Intensivierung der Zusammenarbeit mit der Privatwirtschaft
- Intensivierung der Zusammenarbeit mit den Kommunen

Nach Einschätzung des Vorsitzenden des Nationalkomitees für die UN-Dekade „Bildung für Nachhaltige Entwicklung“, Prof. Dr. Gerhard de Haan, wird bis Ende 2014 circa ein Drittel des Weges bewältigt sein, der vom Nationalen Aktionsplan 2011 skizziert wird. **Herausforderungen** die **ab 2015** anzugehen sind, sind erstens, ein Vorgehen zu entwickeln, das ermöglicht von Projekten zu Strukturen zu kommen, und zweitens eine weltweite Initiative für BNE weiterzuführen und fortzuentwickeln.

Eine Einschätzung, wie gut oder schlecht Brandenburg selbst dasteht oder wie Brandenburg im Verhältnis zu anderen Bundesländern oder Regionen Europas abschneidet, wurde im Dialog nicht thematisiert.

#### 2.4.1.4. Handlungsbedarf

Der **LAP BNE** formuliert nach anerkennender Darstellung der bereits erreichten Ziele auch die weiterhin bestehenden Handlungsbedarfe.

##### **Fortschreibung des Landesaktionsplans BNE**

Jedoch wird deutlich, dass BNE auch in Brandenburg noch stärker in allen Bereichen der formellen, der außerschulischen und der informellen Bildung verankert werden sollte. Darüber hinaus ist noch immer festzustellen, dass BNE bisher oft als modifizierte Umweltbildung (miss)verstanden wird. In der formalen Bildung bedarf es verbindlicher Vorgaben in den Rahmenlehrplänen aller Bereiche.

Im LAP wird betont, dass die Finanzierung vor allem der außerschulischen BNE Angebote aber auch die generelle Absicherung von Personalstellen und einer institutionellen Basis, die Grundvoraussetzung für eine angemessene Fortentwicklung des Bereiches sind. Gleichzeitig wird bemängelt, dass die gemeinsame strategische Ausrichtung inklusive Qualitätskontrolle bisher nur in Ansätzen erkennbar ist und dass ein gemeinsames Leitbild fehlt.

Im LAP wird ein stärker praxisorientiertes Bekenntnis der Politik zur BNE eingefordert, die u. a. in der Gründung eines Gremiums zum Ausdruck kommen kann, das die Fortschritte kontrolliert. Zudem kann eine landesweit verantwortliche Koordinierungsstelle die BNE Aktivitäten auch über das Ende der UN-Dekade hinaus absichern.

Das Ziel, mehr Präsenz von BNE in Bildungsdebatten zu etablieren, soll über neue Kooperationen mit bisher nicht aktivierten Bildungsakteuren aber auch in der Zusammenarbeit mit Wirtschaft und Politik erreicht werden. Voraussetzung für die erfolgreiche Gewinnung weiterer Akteure ist es, dass neue Kommunikationsstrategien entwickelt werden.

#### Finanzierung

Während des Zweiten Runden Tisch tauchen in Plenumsdiskussionen und in Workshops die Themen „Finanzierung“ und „Vom Projekt zur Struktur“ als Bereiche mit Handlungsbedarf auf. Neben der For-

derung, dass von den Ministerien oder auch aus europäischen Förderprogrammen mehr und konstanter Gelder fließen müssen, wird auch dazu aufgerufen, gemeinsam neue (kreative) Konzepte der Finanzierung zu suchen und nicht in einer Erwartungshaltung zu verharren.

### Fachkräftesicherung

Vom Bündnis für [Fachkräftesicherung](#) wurde ein Maßnahmenplan erarbeitet (acht Handlungsfelder, dreiundneunzig Maßnahmen) der bisher strukturell nicht mit einer Bildung für Nachhaltige Entwicklung verknüpft wurde. Dass diese beiden Bereiche miteinander verknüpft werden, wird als sinnvoll angesehen. Die bestehende Herausforderung liegt darin, dass nicht klar ist, wer die verantwortliche Institution sein kann, die sich um diese Integration kümmert.

Es ist wünschenswert, dass ein Know-how-Transfer in alle Bereiche der Ausbildung ermöglicht wird, der besonders den Augenmerk auf die Fortbildung der Lehrkräfte legt. Bisher ist unklar, wie dabei auch erfolgreich Einfluss auf das Handeln privatwirtschaftlicher Unternehmen genommen werden kann.

### Ausbildung von Lehrpersonal

Damit BNE erfolgreich vermittelt werden kann, müssen die Fortbildungsmöglichkeiten bzw. das Fortbildungssystem bezüglich BNE für Lehrer wiederhergestellt werden (BUSS). Ebenso sollten Wege gefunden werden, wie BNE in die Erzieher/innenausbildung integriert werden kann.

### Ganzheitliche Schulkonzepte

Der Unterschied zwischen Schulalltag und dem was über BNE im Fachunterricht gelehrt wird, soll überwunden werden. Der Schulalltag soll mit allen Aspekten der Nachhaltigkeit verbunden werden. Hierzu gehört auch eine Reflektion über das Konzept des Frontalunterrichts. Für flexible Gestaltung könnte auch die Verschmelzung der Bildungsträger Kita und Schule in ein „Haus“ sorgen. Als kleine, dezentrale Bildungseinheiten sind diese wandlungsfähig.

### Außerschulischer Bereich

Damit die außerschulische BNE Bildung lebendig bleibt, bedarf es einer Mobilisierung ehrenamtlichen bzw. bürgerschaftlichen Engagements für BNE. Akteure sollen befähigt werden bottom-up von einzelnen Aktionen zu dem Aufbau von langfristig bestehenden Strukturen zu kommen. Es bedarf eines „Kümmerers“ bzw. eines Koordinators als Kristallisationspunkt um BNE Aktivitäten im Sinne einer Bildungslandschaft zu fördern. Diese Bedingung sollte strukturell Beachtung finden.

#### 2.4.1.5. Leitbild – Aspekte

Laut LAP soll ein Leitbild in Zukunft dazu dienen, dass festgelegt wird, wo Brandenburg mit dem Thema BNE hin will. Für ein Leitbild können folgende Gesichtspunkte in Betracht kommen:

#### Strukturelle Verankerung von BNE

- BNE wird in allen Bereichen formeller und nichtformeller Bildung verankert.

- In dem Prozess wird der Ansatz „Umweltbildung“ durch ein neues Verstehen des Konzeptes BNE ersetzt.

### Gut ausgebildete Akteure

- Um die Qualität der Arbeit zu sichern, erhalten ehrenamtliche und hauptamtliche Akteure gute Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten, die ganz im Sinne einer Zertifizierung auch Qualitätsmanagement ermöglichen.

### Vom Projekt zur Struktur

- Die Notwendigkeit des langfristigen Bestehens von Initiativen und Projekten wird in der Förderpolitik eingeplant.
- Die Vernetztheit der Akteure ist ein eigener Wert, der durch entsprechende Förderung kontinuierlich und verlässlich funktioniert.

### Vielfältige Beteiligungsmöglichkeiten schaffen

- Auch Zielgruppen die bisher nicht erreicht wurden, werden durch passende Kommunikationsstrategien und aufsuchende Beteiligung eingebunden.
- Vielfältige Beteiligungsmöglichkeiten werden für alle Bevölkerungsgruppen geschaffen.

### Finanzielle Förderung und Forderung

- Angesichts auch in Zukunft knapper Kassen wird die Förderpolitik eine Kultur der Kombination aus Förderung und Forderung entwickeln. Ein entsprechendes Staatsverständnis wird gefördert.
- Kreative Wege der Mittelbeschaffung durch das Eingehen neuer Allianzen (z. B. Zivilgesellschaft und Privatwirtschaft) werden belohnt.

#### 2.4.2. Ziele

##### **Eckpunktepapier der Landesregierung**

Entwicklung übergeordneter Ziele und Leitlinien für die Ausrichtung von BNE in allen Bildungssektoren im Land Brandenburg.

Im Eckpunktepapier ist als Maßnahme festgehalten, dass übergeordnete Ziele und Leitlinien für die Ausrichtung von BNE entwickelt werden sollen. Ein erstes Fazit während des Zweiten Runden Tisches zeigt, dass in der vorliegenden Version des LAP Erfolge, Defizite, Beispiele und Handlungsbedarfe präsentiert werden. Bisher fehlen noch differenzierte Zielsetzungen und konkrete Formulierung von Maßnahmen.

An einigen Stellen wurden während des Zweiten Runden Tisch BNE Zielsetzungen formuliert.

Das Ziel des Ministeriums, dass die Haushaltsplanung für das MUGV erstmals einen **Haushaltstitel für BNE** für die finanzielle Förderung der Entwicklung von BNE-Programmen in Bildungseinrichtungen vorsieht, wurde bereits mit der vom Landtag beschlossenen Haushaltsplanung 2013/2014 umgesetzt.

Ziel ist die **Entwicklung einer BNE-Zertifizierung** unter breiter Beteiligung aller BNE-relevanten Gruppen, auch damit eine entsprechende Akzeptanz gewährleistet ist. Für die Finanzierung des Prozesses hat das MUGV beim ESF bereits Förderbedarf in der Periode 2014 – 2020 angemeldet. Es ist zudem zu prüfen, ob Mittel durch EFRE oder im Rahmen des im Landeshaushalt vorgesehenen Haushaltstitel BNE zur Verfügung stehen.

In der Arbeitsgruppe „Kommunikation“ wurde vorgeschlagen, dass als Ziel ein Prozentsatz von Brandenburgern festgelegt werden sollte, die das **Konzept der Nachhaltigkeit verstehen** sollen. Dies soll ermöglichen, Fortschritte in der Vermittlung von Nachhaltigkeit erfassbar zu machen. Kontrovers wurde diskutiert, wie es möglich ist hier messbare und nicht nur „weiche“ Indikatoren anzulegen.

### Zielkonflikte

Im Entwurf des LAP und in den Diskussionen im Rahmen des Zweiten Runden Tisches BNE wurden keine Zielkonflikte benannt.

### 2.4.3. Maßnahmen

Die im Eckpunktepapier der Landesregierung formulierten Maßnahmen sind zum Teil bereits aktiv angegangen worden bzw. erfüllt worden.

#### Eckpunktepapier der Landesregierung

Vervollständigung, Verabschiedung und Fortschreibung des Landesaktionsplanes für Nachhaltige Entwicklung und damit unter anderem

- Bestandsaufnahme
- stärkere Koordination und Vernetzung der Akteure im Themenfeld BNE
- Formulierung und Diskussion von Schwerpunkten und Handlungsfeldern

Eine Bestandsaufnahme der Situation von BNE in Brandenburg nähert sich durch die Fortschreibung des LAP einem Abschluss. Im Bereich einer stärkeren Vernetzung der Akteure sind u. a. durch den Dialogprozess Fortschritte gemacht worden; jedoch wird hier u. a. während des Zweiten Runden Tisch BNE die weitergehende Umsetzung der Maßnahme eingefordert. Der LAP wartet noch auf seine jedoch zeitlich abzusehende Verabschiedung.

#### Eckpunktepapier der Landesregierung

Organisation eines transparenten Aufstellungs- und Umsetzungsprozesses, insbesondere durch Einrichtung eines Begleitgremiums, in dem alle wichtigen Akteure vertreten sind.

Die Maßnahme wurde umgesetzt indem die Steuerungsgruppe berufen wurde, die mit Unterstützung des Umwelt- und des Bildungsministeriums aktiv den Prozess gestaltet und u. a. den Zweiten Runden Tisch mit vorbereitet hat.

#### **Eckpunktepapier der Landesregierung**

Entwicklung übergeordneter Ziele und Leitlinien für die Ausrichtung von BNE in allen Bildungssektoren im Land Brandenburg.

Die Entwicklung übergeordneter Ziele und Leitlinien für die Ausrichtung von BNE steht aus. Diese beiden Maßnahmen wurden auch beim **Zweiten Runden Tisch BNE** erneut aufgegriffen. Generell spiegeln die Diskussionen und Ergebnisse des Zweiten Runden Tisch BNE einen Teil der im LAP bereits formulierten Handlungsbedarfe wider. Neu sind die Ergebnisse aus den diskutierten Querschnittsthemen. Hieraus lassen sich anstehende Handlungsbedarfe teilweise bereits wünschenswerte Maßnahmen ableiten, während Ziele und Leitlinien weiterhin entwickelt werden müssen.

#### **Zertifizierung**

Aktuell gibt es keine Zertifizierung von BNE in Brandenburg, lediglich in BNE-relevanten Teilbereichen. Das Anliegen soll jedoch mit Unterstützung der Steuerungsgruppe ab Januar 2013 in einem offenen Prozess vorangetrieben werden. Eine Entwicklungskommission ist zu berufen, die Kriterien für die Zertifizierung entwickelt. Die Legitimation der Kommission wird durch die Beauftragung durch den Runden Tisch BNE sichergestellt. Die Entwicklung eines Zertifizierungsprozesses soll allein schon aus Legitimationsgründen ein partizipativer sein (siehe auch Kapitel 2.4.4). Die Entwicklung einer BNE-Zertifizierung steht nicht für sich allein, sondern soll immer auch mit der Entwicklung dazu passender Qualifizierungsmaßnahmen verbunden werden.

#### **Kommunikation von Nachhaltigkeit**

#### **Eckpunktepapier der Landesregierung**

Entwicklung eines Kommunikationskonzeptes, welches es allen Bereichen ermöglicht, Nachhaltigkeit für die jeweilige Zielgruppe bewusst zu machen.

Ein Kommunikationskonzept liegt bisher nicht vor. Als ergänzender Hinweis für das zu entwickelnde Kommunikationskonzept soll eine bildhafte und exemplarische Sprache entwickelt bzw. Kommunikationswege gefunden werden, die auch Zielgruppen erreichen, die bisher nicht erreicht wurden. Dabei sollen die Kategorien berücksichtigt werden wie „Lebenssinn“, „Werte“, „Sprache“, „Didaktik“, „Rhetorik“ und eine „emotional-kognitive Herangehensweise“. Das Kommunikationskonzept soll Menschen nicht nur als „Konsumenten“ der Informationen begreifen, sondern auch ermöglichen, dass sie selbstständige Wege in eine alltägliche nachhaltige Praxis finden können.

Im Sinne guter Vorbilder soll die Landesregierung eine eigene nachhaltige Alltagspraxis (z. B. Organisation von Veranstaltungen) entwickeln und kommunizieren. Hierzu gehört auch eine strukturierte und transparente Darstellung von weiteren Praxisinitiativen in Brandenburg.

Damit Fortschritte in der Kommunikation von Nachhaltigkeit erfassbar zu machen, sollen messbare, nicht nur „weiche“ Ziele und Indikatoren entwickelt werden.

## Lebenslanges Lernen (LLL)

Die Ergebnisse der Arbeitsgruppe Lebenslanges Lernen zeigen auf, dass es in diesem Feld notwendig ist, in mehreren Bereichen Maßnahmen zu planen und umzusetzen:

- **Einbindung von Akteuren**

Es soll ein Konzept entwickelt werden, wie gute Beispiele verallgemeinert und in die Breite getragen und umsetzbar gemacht werden können.

- **Bildung/Qualifizierung**

Für Brandenburgs Lehrpläne müssen BNE-Inhalte fächer- und jahrgangsübergreifend integriert und entsprechende Bildungsmaterialien entwickelt werden. Die Qualifizierung insbesondere von Personen im bürgerschaftlichen Engagement/Ehrenamt hat sich als zentral erwiesen. Es ist ein Konzept zu entwickeln, das den Bildungsbedarfen in folgenden Bereichen gerecht wird: „Aktivierung ehrenamtlichen Engagements“, „Aktivierung von Partizipation“, „Selbstorganisation ehrenamtlich tätiger Personen“, und „Lernen in Kooperation mit Verwaltung und Politik“.

- **BNE-Leitlinien Rahmenbedingungen**

Es sind BNE-Leitlinien inklusive prüfbarer Indikatoren zu entwickeln, wenn Aktivitäten entstehen sollen, die evaluierbare Ergebnisse generieren. Die Leitlinien sollen Auskunft darüber geben, wie BNE für LLL didaktisch, rhetorisch, kognitiv und emotional konzipiert werden kann. Für den Entwicklungsprozess dieser Instrumente sollte ein partizipatives Vorgehen die Expertise der relevanten Akteure auf landes-, regional- und kommunaler Ebene einbinden.

## Biodiversität

Für einen sichtbaren Fortschritt im Themenfeld Biodiversität soll eine Verzahnung zwischen der Landesnachhaltigkeitsstrategie und der Strategie zur biologischen Vielfalt erfolgen. Dazu gehört auch, dass das Ziel zum Erhalt der biologischen Vielfalt in die Nachhaltigkeitsstrategie aufgenommen wird. Für die generelle Integration von BNE in die Nachhaltigkeitsstrategie bedarf es einer handlungs- und weisungsbefugten Arbeitsgruppe, die durch Vertreter/innen aller Ministerien besetzt wird. Wirkliche Wirkung kann die Strategie hinsichtlich Biodiversität nur entfalten, wenn andere Förderinstrumente (z. B. in der Landwirtschaft) das Thema mit berücksichtigen.

### 2.4.4. Modellprojekte

Der Landesaktionsplan BNE versammelt eine ausführliche Darstellung von **bestehenden Modellprojekten** in der formellen, außerschulischen und informellen Bildung in Brandenburg<sup>5</sup>. Diese können um weitere gute Beispiele ergänzt werden, die während des Zweiten Runden Tisch BNE von den Teilnehmenden eingebracht wurden.

Im Projekt „[el sistema](#)“ wird BNE in die zweite Phase der Lehrerbildung integriert. Das Landesinstitut für Lehrerbildung bereitet das Unterrichtsmodell vor, um es anschließend in verschiedenen Schulen umzusetzen. Inhaltlich unterstützt wird das Projekt durch das Landesinstitut für Schule und Medien Berlin-Brandenburg (LISUM), welches entsprechende Lehrmaterialien für den Lernbereich Globale Entwicklung vorlegt.

Seit Oktober 2012 gibt es in Brandenburg das Qualifizierungs- und Zertifizierungsprogramm „[Sieben auf einen Streich](#)“. In sieben Modulen werden BNE-Akteuren von Praktikern Kompetenzen und Wissen vermittelt. Am Ende der Weiterbildung steht der Erhalt des Brandenburger BNE-Zertifikats. Projektträger und Veranstalter ist die Hochschule für Nachhaltige Entwicklung Eberswalde (FH).

Auch in Brandenburg finden sich Schulen, die an dem Projekt „**Klimaschutzschulen**“ teilnehmen. Deutschlandweit sind sie im [Klimaschutzschulenanatlas](#) erfasst. Die Aktivitäten sollen dazu beitragen, den CO<sub>2</sub>-Ausstoß zu mindern und gleichzeitig das Klimabewusstsein an den Schulen zu fördern.

Das Projekt **Unisolar Potsdam e.V.** versorgt seit 2008 die Universität Potsdam mit Solarstrom und organisiert eine [Veranstaltungsreihe](#) mit Vorträgen und Filmen zu Energie- und Umweltthemen.

Als ein **zukünftig mögliches Leuchtturmprojekt** zur nachhaltigen Lehre in den Hochschulen in Brandenburg, wird auf ein Beispiel der [Virtuellen Akademie Nachhaltigkeit](#) Bremen verwiesen, die mehrere virtuelle Veranstaltungen zu Nachhaltigkeit anbietet, die von den Studierenden als Credit Points angerechnet werden können.

Für den außerschulischen Bereich wurde diskutiert, dass bisher die Potenziale der BNE in Museen (u. a. dem Naturkundemuseum Potsdam) nicht genutzt werden und entsprechende Institutionen in den zukünftigen Prozess mit einbezogen werden sollen.

#### 2.4.5. Beteiligung

Während des Zweiten Runden Tisch BNE wurde vereinzelt auch das Thema zukünftige Beteiligung thematisiert. Hierbei handelt es sich um das Anliegen, Prozesse und Entscheidungen durch Partizipation zu legitimieren oder die notwendige Expertise in Gestaltungsprozesse einzubeziehen.

Beispielsweise die Entwicklung einer **Zertifizierung** soll selbst als Beteiligungsprozess gestaltet sein (siehe auch Kapitel 2.4.3).

In der Arbeitsgruppe **Lebenslanges Lernen** wurde vorgeschlagen, dass für die Einbindung der breiten Bevölkerung Brandenburgs eine Kommunikationsstrategie entwickelt werden soll. In der Strategie sollen die Bereiche „Lebenssinn“, „Werte“, „Sprache“, „Didaktik“, „Rhetorik“ und eine „emotional-kognitive Herangehensweise“ Beachtung finden. In der Umsetzung sollen bekannte Aktivitäten aus dem Bereich der aufsuchenden Weiterbildungsberatung eingesetzt werden, bei der bildungsferne Bürgerinnen und Bürger aktiv kontaktiert und vor Ort beraten werden. In diesem Rahmen wird auch explizit das Ziel „vielfältiger Beteiligungsmöglichkeiten“ für Brandenburg festgesetzt.

Die **Institution des Runden Tisch BNE** als Teil eines Beteiligungsprozesses wird positiv hervorgehoben. Die besondere Qualität ist, dass es sich um keinen mit Paragrafen hinterlegten Prozess han-

---

<sup>5</sup> Kapitel 2 Entwurf Landesaktionsplan BNE (Stand 25.10.2012), S.17ff

delt, wo es in Gremien nach bestimmten Schritten geht, sondern dass es ein selbstgestrickter Prozess ist. Der Runde Tisch soll als feste jährliche Institution eines gesellschaftlichen Dialogprozesses bestehen bleiben. Zudem steht die Mitarbeit an der Steuerungsgruppe BNE allen Interessierten offen.

Ein Ergebnis der Arbeitsgruppe Bildungslandschaften war, dass für eine lebendige, außerschulische Bildungslandschaft BNE eine generelle **Mobilisierung ehrenamtlichen bzw. bürgerschaftlichen Engagements** notwendig ist. Erfahrungen zeigen, dass Aktionen, die als bottom-up Initiativen starten, besonders erfolgreich sind.

#### 2.4.6. Zwischenbilanz

Dieses Unterkapitel stellt eine zusammenfassende Einschätzung unsererseits dar.

Zusammenfassend lässt sich zu diesem Zeitpunkt in Bezug auf die Zielerreichung im Themenfeld BNE folgendes feststellen:

Die gesamte Organisation (Konzeption, Vorbereitung, Durchführung und Nachbereitung) des Zweiten Runden Tisch BNE war partizipativ angelegt. Einer Vielzahl von Akteuren wurden verantwortungsvolle Aufgaben übertragen, was eine enge Bindung an den Gesamtprozess bewirkte. Diese Konstruktion war im Vergleich zu den anderen Workshops einzigartig und zeigt die Möglichkeiten einer vielfältigen Beteiligungskultur. Dies, aber auch die große Zahl an teilnehmenden Multiplikatoren lässt erwarten, dass die gewonnenen Ergebnisse in die relevanten Netzwerke getragen werden.

Ebenfalls einzigartig ist die Konstellation, dass neben der Dokumentation (Protokoll des Workshops) und den Vorträgen auf der Website des MUGV, auch die Verschickung des inhaltlich reichhaltigen Entwurfs des LAPs, für Diskussionsprozesse und eine Auseinandersetzung mit dem Thema gesorgt haben.

Um die breite Bevölkerung mit dem Thema BNE zu erreichen, müssen jedoch sicherlich noch mehr Anstrengungen unternommen werden, wie auch die Diskussionen während des Zweiten Runden Tisch zeigen.

Auf Grund der bereits lebendigen Vernetzungs- und Austauschkultur rund um das Thema BNE in Brandenburg, kann davon ausgegangen werden, dass die relevanten Akteure im Themenfeld angesprochen wurden und sich in den Prozess eingebracht haben.

Die vorliegenden Daten für den weiteren Prozess des Schreibens der Landesnachhaltigkeitsstrategie sind reichhaltig (Entwurf LAP, Ergebnisse des Dialogprozesses). Der Entwurf des LAP bietet eine detaillierte inhaltliche Beschreibung der Situation bezüglich BNE in Brandenburg und ordnet diese in den inhaltlichen Gesamtkontext ein. Darüber hinaus ist es notwendig messbare Ziele und Strategien zu formulieren. Die im Fazit des LAP formulierten Handlungsbedarfe und die beim Zweiten Runden Tisch formulierten Ziele, Handlungsbedarfe und Maßnahmen bieten die Grundlage für eine stärker strategische Betrachtung.

Die SWOT ist nicht systematisch durchgeführt worden und ist entsprechend noch nicht ausdifferenziert. Besonders absehbare Risiken lassen sich aus dem vorliegenden Material bisher nicht herausar-

beiten. Eine entsprechende umfassende Analyse wäre eine wertvolle Grundlage für die Landesnachhaltigkeitsstrategie.

Eine Einordnung in nationale und europäische Strategien und Zielsetzungen wurde im Dialogprozess nicht explizit in den Fokus genommen, ist aber an verschiedenen Stellen thematisiert worden. Der Einstiegsvortrag beim Zweiten RT BNE von Herrn Prof. de Haan bot einen Überblick über internationale Entwicklungen im Themenfeld BNE und die Relevanz für die Landesnachhaltigkeitsstrategie Brandenburg. Im Kapitel 1 des LAP wird zudem eine inhaltliche Einführung geleistet, die auch Stellung zum internationalen Geschehen bezieht.

Anstehende Handlungsbedarfe sind im Fazit des LAP festgehalten und konnten durch weitere Anliegen in den Arbeitsgruppen des Zweiten RT BNE ergänzt werden. Die Handlungsbedarfe bieten einen guten Ausgangspunkt, um die bisher vor allem im LAP noch nicht ausreichend formulierten Ziele festzulegen. Der Mangel an [SMART](#) (Spezifisch, Messbar, Akzeptiert, Realistisch, Terminierbar) formulierten Ziele und Maßnahmen sticht auffällig hervor. Bereits im Eckpunktepapier der Landesregierung wurde als Maßnahme veranschlagt, dass neben Zielen auch Leitlinien für BNE zu entwickeln sind. Auch im Dialogprozess wurden nur wenige Zielsetzungen formuliert, dafür aber an verschiedenen Stellen konkrete Vorschläge für Maßnahmen gemacht. Dass in Bezug auf Zielformulierungen Handlungsbedarf besteht, wurde auch in der abschließenden Plenumsdiskussion festgestellt und der Steuerungsgruppe als zentrale Aufgabe mitgegeben.

Ähnlich wie die bisherigen Ergebnisse bezüglich Zielsetzungen, bedarf auch die Diskussion und Formulierung eines Leitbildes weiterer Unterfütterung. Im Dialogprozess sind verschiedene Themen angeklungen die als Ausgangspunkt für eine Ausarbeitung genommen werden können.

## 2.5. Wirtschaft und Arbeit in der Hauptstadtregion



Abbildung 9: Wortwolke Wirtschaft und Arbeit

### 2.5.1. Ausgangssituation in Brandenburg

#### Eckpunktepapier der Landesregierung

Berlin und Brandenburg entwickeln sich immer mehr zu einem Wirtschaftsraum. Die in einer engen Zusammenarbeit liegenden Chancen sind zu nutzen und auszubauen. Zusätzlich zur Kooperation kommt es für beide Länder auch darauf an, ihre spezifischen Profile zu schärfen und die jeweiligen Standortvorteile zu nutzen...

Für die Metropolregion Berlin-Brandenburg liegt ... eine Chance darin, die Wirtschafts- und Arbeitspolitik noch stärker auf das Leitbild gemeinsamer nachhaltiger Entwicklung auszurichten.

Im Eckpunktepapier wird mit Bezug zu zentralen landesspezifischen Problemen und Herausforderungen für das Thema Wirtschaft und Arbeit die Grundsatzfrage gestellt, wie die diesbezügliche Politik stärker auf das Leitbild einer nachhaltigen Entwicklung ausgerichtet werden kann. Als zentrale Herausforderungen werden im Eckpunktepapier benannt: die hohe Arbeitslosigkeit, die vergleichsweise geringe Zahl von Großunternehmen und ein ausgeprägter Niedriglohnsektor; effiziente Ressourcennutzung sowie Förderung regenerativer Energien und Rohstoffe; Ausbau land- und forstwirtschaftlich basierten regionalen und lokalen Verarbeitungs- und Vermarktungsstandorten und –ketten; der auf dem demografischen Wandel beruhenden Fachkräftemangel.

Im Workshop ‚Wirtschaft und Arbeit in der Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg‘ wurden erstens Grundsatzfragen in Bezug auf die Ziele und das Leitbild eines nachhaltigen Arbeitens und Wirtschaftens aus unterschiedlichen Perspektiven (Politik, Wissenschaft, Wirtschaft) behandelt und zweitens die Herausforderungen in den Bereichen Fachkräftesicherung, regionale Wertschöpfungsketten,

nachhaltige Unternehmensführung und nachhaltige ‚Unternehmenslandschaften‘ vertiefend bearbeitet und weiterentwickelt.

### 2.5.1.1. Situation in Brandenburg

#### **Eckpunktepapier der Landesregierung**

Trotz erheblicher Fortschritte stellen die nach wie vor zu hohe Arbeitslosigkeit, die vergleichsweise geringe Zahl von Großunternehmen und ein ausgeprägter Niedriglohnsektor ungelöste Probleme dar. Der aus dem demografischen Wandel resultierende Fachkräftemangel tritt immer stärker als Problem in Erscheinung.

Im Bereich der sich rasant verändernden **Arbeitswelt** wurde die Situation in Brandenburg aus Sicht der Politik (Landesregierung) durch folgende Merkmale charakterisiert:

- Leiharbeit
- Scheinselbstständigkeit
- geringfügige Beschäftigung
- befristete Arbeitsverhältnisse
- niedrige Löhne
- Abwanderung von Fachkräften aus der Region
- sinkende Anzahl von Schülern
- hohe Arbeitslosigkeit
- vergleichsweise geringe Zahl von Großunternehmen
- ausgeprägter Niedriglohnsektor → Brandenburg leidet unter einem Negativ-Image als Niedriglohnland
- vor allem Berufe im sogenannten MINT-Bereich (Mathematik, Ingenieurs- und Naturwissenschaften, Technik) betroffen

#### **Eckpunktepapier der Landesregierung**

Brandenburg hat in den vergangenen Jahren unter dem Motto „Stärken stärken“ eine integrierte Strukturpolitik verfolgt und damit sowohl Erfolge in der Wirtschaftspolitik, als auch auf dem Arbeitsmarkt erzielt. Hervorzuheben ist dabei insbesondere der technologisch basierte Substanzaufbau, der auch in der Neufassung der Innovationsstrategie seinen Ausdruck findet.

Im Bereich der **Wirtschafts-, Struktur- und Innovationspolitik** (einschließlich der Netzwerk- und Clusterpolitik) sieht sich die Landesregierung auf einem guten Weg, von wissenschaftlicher Seite wurde dies allerdings kritisch hinterfragt. Die Fragen richteten sich hier unter anderem auf

- kritische Größe der Cluster
- Ausrichtung der Innovationen auf Nachhaltigkeit
- Unzureichende Kooperation zwischen Berlin und Brandenburg

- Fokus gegenwärtig zu stark auf bestehenden Industrie- bzw. Unternehmensstrukturen
- Innovationsverständnis: zu technisch, nicht hinreichend systemisch

Zur Förderung der Nachhaltigkeit im Unternehmensbereich besteht in Brandenburg die „**Umweltpartnerschaft**“ mit den Aufgaben

- freiwillige Umwelleistungen der Unternehmen (über gesetzlichen Standard hinaus) fördern
- Rolle eines Impulsgebers für umweltbewusstes Handeln von Unternehmen im Land spielen
- Verbesserung der behördlichen Praxis: Deregulierung, vereinfachte Genehmigungspraxis erreichen etc.

#### 2.5.1.2. SWOT

##### Stärken

- Laut der Ernst & Young-Studie<sup>6</sup> liegen die Stärken des Forschungsbereichs in Brandenburg in der profilierten Wissenschaftslandschaft (inklusive Berlin) und der gemeinsamen Innovationsstrategie Berlin-Brandenburgs.
- Bezüglich der Ziele Transparenz und Netzwerkgestaltung ist das Arbeitskräfte-Monitoring in Brandenburg ein guter erster Schritt. Die Planung in Brandenburg ist bei diesem Thema außerdem sehr vorausschauend – man plant bereits bis zum Jahre 2050. Die Umsetzung der Planungen ist allerdings noch ausbaufähig
- Der große Vorteil für den ökologischen Umbau in Brandenburg ist der naheliegende große Absatzmarkt in Berlin, welcher weiterhin dynamisch wächst.

##### Schwächen

- Die Transformationsdiskussion ist in Berlin-Brandenburg noch wenig handlungsorientiert angekommen.
- Brandenburg leidet außerdem unter einem Negativ-Image als Niedriglohnland.
- Fehlende Großunternehmen in Brandenburg und die fehlenden FuE-Abteilungen gelten als Hemmnisse für den Bereich Forschung und Entwicklung (FuE). Folgen sind eine gegenüber dem Bundesgebiet unterdurchschnittliche private Finanzierung von FuE und eine weiterhin unterdurchschnittliche Anzahl von Beschäftigten in „Spitzentechnologien“ in Brandenburg, trotz Zunahme des Beschäftigtenanteils in diesem Bereich zwischen 2000 und 2008.
- Nur geringer Anteil an FuE-Ausgaben am BIP und Mangel an Transferinfrastrukturen bzw. unterdurchschnittliche Transferaktivitäten<sup>7</sup>.
- Strategische Schwerpunktsetzungen für nachhaltige Produkte, die gefördert werden sollen, fehlen. Es ist jedoch umso wichtiger zu priorisieren, wenn weniger Geld da ist.

---

<sup>6</sup> Ernst & Young; agrarthaer GmbH (2012) Endbericht Analyse zur sozioökonomischen Lage im Land Brandenburg – Handlungsempfehlungen zum Einsatz der EU-Fonds 2014–2020 (Endbericht) [Download](#) (Abruf 15.01.2012)

- Frühzeitiges und vorsorgendes Handeln im Bereich der Gebäudeinstandhaltung funktioniert in Brandenburg nicht gut, da es ein großes Akzeptanzproblem auf der Nachfrageseite gibt
- Langfristig rentierliche Investitionen in die Gebäudeerhaltung werden vielerorts aufgrund der Haushaltssituation nicht durchgeführt. Aktuelle werden im öffentlichen Bereich nur 0,3 % der Baukosten jährlich für den Erhalt investiert, erforderlich sind aber 1,5 %. Die Gebäudebewirtschaftung erfolgt nicht im Sinne des frühzeitigen und vorsorgenden Handelns.
- Brandenburg steht an letzter Stelle im Bundesländervergleich bezüglich Umstellungsförderung von konventioneller zu ökologischer Landwirtschaft. Es gibt keine Umstellungsförderung in Brandenburg, dadurch wird impliziert, dass keine Umstellung gewollt ist. Gleichzeitig gibt es viel Konkurrenz durch Bioenergie und es liegen Flächen brach. (Ausstieg aus der Beratungsförderung vor zehn Jahren, die bis dahin die Beratung junger Betriebe gewährleistet hat.)
- Nachteilig für die Landwirtschaft sind schlechte Böden (Sand) bei gleichzeitig steigenden Preisen für Land.
- Es gibt wenig verarbeitende Produktion in Brandenburg. Dies ist für den Handel nachteilig, da hier eine Konzentration auf die Abnahme von verarbeiteten Produkten besteht. Diese Herausforderungen werden durch eine insgesamt geringe Kaufkraft ergänzt.
- Brandenburg ist für Fachkräfte derzeit nicht besonders attraktiv. Ökologische und soziale Aspekte sind bei vielen Fach- und Führungskräften (insbesondere Akademikern) wichtig für die Arbeitsplatzwahl. Brandenburg wird nicht als ein besonders nachhaltiges Bundesland wahrgenommen. Brandenburg zeigt nach außen wenig Profil und hat eigentlich kein erkennbares Image.
- Der Anteil der EMAS-zertifizierten Mitgliedsunternehmen ist seit dem Jahr 2000 um über 30 % zurückgegangen. Unter anderem ist das auch auf den verstärkten Rückgriff der Unternehmen auf die ISO 14001 zurückzuführen. EMAS-zertifiziert.
- Im brandenburgischen Vergabegesetz sind zwar soziale, aber keine ökologischen Anforderungen verbindlich vorgegeben. Insgesamt gibt es gute Absichten bei der Vergabe, aber die Umsetzung ist relativ schwach.

## Chancen

- Laut Studie von Ernst & Young<sup>8</sup> bestehen die Chancen des Forschungsbereichs in Brandenburg in der clusterübergreifenden Unterstützung von FuE in Bezug auf umwelt- und ressourcenschonende Produkte und Verfahren und der Fokussierung auf Fragen des Klimawandels.
- Skandale, wie der über die krankmachenden Erdbeeren aus China im Schulesen, können die Wertschätzung für regionale Produkte erhöhen. IT-Systeme können dazu beitragen, die Transparenz der Herkunft zu steigern (z. B. durch Apps).

---

<sup>7</sup> Ernst & Young; agrarthaer GmbH (2012) a.a.o.

<sup>8</sup> Ernst & Young; agrarthaer GmbH (2012) a.a.o.

- Der Fokus der Wirtschaftspolitik richtet sich zu sehr auf die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen (Verbesserung der Wettbewerbssituation etc.). Aspekte wie ökologische und soziale Verantwortung kommen bisher zu kurz. Eine Chance für Brandenburg wäre, sein Image in Richtung Nachhaltigkeit aufzubauen.
- Eine große Herausforderung, aber mit enormem Potenzial für die Fachkräftesicherung stellt die prognostizierte Diskrepanz zwischen Fachkräftemangel und weiterhin hoher Arbeitslosigkeit dar.

## Risiken

- Bei zu geringer Anwendungsorientierung besteht das Risiko, dass die Forschung an den Trends und vor allem am tatsächlichen Bedarf vorbei geht<sup>9</sup>.
- Risiko des Fachkräftemangels: Aus Sicht der jeweiligen Region bewirkt ein Fachkräftemangel einen Standortnachteil für Unternehmen, der bis zu deren Abwanderung in attraktivere Regionen führen kann
- Anders als im produzierenden Gewerbe kann vor allem bei menschnahen Dienstleistungen (Pflegerberufe, Lehrer) eine zunehmende Technisierung die negativen Auswirkungen von fehlendem Personal in diesen Arbeitsfeldern nicht kompensieren.

### 2.5.1.3. Einordnung in nationale und europäische Strategien und Zielsetzungen

Im Eckpunktepapier werden keine Einordnungen in nationale und europäische Strategien vorgenommen.

#### EU-Strategien

Im Workshop wurde die Bedeutung der Corporate Social Responsibility (CSR) für die Nachhaltigkeitsstrategie Brandenburgs angesprochen. CSR derzeit das zentrale Leitbild, mit dem die soziale und ökologische **Verantwortung von Unternehmen** am stärksten thematisiert wird. Die ist auch im Grönbuch der EU enthalten.

Nachhaltigkeit spielt für Unternehmen und Organisationen mittlerweile auf allen politischen und wirtschaftlichen Ebenen eine wichtige Rolle:

- Weltweit durch den Global Compact<sup>10</sup>,
- EU-Ebene mit der EU-Nachhaltigkeitsstrategie
- Bundesebene mit dem Deutschen Nachhaltigkeitskodex
- in Brandenburg sollte die Landesnachhaltigkeitsstrategie dieses Thema aufgreifen.

<sup>9</sup> Ernst & Young; agrarthaer GmbH (2012) a.a.o.; Dokumentation „Wirtschaft und Arbeit in der Hauptstadtregion“, S. 9

<sup>10</sup> Strategische Initiative für Unternehmen, die sich verpflichten, ihre Geschäftstätigkeiten und Strategien an zehn universell anerkannten Prinzipien aus den Bereichen Menschenrechte, Arbeitsnormen, Umweltschutz und Korruptionsbekämpfung auszurichten. Damit kann die Wirtschaft als wichtige treibende Kraft der Globalisierung dazu beitragen, dass die Entwicklung von

Große Unternehmen kommen nicht mehr daran vorbei, sich mit Nachhaltigkeitsthemen zu beschäftigen (Nachhaltigkeitsberichte erstellen, Dokumentation der Einhaltung von Sozialstandards etc.). Da es in Brandenburg kaum große Betriebe gibt, ist das Thema Nachhaltigkeit in Unternehmen hier deutlich unterrepräsentiert.

Für die Landesregierung, die ebenfalls als Marktteilnehmer auftritt, ergeben sich aus der CSR-Strategie relevante Schlussfolgerungen, wie u. a. die Beachtung von Mindestlöhnen bei Beschaffungsaufträgen. Die CSR-Strategie kann auch für die Verpflichtung großer Unternehmen (ab 1000 Beschäftigten) auf Thema Nachhaltigkeit angewendet werden, hier stellt sich die Frage, ob die Landesregierung in dieser Hinsicht aktiv werden will.

#### 2.5.1.4. Handlungsbedarf

Im Eckpunktepapier der Landesregierung werden folgende Handlungsfelder definiert:

<p><b>Eckpunktepapier der Landesregierung</b>          Effiziente Ressourcennutzung sowie regenerative Energien und Rohstoffe sollten gezielt gefördert werden. Gemeinsame Aktivitäten in der Forschungs-, Bildungs- und Arbeitspolitik können dazu beitragen, die für Ressourceneffizienz nötigen Innovationspotenziale zu erschließen.</p>
<p><b>Eckpunktepapier der Landesregierung</b>          Ausbau der Umweltpartnerschaft als Kooperationsprojekt zwischen Landesregierung und Wirtschaft zur Förderung einer umweltbewussten und ressourceneffizienten Wirtschaftsweise bei brandenburgischen Unternehmen.</p>
<p><b>Eckpunktepapier der Landesregierung</b>          Die Arbeitspolitik soll konsequent am Leitbild „Gute Arbeit“ ausgerichtet werden.</p>
<p><b>Eckpunktepapier der Landesregierung</b>          Auch der Ausbau regionaler und lokaler Verarbeitungs- und Vermarktungsstandorte und –ketten sollte mit dem Ziel gefördert werden, den Bedarf an regionalen und Bioprodukten in Berlin und Brandenburg in zunehmendem Maße regional aus Brandenburg zu decken.</p>
<p><b>Eckpunktepapier der Landesregierung</b>          Die Inwertsetzung der zahlreichen Schutzgebiete Brandenburgs, seiner Kulturlandschaft, seiner naturnah erhaltenen Gewässer und Ökosysteme soll einen nachhaltigen Tourismus ermöglichen.</p>
<p><b>Eckpunktepapier der Landesregierung</b>          Dem demografisch bedingten Fachkräftemangel soll begegnet werden, u. a. durch Erschließung und Entwicklung attraktiver Arbeitsplätze für junge Menschen, Maßnahmen zur Gestaltung der Arbeitsprozesse in alternden Belegschaften, Zuwanderung und Qualifizierung.</p>

Im **Workshop** wurden die folgenden ergänzenden oder konkretisierenden Handlungsbedarfe benannt:

---

Märkten und Handelsbeziehungen, von Technologien und Finanzwesen allen Wirtschaftsräumen und Gesellschaften zugutekommt. ([Homepage](#))

---

## Umweltdimension

- Unter Umweltgesichtspunkten sollte nicht nur an der Ressourceneffizienz gearbeitet werden, sondern auch an der weitreichenden Reduktion der Umwelt- und Ressourcenverbräuche. Diesbezügliche **Transformationsnotwendigkeiten** bestehen global, aber auch für Berlin-Brandenburg.
- Der Bedeutungsgewinn von Umweltbelangen in der Wirtschaft (Green Economy) erfordert auch ein ‚Greening‘ von **Bildung und Ausbildung**: eine stärkere Berücksichtigung entsprechender Bildungsinhalte und Kompetenzen ist erforderlich.
- Erforderlichkeit von Suchprozessen in Richtung nachhaltige Lebensformen auch für die Metropolregion.
- Wandel von angebotsorientierter Clusterförderung zu nachfrageorientierten Nachhaltigkeitsclustern.

## Fachkräftesicherung

- Arbeitssuchende entsprechend qualifizieren, um freie Stellen besetzen zu können.

## Finanzen und Wirtschaftsförderung

- Erleichterung des Mittelzugangs für kleinere Wirtschaftsunternehmen: niedrigere Hürden bei Nachweispflichten, Beratungsförderung, längerfristige Begleitung, nachhaltige Förderung.
- Wichtig bei finanzieller Förderung wegen der erforderlichen Haushaltskonsolidierung, dass Investitionen im Anschluss einen Rückfluss in den Landesfördertopf ermöglichen; Revolvierende Fonds sollten etabliert werden.

## Ernährungswirtschaft/Wertschöpfungsketten

- Zivilgesellschaftliche Kräfte müssen gestärkt werden. Regionalität ist ein aktuelles Thema und auch im konventionellen Bereich relevant.

## Unternehmen und Gesellschaft

- Gesellschaftliche Werte und unternehmerische Werte müssen zukünftig stärker in Einklang gebracht werden - Kooperation statt Konkurrenz, Gemeinwohl statt Eigennutz. Fehlanreize müssen korrigiert werden.
- Stärkung von Forschung und Umsetzung → Nutzbarmachung technischer Entwicklungen für Nachhaltigkeit.

## Partizipation

- Stärkung der Zivilgesellschaft und der Stakeholder notwendig, da es aktuell nur schwache institutionelle und finanzielle Kapazitäten dieser beiden Akteursgruppen im Umweltbereich gibt.

### 2.5.1.5. Leitbild – Aspekte

Im Eckpunktepapier der Landesregierung wird lediglich die Ausrichtung des Wirtschaftens und Arbeitens auf das Leitbild einer nachhaltigen Entwicklung vorgeschlagen, es liegen jedoch bis auf das Leitbild ‚Gute Arbeit‘ keinerlei inhaltliche Beiträge für das Leitbild selbst vor.

#### Leitbild „Gute Arbeit“

##### **Eckpunktepapier der Landesregierung**

Nachhaltige Entwicklung sichern heißt auch, die **Arbeitspolitik am Leitbild „Gute Arbeit“ konsequent auszurichten**. Gute Arbeit schließt den gleichberechtigten Zugang zu Arbeit, zu beruflicher Bildung und Weiterbildung, den Abbau der Arbeitslosigkeit, die Sicherung des Fachkräftebedarfs, faire und auskömmliche Entlohnung, menschenwürdige und gesundheitsgerechte Arbeitsbedingungen und eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie, mehr Sicherheit hinsichtlich individueller Lebensplanung, gerade auch in Umbruchsituationen im Erwerbsleben, ein.

Die Arbeitspolitik wird weiterhin konsequent am Leitbild der „Guten Arbeit“ ausgerichtet. Dies schließt die Gestaltung von Arbeitsbedingungen im Sinne deren Humanisierung wie die Schaffung von Zugängen zu Arbeit gerade auch für bisher benachteiligte Gruppen (wie z. B. Zugewanderte) und die systematische Hebung von Potenzialen zur Sicherung des Fachkräftebedarfs ein.

Im Workshop wurden folgende Ergänzungen dazu vorgeschlagen:

- Aspekte der ökologischen Nachhaltigkeit müssen stärker in arbeitsmarktpolitische Handlungsfelder integriert werden (analog zum Gender Mainstreaming Prinzip)

Das **Leitbild** des Landes sollte **in der Umweltdimension** folgende Aspekte berücksichtigen:

Nachhaltiges Wirtschaften erfordert die gleichzeitige Betrachtung von Umweltverträglichkeit, sozialer Gerechtigkeit und gesellschaftlicher Wohlfahrt. Ein passendes Modell für diese Sichtweise ist das **Drei-Säulen-Modell der Nachhaltigkeit**: berücksichtigt sowohl ökologische, soziale als auch ökonomische Aspekte.

Umweltziele sind nicht mehr Randbedingung der wirtschaftlichen Entwicklung, sondern stehen im Zentrum. **Umweltprobleme** müssen als **zentral für die Wirtschaftsprozesse** angesehen werden.

Es ist wichtig **spezifische Anforderungen an die Nachhaltigkeit von Produkten** zu **stellen**: z. B. zeige die Entwicklung im Bereich der Biokraftstoffe, dass es große Diskrepanzen zwischen den ökologischen Auswirkungen bzw. den Ökobilanzen, die den unterschiedlichen Herstellungsweisen der Biokraftstoffe geschuldet sind, gibt.

Die vielfältigen **Verflechtungen in der Hauptstadtregion** sind bei allen Überlegungen mit zu berücksichtigen.

Brandenburg soll sich zu einem modernen, ökologisch orientierten Industriestandort entwickeln; „Green Economy“ ist nicht hinreichend, „**Green & Fair Economy**“ wäre als Begriff und Leitbild besser.

- Im Unternehmensbereich wird dies über den CSR-Ansatz abgebildet: In jedem Fall müssen bei der unternehmerischen Verantwortung ökologische und soziale Belange und auch die Armutsbekämpfung angesprochen werden.

Als weitere Ergänzung wird „**Gemeinwohlorientierung**“ vorgeschlagen:

- Nachhaltiges Wirtschaften ist ein Wirtschaften, das sich am Gemeinwohl orientiert; dazu ist ein Wertewandel erforderlich.
- Ohne einen Wertewandel hin zu einem schonenderen Umgang mit den begrenzten natürlichen Ressourcen – der ökologischer Fußabdruck ist aktuell noch viel zu groß – fehle das notwendige Bewusstsein, um die Transformationsprozesse voran zu bringen.

### 2.5.2. Ziele

In den Eckpunkten werden Ziele nur implizit formuliert, meist im Zusammenhang mit den Handlungsfeldern. Beispiele hierfür sind:

- die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen langfristig zu steigern und ihnen Zugang zu neuen Märkten zu verschaffen,
- für einen gleichberechtigten Zugang zu Arbeit und beruflicher Bildung zu sorgen,
- die regionale Identität der Menschen in Brandenburg und Berlin stärken.

Unter dem Gesichtspunkt ‚**Gute Arbeit für alle**‘ wurden im Workshop die folgenden Ziele vorgeschlagen:

- Beschäftigungsniveau weiter erhöhen, unter Berücksichtigung der Qualität der Arbeit und Unterstützung der Menschen beim Umgang mit sozialen Chancen und Risiken.
- Hier zusätzliche Aspekte des Begriffs „Gute Arbeit“ bzgl. Arbeitsbedingungen: sollen hohes Maß an Entwicklungs-, Einfluss- und Lernmöglichkeiten, gute soziale Beziehungen und existenzsichernde Einkommen ermöglichen.
- Verbesserung der Bildung als wichtiges Ziel für die Fachkräftesicherung → alle Menschen bei ihrem jeweiligen Bildungsstand abholen.
- Erhöhung der Attraktivität von bestimmten Berufsbildern, bezogen auf das Image und die Rahmenbedingungen des Berufs.
- Hemmende Bürokratie identifizieren und abbauen, so dass grundsätzlich alle Menschen ihre Arbeitskraft auf dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stellen können.

Als **umweltbezogene Ziele** wurden genannt:

- Orientierung an natürlichen, geschlossenen Kreisläufen,
- Etablierung regionaler Wertschöpfungsketten,
- Entwicklung eines spezifischen Leitbilds für den Lead-Markt Energieversorgung Berlin-Brandenburg,
- Entwicklung einer Bioökonomie, die sich überwiegend auf erneuerbare Ressourcen stützt und diese in Kaskaden nutzt.

## Zielkonflikte

**Entwicklung des ländlichen Raumes:** konträre Entwicklungen der Ernährungs- versus Energiewirtschaft

Große Flächen für Monokulturen in der Bioenergie verdrängen Initiativen in anderen, nicht geförderten Bereichen. Um hier Akzente zu setzen, ist eine Strategie nötig. Dazu gehört auch, die Strategien verschiedener Bereiche aneinander anzupassen

- Im Koalitionsvertrag: Brandenburg soll als flächenstärkstes Bundesland die ökologische Landwirtschaft ausbauen.
- Aktuell gibt es hier jedoch einen Zielkonflikt zwischen dem Anbau von Energiepflanzen und der nachhaltigen Landwirtschaft. Maisanbau für Biogasanlagen wird als „nachhaltiger Unsinn“ angesehen: Geringer Wirkungsgrad, hoher Wasserbedarf, Agrogasproduktion ökologisch und volkswirtschaftlich nicht sinnvoll.
- Trotzdem betrug die „Vermaisung“ Brandenburgs im Jahr 2010 2.800 km<sup>2</sup> und wird durch Steuergelder gefördert.

### 2.5.3. Maßnahmen

Im **Eckpunktpapier** werden folgenden Maßnahmen benannt:

- Gemeinsame Aktivitäten Berlin-Brandenburgs in der Forschungs-, Bildungs- und Arbeitspolitik können dazu beitragen, die für Ressourceneffizienz nötigen Innovationspotenziale zu erschließen.
- Im Rahmen der Weiterentwicklung der Branchenkompetenzfelder werden auch ökologische Nachhaltigkeitskriterien wie Ressourceneffizienz, Umweltverträglichkeit sowie Nutzung erneuerbarer Rohstoffe und Energieträger in einem Querschnittsthema berücksichtigt.
- Weiterentwicklung der Nachhaltigkeitsbewertung.
- Ausbau der Umweltpartnerschaft.
- Die Arbeitspolitik wird weiterhin konsequent am Leitbild der „Guten Arbeit“ ausgerichtet.
- Stärkung des vorbildlichen Investitions- und Nachfrageverhaltens der Landesregierung

Im **Workshop** wurden zahlreiche ergänzende Maßnahmenvorschläge entwickelt, die sich teilweise auf die oben genannten Maßnahmenbereiche beziehen.

Generell wird **mehr Unterstützung für experimentelle Projekte** gefordert

- um soziale und technische Innovationen im Sinne eines systemischen Ansatzes besser miteinander verbinden zu können,
- um Suchprozesse für den erforderlichen gesellschaftlichen Transformationsprozess zu unterstützen.

- Hierbei wichtig, die bottom-up Initiativen durch eine entsprechende Ausrichtung der top-down Innovationsstrategie für Berlin-Brandenburg zu fördern.

### Anreize für Nachhaltigkeit in der Wirtschaft setzen

- **Anreize richtig setzen:** Nachhaltiges Handeln muss sich ökonomisch lohnen. Das setzt Kostenwahrheit voraus (Internalisierung externer Effekte). Wer Nachhaltigkeit lebt, sollte einen Vorteil haben und nicht Nachteile (höhere Kosten).
- **Rahmenbedingungen so verändern**, dass die wirtschaftliche Dynamik positiv für Umweltentlastungen bzw. Entkopplungen genutzt werden kann; Instrumente sind u. a. Ökosteuern, Zertifikate, Entwicklung von Lead Märkten wie auch die Förderung von Umwelt-Innovationen. Regularien (Gesetze, Verordnungen, Vorschriften) und Sanktionen:

### Förderung der Herstellung nachhaltiger Produkte und Dienstleistungen

- Als Ansatzpunkt dafür gelten Technologien mit Dezentralisierungspotenzial, was kleinräumige Wirtschaftskreisläufe ermöglicht, die ökologische Vorteile generieren können und ein hohes Potenzial zur Steigerung regionaler Wertschöpfung aufweisen. Gleichzeitig werden dadurch die Gestaltungsmöglichkeiten vor Ort erhöht.
- Die Entstehung neuer innovativer Akteursnetzwerke und nachhaltiger Unternehmenslandschaften in Berlin-Brandenburg wird - mit Profilierung in bestimmten Produkt- und Technologiefeldern (intelligente Spezialisierung) - ermöglicht.

### Unterstützungsmaßnahmen durch Landesregierung

Als Unterstützungsmaßnahmen durch die Landesregierung wurden vorgeschlagen:

- Schaffung besserer Möglichkeiten bzw. politische Unterstützung der Vermarktung nachhaltiger Produkte und Technologien,
- Mobilisierung dörflicher Strukturen als Ganzes: themenspezifisch, z. B. Energiegenossenschaften,
- Schaffen von mehr Breitenwirksamkeit erfolgreicher Modellprojekte,
- mehr landespolitische Unterstützung für einzelne Akteure und Akteursnetzwerke.
- Die zukünftige Strategie zur Förderung eines Energieclusters soll darauf zielen, dezentrale Bemühungen und Initiativen zu unterstützen und die regionale Nachfrage zu stärken.
- Weitere Potenzialanalysen für nachhaltige Produkte und Dienstleistungen in Brandenburg durchführen, beispielsweise im Bereich der Bioökonomie
- Nachhaltige Unternehmen, Unternehmensnetzwerke und Produkte als Standortvorteil in Brandenburg entwickeln.

### Konkrete Idee: Entwicklung eines Energieclusters Potsdam-Mittelmark:

- Ziel: die Energiewende vor Ort vollziehen.

- Bisherige Probleme: Unzureichendes Kapital und unzureichende Vernetzung regionaler Akteure.
- Nächster Schritt: Errichtung eines virtuellen Kraftwerks.
- Neues Marktdesign für die Erzeugung Erneuerbarer Energien erforderlich.
- Zur Verwirklichung des Ideenkonzepts Mobilisierung relevanter Akteure erforderlich.
- Bisher fehlendes Bewusstsein bei kommunalen und landespolitischen Akteuren für die Umsetzung eines solchen Clusters.
- Unterstützung des Landes insbesondere im Rahmen der Ebenen-Koordination möglich.
- Kapital soll gemeinschaftlich mobilisiert werden; Vorteil der Energiegenossenschaften hierbei: lokale Teilhaber können direkt eingebunden werden.

Kritisch anzumerken ist hier, dass ein solch kleinräumiges Energiecluster zu wenig kritische Masse haben könnte, allerdings scheint auch eher ein regionales Energiekonzept gemeint gewesen zu sein.

#### Vorbildfunktion der Landesregierung

- Stimulierung der Nachfrage nach nachhaltigen Produkten im Rahmen der öffentlichen Auftragsvergabe.

#### Förderung von Pionieren

Es erscheint sinnvoll, nachhaltigkeitsorientierte Pioniere im Land systematisch zu fördern.

- Dazu muss die Nachhaltigkeit in den Unternehmen, die bereits Interesse zeigen und im sozialen und ökologischen Handeln voran gehen, systematisch entwickelt und ausgebaut
- und diese Unternehmen in den Blick der Öffentlichkeit gerückt werden.
- Erhalten Pioniere die nötige Aufmerksamkeit ziehen andere Unternehmen nach („Leittiere und Herdenverhalten“).
- Dieser Prozess muss eine gewisse Dynamik haben und entfalten. Dann ist eine Art Domino-Effekt möglich. Bestenfalls läuft dieser Prozess mit der Zeit von alleine und Nachhaltigkeit wird zur Routine.
- Rolle von Best-Practice-Beispielen: es braucht immer Leitfiguren, die voranschreiten, bis eine Breitenwirkung erzielt wird.

Verbinden könnte die Landesregierung einen solchen Ansatz gegebenenfalls mit der Förderung der Branchenkompetenzfelder (Cluster). Vielleicht lässt sich dadurch sogar so etwas wie ein Image für Brandenburg aufbauen.

#### Mentalitäts- und Wertewandel

- wichtige Aufgabe der Gesellschaft: Werte wie Verantwortungsbewusstsein und Wertschätzung für Nachhaltigkeit vermitteln und vorleben.

- Politische Kultur/Unternehmenskultur: Entwicklung einer (nachhaltigen) Wertekultur. Politik und Wirtschaft müssen bestimmte Werte vermitteln und fördern. Dazu würde auch gehören, dass die Landesregierung vermittelt, dass sie eine bestimmte Qualität an Unternehmen in Brandenburg haben will. Nachhaltigkeit wird von Wirtschaftsvertretern meist nicht als Chance wahrgenommen, sondern oft als Bedrohung.
- Die Chancen einer nachhaltigen Entwicklung sollten stärker betont werden, Veränderungen sollte der Schrecken genommen werden. Nachhaltigkeitsdiskussionen werden zu oft über Bedrohungsszenarien und mit dem Faktor Angst geführt statt die Chancen zu betonen.
- Nachhaltigkeit als Chance für Wirtschaft und Politik muss deutlicher kommuniziert werden. Dennoch sollte man auch die Risiken im Blick behalten, die damit verbunden sind (z. B. für bestimmte Branchen).
- Ernährung: Discount-Mentalität nicht nachhaltig, es wird viel Nahrung verschwendet und weg-  
geworfen → Mentalitätswandel notwendig, Ansatz bereits in der Schule: Konzept der Saisonalität und Regionalität in Schulen verankern, z. B. durch Angebote wie Schulküchen und Fach  
Heimatkunde.
  - Die Nahrungsqualität muss betont werden: Preiswert ist nicht gleich billig. Lebensmittel sind nicht gleich Lebensmittel, sondern die Prozessqualität ist entscheidend und diese hat auch ihren Preis.
- In Brandenburg fehlt die kulturelle Verankerung einer Existenzgründungsmentalität. Dies sollte mit fördernden Angeboten angegangen werden.
- Politik und Verwaltung sollen Leitbilder entwickeln und Transformationsprozess anstoßen.

### Ernährungswirtschaft/Wertschöpfungsketten

Für ein gemeinsames Regionalimage hielten die Workshop Teilnehmer ist für wichtig, sich auf wenige Marken zu begrenzen. IT-Systeme können dazu beitragen, die Transparenz der Herkunft von Nahrungsmitteln zu steigern (z. B. durch Apps). Gleichzeitig muss eine neue Unübersichtlichkeit durch eine Überflutung mit Labeln verhindert werden.

Als Maßnahmen wurden im Einzelnen vorgeschlagen:

- Verstärkte Förderung von (kleinen) Investitionen für den Markteintritt sind wichtig (z. B. für Marketing oder Produktentwicklung).
- Einführung von regionalem/ökologischem Catering ein Muss bei Veranstaltungen der Landesregierung.
- Verstetigung einer klaren institutionellen Förderung: Aktuell werden immer wieder neue Netzwerke gefördert, die zum Teil nach Ende des Förderzeitraums auslaufen oder in anderer Form neugegründet werden. Beim Aufbau von Wertschöpfungsketten sind jedoch verbindliche und langfristige Partnerschaften notwendig.

- Um dem Klimawandel produktiv begegnen zu können, ist es notwendig die landwirtschaftliche Produktion an die neuen Anforderungen anzupassen. Der Einsatz von neuen (begünstigten) Fruchtsorten und Fruchtfolgen kann helfen, dem Klimawandel zu begegnen.
- Nicht nur Pioniere motivieren, sondern möglichst viele mobilisieren, um schlussendlich zum Mainstream zu werden
- Lenkung nicht durch Gesetze und top-down-Steuerung, sondern Vorteile des Ökolandbaus vermitteln (z. B. externe Kosten für die Produktion etc. können zum Endverbraucher durchgegeben werden).
  - Etablierung intelligenter Agroforstsysteme als mögliche Alternative zum Maisanbau zur Biogasproduktion; erfordert keine hohen Investitionen erforderlich und bringt eine vielfach bessere Effizienz.

### Umweltpartnerschaft

Derzeit scheint die Umweltpartnerschaft in einer Blockadesituation zu stecken. Sie wird nicht als ein Netzwerk innovativer Unternehmen wahrgenommen, obwohl dies durchaus eines ihrer ursprünglichen Anliegen war. Insofern stellt sich die Frage: Welche Rolle kann die Umweltpartnerschaft in Zukunft spielen, insbesondere im Hinblick auf eine Nachhaltige Entwicklung? Als Bedingungen einer erfolgreichen Umweltpartnerschaft formulierten die Workshop-Teilnehmer, dass der Mehrwert für die Unternehmen erkennbar sein muss sowie eine langfristige Orientierung und ein langfristiges Engagement der beteiligten Unternehmen und Organisationen wichtig ist. Als Maßnahmen zur Unterstützung eines Neuanfangs der Umweltpartnerschaft wurde diskutiert, die Umweltpartnerschaft als Plattform auszubauen. Ein denkbares Motto der Plattform könnte sein: Nachhaltigkeit durch Innovation. Dabei könnten die Mitglieder der Umweltpartnerschaft als Botschafter für 2 Jahre benannt und ihnen damit eine aktive Rolle gegeben werden. Die Politik soll dabei eine unterstützende und teilnehmende Rolle spielen.

### Fachkräftemangel

Aus Sicht der Landesregierung sollen die folgenden Leitprojekte fortgeführt werden:

- Fachkräftesicherung
- Stärkung der Sozialpartnerschaft
- Eindämmung des Niedriglohnsektors
- Standortfaktor weltoffenes Brandenburg – Förderung eines gemeinsamen deutsch-polnischen Arbeitsmarktes

Von den Teilnehmenden des Workshops wurden folgenden Maßnahmen vorgeschlagen:

- Öffentlich zugängliche Informationsbasis bereitstellen, um Transparenz für Akteure zu schaffen. Inhalt: Information über regionalen Fachkräftemangel oder eventuell – Überschuss. Hierfür notwendig: Verbesserte Erfassung von Fachkräften und Indikatoren, die Mangel aufzeigen (z. B. Lohnanstieg für bestimmte Qualifikation innerhalb einer Region).

- Weitere Forschung in diesem Bereich durchführen, da Ursachen für Fachkräftemangel häufig nicht leicht identifizierbar.
- Für Kosten-Nutzen-Abwägung von Maßnahmen zur Fachkräftesicherung ist eine gute Evaluierung notwendig: Wie viel kann wirklich durch Maßnahmen erreicht werden?
- Insbesondere für Kinder und Jugendliche: Durchgängige Begleitung bzw. Beratung über die Bildungsübergänge hinweg → Aufklärung über Kompetenzen, die die jeweiligen Schulformen vermitteln und sich daraus ergebende Berufschancen/Möglichkeiten/berufliche Perspektiven.
- Erhöhung der Attraktivität von bestimmten Berufsbildern (z. B. Landarzt, Pflegeberufe).

Einflussnahme auf Unternehmen:

- Anregung einer vorausschauenden Fachkräftesicherungsplanung.
- Information über die oft vernachlässigte Notwendigkeit beruflicher Weiterbildung.
- Regelmäßige Präsentation der Fördermöglichkeiten in „Mundart“ und „vor Ort“ → „regionale Informationsvermittlung“: Beispielsweise Informationsmobil, das zu festen Zeiten KMUs vor Ort Informationen bereitstellt.

Förderung der Vernetzung aller Akteure:

- Brandenburgs geringe Größe als Vorteil ansehen – gemäß dem Motto „man kennt sich“.
- Für Brandenburg besonders wichtig: begrenzte Ressourcen sinnvoll nutzen.

#### 2.5.4. Modellprojekte

Es wurden im Workshop keine Modellprojekte benannt.

#### 2.5.5. Beteiligung

**Als wichtige Akteure**, die in Diskussionen über den Umgang mit den Herausforderungen eines nachhaltigen Arbeitens und Wirtschaftens einbezogen werden sollten, wurden vorgeschlagen:

- Unternehmen
- Politik und Wirtschaftsverbände: diese sollen in Bezug auf Nachhaltigkeit Flagge zeigen, von ihnen muss eine Signalwirkung ausgehen.
- IHK: insbesondere Netzwerk CSR in Brandenburg.
- Technologiezentren: diese werden derzeit oft nur als reine Wirtschaftsförderung gedacht.
- Hochschulen als wichtiger Ort (Bezug: Bildung für Nachhaltige Entwicklung).
- Nachwuchs in Unternehmen (Ausbildung).

Zum Thema Beteiligung wurden folgende Maßnahmen vorgeschlagen:

- Stärkung des Sozialdialogs und der Sozialpartner.

- Entwicklung der Umweltpartnerschaft könnte also zu einer Plattform insbesondere für innovative, nachhaltige Unternehmen (Pioniere), die auch dem Bedürfnis nach Austausch (Treffen, informelle Kontakte etc.) dient.

### 2.5.6. Zwischenbilanz

Dieses Unterkapitel stellt eine zusammenfassende Einschätzung unsererseits dar.

#### Stand der Zielerreichung

##### **Einbindung wichtiger Akteure bei der Erstellung der Nachhaltigkeitsstrategie**

Im Hinblick auf die Teilnahme von Unternehmen, Gewerkschaften und Verbänden am Workshop ist die Einbindung noch nicht ganz zufriedenstellend. Aus den Unternehmen und deren Verbänden hätten durchaus noch mehr kommen können. Die Gewerkschaften stellen eine Ausnahme dar, da sie an dem Veranstaltungstag verhindert waren.

Allerdings wurden durch die vorbereitenden Interviews und die Mobilisierung für den Workshop ein Teil dieser Akteure zumindest informiert. Im Rahmen weiterer Beteiligungsschritte sollten diese Akteure besonders angesprochen werden.

#### Bewertung der Ergebnisse des Workshops

Aktuell bewerten wir die Zielerreichung in Bezug auf das Thema Wirtschaft und Arbeit wie folgt:

Wichtige, bisher in den Eckpunkten kaum behandelte Grundsatzfragen nach Leitbild und Zielsetzungen wurden bearbeitet und in der ökologischen Dimension wesentlich weiterentwickelt. Vor dem Hintergrund einer Ausgangssituation, in der die Arbeitspolitik des Landes sich bereits klar zur Frage der nachhaltigen Entwicklung positioniert hat, die Aussagen der Wirtschafts-, Struktur- und Innovationspolitik aber eher kritisch diskutiert wurden, wurde damit ein wichtiger Schritt nach vorn getan.

Die SWOT-Elemente, die auf Grundlage des Workshops herausgearbeitet wurden, erheben nicht den Anspruch auf Vollständigkeit. Das Innovative daran ist die klare Ausrichtung auch auf ökologische Zielsetzungen, die so in bisherigen SWOT-Analysen, wie sie z. B. im Kontext der Erstellung der Förderprogramme für die neuen EU Programme 2014 - 2020 entstanden sind, nicht oder nur ansatzweise berücksichtigt wird.

In Bezug auf die Einordnung in nationale und europäische Strategien und Zielsetzungen sind mit der CSR-Strategie, dem Global Compact, der EU-Nachhaltigkeitsstrategie und dem Deutschen Nachhaltigkeitskodex zwar relevante Strategien angesprochen worden. Diese fokussieren jedoch ausschließlich auf unternehmerisches Verhalten. Weitere Strategiebezüge mit anderem Fokus (z. B. in Bezug auf nationale oder europäische Ressourceneffizienzstrategien oder Klima- und Energiestrategien) sollten ergänzt werden.

Die im Eckpunktepapier benannten Handlungsbedarfe wurden mehrheitlich aufgegriffen und konkretisiert sowie ergänzt. Eine Lücke bleibt beim Thema ‚Inwertsetzung der zahlreichen Schutzgebiete Brandenburgs, seiner Kulturlandschaft, seiner naturnah erhaltenen Gewässer und Ökosysteme, um einen nachhaltigen Tourismus zu ermöglichen‘. Hier erscheint angesichts der Vielzahl und Breite der

Bedarfe vor allem die noch offene Frage der Priorität, mit der einzelne Handlungsbedarfe im Rahmen der Nachhaltigkeitsstrategie verfolgt werden sollen, klärungsbedürftig.

Die Leitbilddiskussion zeigt, dass weniger das Thema Arbeit ergänzungsbedürftig ist, sondern das Thema Wirtschaft. Hier wurde ein höherer Stellenwert der Umweltaspekte eingefordert und mit konkreten Vorschlägen unterlegt. Weitere Bearbeitungsschritte in Bezug auf Ergänzungen und Integration in ein konsistentes Gesamtbild halten wir für erforderlich.

Die bisher bestenfalls impliziten Zielbestimmungen wurden für das Thema Arbeit vor allem durch die Zielsetzungen der Landesregierung ergänzt. Die im Workshop für das Thema Wirtschaft vorgeschlagenen Ziele sind noch ergänzungsbedürftig, da nicht alle zentralen Probleme (z. B. Klimawandel, Endlichkeit von Ressourcen) aufgegriffen werden. Dem Zielkonflikt zwischen Nahrungs- und Biogasproduktion sollte in der Nachhaltigkeitsstrategie ein angemessener Stellenwert zukommen.

Die umfangreichen, viele Themenfelder abdeckenden Vorschläge für Maßnahmen stellen eine sehr gute Grundlage für die weitere Ausarbeitung der Nachhaltigkeitsstrategie dar, zumal sie in Teilen auch sehr konkret die Handlungsmöglichkeiten der Landesregierung adressieren. Gleichwohl bestehen einige Lücken und Ergänzungsbedarfe in Politikfeldern fort, für die Handlungsbedarfe gesehen werden (z. B. Inwertsetzung der Schutzgebiete Brandenburgs und der Kulturlandschaft, Umgang mit natürlichen Ressourcen/ Ressourceneffizienz).



### 2.6.1. Ausgangssituation

Im Eckpunktepapier der Landesregierung wird nur sehr allgemein auf die beiden Themen vertikale Kooperation und Vernetzung auf lokaler Ebene eingegangen:

#### **Eckpunktepapier der Landesregierung**

Der Schlüssel zu einer langfristig tragfähigen Nachhaltigkeitsstrategie liegt in einer umfassenden Beteiligung und Mitentscheidung der Bevölkerung sowie der gesellschaftlichen Akteure an ihrer Aufstellung und Umsetzung.

Die Bedeutung der kommunalen Ebene und die Notwendigkeit einer partizipativen Erstellung der Landesnachhaltigkeitsstrategie werden betont. Unter anderem sollen Kommunen und die Zivilgesellschaft einbezogen werden.

#### **Eckpunktepapier der Landesregierung**

Die Intention einer Nachhaltigkeitsstrategie für Brandenburg ist es, Ziele und Maßnahmen für die Landespolitik zu erarbeiten und den Nachhaltigkeitsgedanken in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft fest zu verankern. Dazu gehört, dass Nachhaltigkeit im Verwaltungshandeln auf Landes- und kommunaler Ebene als wichtiges Kriterium berücksichtigt wird. ... Die hier vorgelegten Grundlagen einer Nachhaltigkeitsstrategie sind ein erster Schritt zur Konkretisierung von Schwerpunkten, Handlungserfordernissen und Maßnahmen der Strategie. Diese ist im Weiteren im Dialog mit der Wirtschaft, den Kommunen und der Zivilgesellschaft unter Berücksichtigung der regionalen Rahmenbedingungen weiter auszugestalten.

Im Zusammenhang mit den Handlungsfeldern zum Schwerpunkt „Lebensqualität für zukunftsfähige Städte und Dörfer“ beschreibt die Landesregierung die Notwendigkeit der Vernetzung und Partizipation auf lokaler Ebene:

#### **Eckpunktepapier der Landesregierung**

Diskursive und regionalisierte Kommunikationsprozesse zwischen Verwaltungen, Akteuren, Bürgerinnen und Bürgern stärken die Verantwortung vor Ort und tragen entscheidend zu akzeptierten und regional angepassten Lösungen und die Nachhaltigkeitskriterien berücksichtigenden Prioritätensetzungen bei. Die vorhandenen partizipativen Instrumente der Raumordnungs- und Planungsverfahren haben sich hier als leistungsfähig erwiesen.

Zum gleichen Schwerpunkt im Bereich „Maßnahmen“ beschreibt die Landesregierung auch die Notwendigkeit der vertikalen Kooperation und Abstimmung mit dem Anliegen der Stärkung regionaler bzw. lokaler Eigenverantwortung.

#### **Eckpunktepapier der Landesregierung**

Die Landesregierung wirkt auf die Sicherung nachhaltiger, tragfähiger und regional angepasster Angebote der Daseinsvorsorge insbesondere durch interkommunale und intersektorale Kooperationsmechanismen hin. ... Dabei sind unterschiedliche Verantwortungen sowie sich abzeichnende Entwicklungen mit zu betrachten, um daraus absehbare Schwierigkeiten der Bevölkerung bei der Befriedigung ihrer Bedürfnisse und evtl. Zielkonflikte abzuleiten. Die regionale und lokale Eigenverantwortung und Entwicklungskompetenz sind zu stärken.

### 2.6.1.1. Situation in Brandenburg

Im Abschnitt zur Ausgangssituation in Bezug auf Lebensqualität steht im Eckpunktepapier:

#### **Eckpunktepapier der Landesregierung**

Da Daseinsvorsorge insbesondere eine Aufgabe der kommunalen Ebene ist, wird die zukünftige, durch rückläufige Bundes- und Landeszuweisungen geprägte Finanzausstattung der Kommunen und Kreise für die Zukunftsfähigkeit der Städte und Dörfer eine besondere Rolle spielen.

Die Kommunen in Brandenburg stehen wie andere Kommunen in Deutschland vor großen Herausforderungen: Demographischer Wandel, Anpassung an den Klimawandel, Rückgang der Einnahmen bei steigenden (Sozial-)Leistungen und die allgegenwärtige Ressourcenknappheit treffen die Kommunen – mal mehr, mal weniger. Manche Kommunen haben bereits Probleme, ihre vorgeschriebenen Aufgaben zu erfüllen. Teilnehmende des Dialogprozesses beschreiben, dass Nachhaltigkeit für viele ehrenamtlichen Politiker nur ein Thema unter vielen ist und deshalb häufig vernachlässigt wird.

Gleichzeitig steigen die Erwartungen an Beteiligung. Neben den zahlreichen kommunalen Akteure, die sich schon länger engagieren, kommen neue Personen hinzu, die sich anlassbezogen einbringen wollen. Geht es um kommunale oder regionale Projekte „vor der eigenen Haustür“, wollen sich immer mehr Bürgerinnen und Bürger mit ihren Ideen und Wünschen, aber insbesondere auch den eigenen Interessen einbringen. Dieser zunehmende Trend ist bundesweit zu beobachten.

Die Aussagen im folgenden Textabschnitt basieren auf den Ergebnissen des IZT-Forschungsvorhabens „Rio+20 vor Ort“, die von Frau Nolting (IZT) auf dem Workshop vorgestellt wurden.

Die Strategie kann nur umgesetzt werden, wenn es gelingt, die kommunalen und regionalen Akteure in diesen Prozess einzubinden und den Gedanken möglichst breit zu verankern.

Innenminister Woidke bei der Begrüßung der Teilnehmenden des Workshops

Die Lokale Agenda 21 Bewegung war in Deutschland stark zivilgesellschaftlich geprägt und wurde „von unten“ an Politik und Verwaltung herangetragen. Der Höhepunkt der kommunalen Beschlüsse lag deutschlandweit um 1998/’99, ab 2000 gab es einen deutlichen „Abschwung“. Aber auch heute gibt es noch vereinzelt neue Beschlüsse unter dem Label Agenda21. Die Kommunen gehen in den letzten Jahren immer mehr dazu über, sektorale Beschlüsse z. B. im Bereich Energie und Klimaschutz zu fassen. Ein Ergebnis des Forschungsprojektes ist, dass in Kommunen mit LA-21-Beschlüssen mehr Partizipation stattfindet und dort auch mehr innovative Projekte und Aktivitäten umgesetzt werden.

Die Beteiligung an der IZT-Befragung in Brandenburg lag bei 18 Städten, Landkreisen bzw. Initiativen. Zehn der beteiligten Kommunen haben einen Agenda-21-Beschluss. Andere Kommunen haben Beschlüsse im Energie- und Klimaschutzbereich, zwei Beschlüsse zu Flächenmanagement, aber keine Beschlüsse in den Bereichen Bildung für Nachhaltige Entwicklung (BNE) und Biodiversität. Die laufenden Agenda-21- und Nachhaltigkeitsaktivitäten in den Kommunen werden dabei als „auf dem Weg“ eingeschätzt. Die Gemeinden Wolkow/Lebus, Teltow und Schwielowsee geben an, bereits „viel erreicht“ zu haben.

---

## 2.6.1.2. SWOT

### Stärken

- Es existieren in Brandenburg einige zivilgesellschaftlich getragene LA-21- bzw. Nachhaltigkeitsprozesse in Städten und Gemeinden. Teilweise haben diese eine gute Verankerung in der Verwaltung. Hier kann im weiteren Prozess auf Erfahrungen zurückgegriffen werden.
- Die Brandenburgische Werkstatt Lokale Agenda 21 (Brandenburg 21 e.V.) als zivilgesellschaftlicher Verein trägt seit Jahren zur Vernetzung der Nachhaltigkeitsaktivitäten in den Städten und Gemeinden bei. Hier liegen zahlreiche Erfahrungen und Beispiele vor.
- Das Brandenburgische Netzwerk für Lebendige Dörfer (Brandenburg 21 e.V.) verfügt über zahlreiche Erfahrungen und Kompetenzen in der Dorfentwicklung.

### Schwächen

- Der Begriff Nachhaltigkeit ist in etlichen Kommunen noch wenig bis gar nicht verankert.
- Die Einbindung von Unternehmen in Nachhaltigkeitsprozesse auf lokaler Ebene gelingt selten.

### Chancen

- Wenn Nachhaltigkeit nicht als zusätzliche Aufgabe sondern als Lösungsansatz für die vorhandenen Probleme verstanden wird, bekommt das Thema einen anderen Stellenwert auf lokaler, regionaler und Landesebene.
- Die Teilnehmenden des Workshops sind der Überzeugung, dass sich der für Kooperationen betriebene Mehraufwand lohnt - allerdings muss diese Erfahrung einmal gemacht werden.
- Im Flächenland Brandenburg können die Landkreise gerade für die kleinen Mitgliedskommunen hinsichtlich Koordination und Ressourcen für Nachhaltige Entwicklung stark unterstützend tätig sein. Sie hätten damit eine große Multiplikatorenwirkung.
- Eine ebenfalls große Multiplikatorenwirkung wird den kommunalen Spitzen als mögliche Initiatoren und Promotoren für lokale bzw. regionale Nachhaltigkeitsprozesse zugeschrieben.
- Gemeinsam von Landesregierung, Kommunen und Zivilgesellschaft geplante Pilotprojekte haben große Aussicht auf eine erfolgreiche Umsetzung und Transfermöglichkeit.
- Wenn es gelingt, handhabbare Instrumente für die kommunale Ebene zu entwickeln, halten die Teilnehmenden eine Nachhaltigkeitsprüfung für ein geeignetes Instrument, Nachhaltigkeit in kommunalen Prozessen zu verankern.
- Parallel zur Erstellung der Nachhaltigkeitsstrategie verläuft ein Prozess zur kommunalen Verwaltungsstrukturreform unter Federführung des Innenministeriums. Diese Prozesse können sich gegenseitig befruchten.

### Risiken

- Kommunale Aufgaben werden auf die Zivilgesellschaft geschoben.

- Kommunale Spitzen können ebenso Bremser von Nachhaltigkeitsprozessen vor Ort sein, beispielsweise wenn sie Nachhaltigkeit als zusätzliche Aufgabe betrachten.
- Kommunen und deren Spitzenverbände entwickeln nicht das Gefühl, dass es sich um einen partnerschaftlichen Dialog und eine gemeinsame Entwicklung nachhaltiger Strategien geht. Folge könnte sein, dass sie sich gegenüber dem Gesamtprozess abgrenzen.

Unter den Maßnahmen im Schwerpunkt nachhaltige Finanzen beschreibt das Eckpunktepapier noch folgende Chance:

#### **Eckpunktepapier der Landesregierung**

Stärkung lokaler Initiativen und Nutzung partizipativer Instrumente;

Insbesondere auf lokaler und regionaler Ebene steht ein beträchtliches, vielfach ehrenamtliches Potenzial für eine Nachhaltige Entwicklung zur Verfügung. Durch stärkere Einbeziehung in kommunale Planungsprozesse, die kommunale Finanzplanung („Bürgerhaushalte“) oder die gezielte Unterstützung von Projekten, die aus lokalen Nachhaltigkeitsprozessen entstanden sind, kann dieses Potenzial für das Land besser erschlossen werden.

#### 2.6.1.3. Einordnung in nationale und europäische Strategien und Zielsetzungen

Im Rahmen des Workshops wurde das Thema vertikale Kooperation/Integration zwischen den Ebenen Kommune-Region-Land betrachtet. Weitergehende Betrachtungen der vertikalen Integration in nationale und europäische Strategien und Zielsetzungen erfolgte im Rahmen des Dialogverfahrens nicht.

#### 2.6.1.4. Handlungsbedarf

Im Workshop wurden für folgende Aspekte Handlungsbedarfe formuliert:

- Die Teilnehmenden halten eine breite Diskussion der Nachhaltigkeitsstrategie in Kommunen und auf Landesebene für notwendig.
- Wie sehen der weitere Prozess und die weitere Beteiligung aus? Welche Strukturen und Verfahren gewährleisten die weiterführende kontinuierliche Zusammenarbeit? Hier ist es erforderlich im Rahmen der Nachhaltigkeitsstrategie Position zu beziehen.
- Die Frage nach einer kontinuierlichen Beteiligung der Zivilgesellschaft bei der weiteren Erstellung, aber auch bei der Umsetzung, Steuerung und Kontrolle der Landesnachhaltigkeitsstrategie ist noch nicht geklärt. Die Möglichkeiten reichen von sporadischer Einladung von Vertretern zu Veranstaltungen, bis hin zu Mitentscheidern in einer Steuerungsgruppe. Auch hierzu sollte die Nachhaltigkeitsstrategie Aussagen treffen.
- Von Seiten der Kommunen und der Zivilgesellschaft wird immer der Aufbau bzw. die Stabilisierung der Nachhaltigkeitsnetzwerke und Nachhaltigkeitskoordinator/innen als notwendig erachtet. Die Umsetzung kann konkret in Form einer Anlaufstelle stattfinden, die mit Koordinierungs-, Beratungs- und Weiterbildungsfunktion für die kommunale und die Landesebene beauftragt ist.

- Künftig sollen auch Akteure, die bisher noch nicht mitgewirkt haben, wie Jugendliche, Sportverbände oder Vertretungen von Migranten/innen, in die weiteren Diskussionen eingebunden werden.
- Unklar ist, wie mit Blockaden umgegangen werden kann. Teilnehmende berichten, wie immer wieder auf nächstoberen oder nächstunteren Hierarchieebenen blockiert wird. Welche Möglichkeiten gibt es, diese Herausforderung lösungsorientiert anzugehen?

#### 2.6.1.5. Leitbild – Aspekte

Folgende Aspekte für ein Leitbild zur vertikalen Kooperation und der Vernetzung auf der lokalen Ebene wurden erarbeitet:

Zum Ziel **Systematische Beteiligung implementieren** wurde Folgendes genannt:

- Eine systematische Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger soll eingeführt werden.
- Die Beteiligung soll zu den konkreten Themen erfolgen, die die Menschen betreffen und interessieren und über die auch entschieden werden kann.

Aussagen zur **Kooperation auf lokaler Ebene** waren:

- Kooperation und Partizipation bewirken auf Dauer positive Ergebnisse für die Kommune. Wichtig ist es also für Politik und Verwaltung sich diese Vorteile zu vergegenwärtigen.
- Leitgedanke ist, dass sich der für Kooperationen betriebene Mehraufwand lohnt – allerdings nicht immer auf den ersten Blick. Es bedarf des Mutes zum Experiment, um die entsprechende Erfahrung zu machen.
- Kooperation kann nicht nebenbei erfolgen. Kooperation erfordert immer wieder die Ansprache von zentralen Akteuren in Verwaltung, Politik und Zivilgesellschaft - sich mit Multiplikatoren abzustimmen und diese zu überzeugen, damit sie wiederum andere überzeugen.
- Kooperation und Partizipation darf auch Spaß machen.

Unter dem Punkt **Nachhaltigkeit als Lösung** wurden folgenden Ziele diskutiert:

- Aus Sicht der Teilnehmenden muss deutlich werden, dass Nachhaltigkeit nicht als zusätzliche Aufgabe verstanden wird, sondern als Lösungsansatz für die vorhandenen Probleme genutzt werden kann. Nachhaltigkeit ist als Lösung und nicht als Problem zu verstehen.

#### 2.6.2. Ziele

Die im Workshop genannten Ziele werden hier zusammengefasst, systematisiert und in Bezug zu den Handlungsfeldern des Eckpunktepapiers gesetzt. Es werden Ziele und Zielkonflikte dargestellt - für eine Darstellung von zeitlichen Horizonten oder Indikatoren sind in den Ergebnissen des Workshops keine Grundlagen enthalten. Folgende Ziele wurden im Workshop benannt:

Unter dem Ziel „**Nachhaltigkeit in den Köpfen verankern**“ wurden folgende Unterziele genannt:

- Der Begriff Nachhaltigkeit sollte noch stärker in den Köpfen verankert werden. Dabei geht es um die Sensibilisierung der breiten Bevölkerung aber insbesondere auch um Entscheidungsträger in Wirtschaft, Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft.
- Nachhaltigkeit ist als Entwicklungsziel von Kommunen zu definieren und stärker zu kommunizieren. Dabei ist es wichtig, den Nachhaltigkeitsgedanken so darzustellen, dass Kommunen und Bürgermeister/innen dies als Mehrwert sehen.
- Dazu ist auch eine Bildungsstrategie notwendig.

Als **Ziele für Lokale Vernetzungen und Kooperationen** wurden genannt:

- Das Thema Nachhaltigkeit muss konstant vor Ort verfolgt werden.
- Nachhaltigkeit soll in der Kommunalverfassung verankert werden.
- Ziel ist, auf lange Sicht ein lokales Nachhaltigkeitsmanagement zu installieren.
- Kommunalen Spitzen werden für Nachhaltigkeitsmanagement gewonnen.
- Kooperationen basieren auf Vertrauen, schaffen Vertrauen und tragen zur **Identitätsstiftung** zwischen den Kooperationspartnern bei.

Als **Anforderungen an die Nachhaltigkeitsstrategie** wurde folgendes genannt:

- Verbindlichkeit: In der Diskussion wird deutlich, dass die Nachhaltigkeitsstrategie für die Landesregierung bindend sein soll.
- Das Land Brandenburg muss als Vorbild vorangehen und die Verbindlichkeit der Nachhaltigkeitsstrategie durch die gelebte Praxis unter Beweis stellen.
- Auch für andere Akteure soll die Nachhaltigkeitsstrategie als Richtschnur dienen können.
- Kriterien und Evaluation sind wichtig, um die Strategie, die eigenen Prozesse und Ziele zu überprüfen.
- Rückkopplungsstrukturen sollen für Transparenz über Fortschritte und Zielerreichungen sorgen.
- Die Information und Beratung der Akteure durch entsprechende Strukturen ist zu gewährleisten.
- Unterschiedliche Perspektiven: Im Rahmen der weiteren Erstellung bzw. der Umsetzung sollte diskutiert werden, wie die unterschiedlichen Perspektiven von Land, Region, Kommunen und Zivilgesellschaft miteinander verbunden werden können.

Als **Anforderungen an eine konkrete Kooperation** wurden eingebracht:

- In Kooperationsgemeinschaften ist es wichtig gemeinsame Interessen zu identifizieren, denn Eigeninteressen stehen immer auch mit im Vordergrund.
- Die Entscheidungsfähigkeit ist durch geeignete Strukturen, Regeln und Verfahren sicher zu stellen.

- Umdenken erforderlich: Projekte sollten nicht damit anfangen „ich brauche mehr Geld“ sondern „wie kann ich das was da ist nutzen und umstrukturieren“.

Mit der **Nachhaltigkeitsprüfung** sollen folgende Ziele verbunden werden:

- Eine Nachhaltigkeitsprüfung soll den Blick öffnen, Grenzen zeigen und künftige Konsequenzen von heutigen Entscheidungen andeuten. Das hat den Mehrwert, dass die Leute anfangen, in bestimmten Punkten darüber neu oder anders nachzudenken.
- Der Mehrwert einer solchen **Nachhaltigkeitsprüfung** muss geklärt, der Bedarf konkreter Maßnahmen erfasst und die Messung der Wirksamkeit geprüft werden.
- Es sind unterschiedliche Nachhaltigkeitschecks für unterschiedliche Anlässe und mit unterschiedlicher Prüfungstiefe notwendig. Wichtig ist, handhabbare Instrumenten zu schaffen.

**Mut zu neuen Wegen** drückt sich in folgenden Zielen aus:

- Das Angehen von Herausforderungen erfordert manchmal auch ungewöhnliche Lösungswege. Hier kann die Bereitschaft für Experimente auf lokaler Ebene hilfreich sein.
- Öffnungsklauseln bei Modellprojekten sollten die Regel sein, damit auch jenseits bestehender Vorschriften neue Wege ausprobiert werden können.

Als **weitere Ziele** wurden genannt:

- Generationengerechtigkeit: Jede Generation hat Ansprüche und möchte die eigenen Ziele verwirklichen wie jede andere Generation auch. Dies soll weitestgehend ermöglicht werden.

### Zielkonflikte

Grundsätzlich widersprechen sich die benannten Ziele nicht.

Dies kann aber auch an dem sehr abstrakten Zielformulierungen liegen. Bei Konkretisierungen, wie z. B. Entscheidungsfähigkeit hergestellt oder was genau an Aufgaben in der Kommunalverfassung festgeschrieben wird, können durchaus noch Konflikte auftauchen. Diese zu beschreiben kann allerdings nur gelingen, wenn die Ziele weiter konkretisiert werden.

Inwieweit beispielsweise auch Ziele wie die Gewinnung von kommunalen Spitzen in Zahlen ausgedrückt werden kann, bleibt offen. Dies macht eine spätere Überprüfung von Zielerreichung schwer.

### 2.6.3. Maßnahmen

Unter Maßnahmen wird im Eckpunktepapier im Schwerpunkt Lebensqualität folgendes aufgeführt:

#### **Eckpunktepapier der Landesregierung**

Kommunikation vor Ort wird auch durch das Programm „Kleinere Städte und Gemeinden“ zur Stärkung neuer Gemeindeförderung gefördert.

Folgende Maßnahmen wurden im Workshop vorgeschlagen:

Als **Unterstützungsprozesse** wurden folgende Maßnahmen vorgeschlagen:

- Eine **Servicestelle** sollte geschaffen werden, die beratend die qualitätsvolle Umsetzung der Nachhaltigkeitsstrategie sicherstellt und dabei auch thematisch qualifiziert beraten kann, Internetportale betreibt und (kostenlose) Orte zum Treffen bereitstellt. Die dazu nötige personelle und finanzielle Infrastruktur soll vorhanden sein und finanziert werden.
- Um ein **Nachhaltigkeitsmanagement** in den Kommunen zu ermöglichen und entsprechende Prüfungen durchzuführen, sollte das Land und eine entsprechende Servicestelle leichte und verständlich Instrumente an die Hand geben. Zudem ist es hilfreich durchgängige Kriterien für Nachhaltigkeit festzulegen und den Kommunen anzubieten.
- Weiter sind **Fortbildungsangebote für die Verwaltung und Führungskräfte** von Nöten. Ebenso sollen auch Ehrenamtliche für entsprechende Aufgaben qualifiziert werden.

Auf **kommunaler Ebene** sollen folgende Maßnahmen umgesetzt werden:

- Die Kommunen stellen Ansprechpartner für Beteiligung und Nachhaltigkeit. Diese koordinieren die Tätigkeiten und unterstützen die Ehrenamtlichen.
- Ein Management von Freiwilligendatenbanken und die Arbeit von Freiwilligenagenturen soll eingeführt werden.
- Die Kompetenzen der Bürger in lokalen Agendaprozessen und Initiativen für eine Nachhaltige Entwicklung stärker nutzen.
- Das Format „Zeitweilige Arbeitsgruppe“ (ZAG) mit Bürgern und Fraktionsvorsitzenden wird umgesetzt. Die Arbeitsgruppe begleitet Entscheidungsprozesse.
- Bei der Umsetzung muss der Begriff „Nachhaltigkeit“ nicht verwendet werden. Viele Menschen können damit nichts anfangen bzw. der Begriff erscheint zu unkonkret. Stattdessen kann auch ein Begriff verwandt werden, der aus der Lebenswelt des Menschen kommt, beispielsweise „Kommune gestalten“.

Für **Modellprojekte** müssen insbesondere:

- Öffnungsklauseln eingeführt und angewandt werden, sowie
- die Übertragung und Verbreitung guter Beispiele erfolgen.

Im Rahmen von **Aufgaben- und Verantwortungsverlagerung** sollte Folgendes berücksichtigt werden:

- Die Verlagerung von Aufgaben und/oder Verantwortlichkeiten von einer auf die andere Organisation ist in der Regel mit Konflikten in der Ausgestaltung verbunden. Ob, wie oder unter welchen Bedingungen Aufgaben/Verantwortlichkeiten übertragen werden, sind dabei häufig die Streitpunkte. Diese Konflikte sprechen nicht für oder gegen die Aufgaben-/Verantwortungsverlagerung sondern ist lediglich dabei zu berücksichtigen.
- Bei vertikalen Kooperationen besteht manchmal der Verdacht, dass der Staat seine Probleme nach unten verschiebt - im Zweifel bis zur einzelnen Person. Erst wenn man oben nicht mehr weiter weiß, werden die unteren Ebenen beteiligt. Manchmal fordern die Kommunen auch die

Übertragung von Aufgaben. Auch hier sollen beide Seiten genauer schauen, was jeweils die Fähigkeiten und die verschiedenen Rollen für Vor- und Nachteile für die Erreichung der Ziele haben.

Außerdem wurde ein **Netzwerk für Bürgermeister/innen** vorgeschlagen:

- Um Entscheidungsträger wie Bürgermeister/innen in den Lernprozess einzubinden, soll ein Austauschformat angeboten werden, das sie mit anderen Bürgermeister/innen auf Augenhöhe zusammenbringt. Ein „Bürgermeisterdialog“ wird vorgeschlagen, denn „von Bürgermeister zu Bürgermeister“ lernt es sich besser.

#### 2.6.4. Modellprojekte

Modellprojekte wurden in erster Linie im Rahmen der Vorträge benannt, in den Diskussionen der Teilnehmenden spielten sie dagegen kaum eine Rolle. Folgende Projekte wurden benannt – eine Bewertung seitens des Berichterstellers erfolgt dabei nicht:

- Bürgerhaushalt Potsdam.
- Null-Emissions-Landkreis Barnim: hier soll eine nachhaltige Klima- und Energiepolitik auf lokaler Ebene umgesetzt werden.
- Schülerfirma Schulwald Templin: Im Rahmen einer lokalen Bildungslandschaft bewirtschaften Schüler einen Wald.
- Mobiler Bürgerservice in Wittstock und Discobus im Spreewald: Hier zeigen sich die beiden Perspektiven der Teilhabe: Berücksichtigung lokaler Bedingungen staatlicher Politik und Selbstorganisation vor Ort.
- Prozess zur Erstellung des Agendabeschlusses in Strausberg (2009 - 2012): In einem ersten Schritt wurden Überlegungen angestellt, wie der Prozess ablaufen kann, und erst im zweiten Schritt wurden die inhaltlichen Fragen bearbeitet.
- Pilotprojekte in Nuthetal.

Daneben erfolgten drei Hinweise auf gute Beispiele aus anderen Bundesländern:

- Landesweite Vernetzung: Landesarbeitsgemeinschaft Agenda 21 NRW e.V. mit über 130 Mitglieder aus dem kommunalen Spektrum. Die LAG 21 NRW führt auf Basis ihrer wissenschaftlichen Tätigkeit gezielt Beratungen und Weiterbildungen für Kommunen u. a. zu den Themen Klimaschutz, Flächenmanagement, zu Klimapartnerschaften und Partizipation durch. Sie organisiert Kampagnen und wirkt auf Landesebene bei der Weiterentwicklung des Nachhaltigkeitsprozesses mit.
- „Magna Charta Ruhr.2010“ - ein Bündnis aller 53 Ruhrgebietskommunen zur kommunalen Beschaffung.
- Nachhaltigkeitszentrum in Thüringen, das sowohl Kommunen als auch Ehrenamtliche bei Fragen zum Thema Nachhaltigkeit berät sowie Regionaltreffen zu spezifischen Themen organisiert. Finanzierung u. a. über EU-Strukturprogramm.

## 2.6.5. Beteiligung

Im Eckpunktepapier der Landesregierung wird zur Beteiligung auf lokaler Ebene Stellung bezogen:

### **Eckpunktepapier der Landesregierung**

Diskursive und regionalisierte Kommunikationsprozesse zwischen Verwaltungen, Akteuren, Bürgerinnen und Bürgern stärken die Verantwortung vor Ort und tragen entscheidend zu akzeptierten und regional angepassten Lösungen und die Nachhaltigkeitskriterien berücksichtigenden Prioritätensetzungen bei. Die vorhandenen partizipativen Instrumente der Raumordnungs- und Planungsverfahren haben sich hier als leistungsfähig erwiesen.

In der vorangegangenen Ergebnisdarstellung des Workshops tauchen vielfach auch Beteiligungsaspekte auf. Diese werden hier nicht noch mal wiederholt sondern um weitergehende Aspekte ergänzt.

### Ziele der Beteiligung

Im Kapitel 2.6.1.5 Leitbild – Aspekte wurde schon der Hinweis gegeben, dass die Beteiligung im Rahmen von vertikaler Kooperation und der Vernetzung auf der lokalen Ebene systematisch erfolgen soll. Darüber hinaus wurden noch folgende Ziele genannt:

- Transparenz über die Voraussetzungen und Bedingungen von Beteiligung herstellen, indem die Akteure sich gegenseitig informieren um auf dieser Basis bessere Entscheidungen zu treffen.
- Transparenz über Beteiligungsverfahren herstellen, um die Einflussmöglichkeiten von Bürger/innen sichtbar zu machen.
- Der weitere Dialog zur Erstellung und Umsetzung der Nachhaltigkeitsstrategie muss institutionalisiert werden.

Die **Rolle der Zivilgesellschaft in der künftigen Landesnachhaltigkeitsstrategie** wurde besonders betont:

- Im Moment sind als Gremien die Interministerielle Arbeitsgruppe Nachhaltige Entwicklung (IMAG NE) und der wissenschaftlichen Beirat vorgesehen, aber kein Gremium, in dem die Zivilgesellschaft beteiligt wird. Die Frage nach einer kontinuierlichen Beteiligung der Zivilgesellschaft bei der weiteren Erstellung, aber auch bei der Umsetzung, Steuerung und Kontrolle ist noch zu klären.

Zur **Art und Weise des Umgangs miteinander** wurde betont:

- Der Umgang sowohl auf kommunaler, als auch auf regionaler oder Landesebene sollte fair sein.
- Der Dialog sollte mit gegenseitiger Akzeptanz auf Augenhöhe geführt werden.
- Für die zwischenmenschliche Begegnung zwischen den Akteuren ist das Postulat Augenhöhe richtig und wichtig, dennoch sollten die Unterschiede zwischen den Kooperationspartnern gerade bei vertikalen Kooperationen nicht aus den Augen gelassen werden. Es gibt einfach un-

terschiedliche Rollen, Aufgaben, Kompetenzen, Instrumente und Durchsetzungsmöglichkeiten.

Zu den **Zielgruppen** kamen noch folgende Hinweise:

- Neue Akteure wie Jugendliche Sportverbände oder Vertretungen von Migranten/-innen sollen künftig gezielt angesprochen werden.
- Wichtig ist auch, die Beteiligung so zu gestalten, dass Personen, die sich bisher nicht in Gruppen, Vereinen etc. organisiert haben (im Workshop wurden sie als „Freischwimmende“ bezeichnet), sich in die Beteiligungsprozessen sinnvoll einbringen können.
- Für Entscheider aus Politik und Wirtschaft sollte es eine motivierende Kurzfassung der Strategie geben.

#### 2.6.6. Zwischenbilanz

Dieses Unterkapitel stellt eine zusammenfassende Einschätzung unsererseits dar.

##### Stand der Zielerreichung

Die drei Ziele des Dialogprozesses sind:

- Das **Thema Nachhaltigkeit** in der Gesellschaft zu **vermitteln** (bekannt machen, Bewusstsein schaffen),
- die zentralen und wichtigen **Akteure** bei der Erstellung der Nachhaltigkeitsstrategie **einzubinden**,
- im Dialogprozess inhaltliche **Ergebnisse** zu erarbeiten, die als **Grundlage für den Entwurf** der Landesnachhaltigkeitsstrategie dienen sollen.

Die Diskussionen in dem Workshop beziehen sich sehr stark auf Ziele und Maßnahmen und weniger auf Leitbild-Aspekte. Dies ist erstaunlich, da es kein gesondertes Kapitel sondern nur indirekte Aussagen in dem Eckpunktepapier zu dem Themenfeld gibt. Wir haben hier im Vorfeld mehr Aussagen in Richtung Rahmensetzung und Leitbild erwartet.

Der erste geplante Termin für den Workshop musste verschoben werden, da sich zu wenige Teilnehmende von Kommunen angemeldet hatten. Zum zweiten Termin meldeten sich dann deutlich mehr Kommunen an. Die Nachfrage seitens der zivilgesellschaftlichen Akteure war demgegenüber verhältnismäßig groß. Entsprechend waren die für dieses Thema wichtigen Akteursgruppen vertreten.

Auch durch die über die Vortragsfolien hinaus noch fehlende Veröffentlichung der Ergebnisse (Dokumentation) auf der Webseite des MUGV ist die Vermittlung jedoch noch nicht so weit umgesetzt wie dies wünschenswert wäre. Dieser Schritt sollte baldmöglichst nachgeholt werden.

Aktuell bewerten wir die bisher erreichten inhaltlichen Ergebnisse in Bezug auf die oben formulierten Zielsetzungen für den Workshop „Kommunen und lokale Akteure in der Nachhaltigkeitsstrategie“ wie folgt:

- Bei der SWOT fehlen noch eine Einschätzung der Landesregierung zu dem Thema und eine weitere Systematisierung.
- Eine Einordnung in nationale und europäische Strategien und Zielsetzungen ist noch vorzunehmen. Ob es zum Thema vertikale Kooperation und horizontale Vernetzung überhaupt übertragbare Strategien oder Vorschläge gibt, ist zu überprüfen.
- Bei den Handlungsbedarfen handelt es sich überwiegend um zentrale Fragestellungen, die im Laufe der weiteren Erstellung der Nachhaltigkeitsstrategie zu klären sind.
- Als Grundlage für ein Leitbild wurden zahlreiche Ideen entwickelt, die zu einem Gesamtbild ergänzt werden müssen. Hier fehlen beispielsweise noch Ideen zur vertikalen Kooperation.
- Da im Eckpunktepapier fast keine Ziele und Maßnahmen benannt werden, gibt es hier eine Reihe von Ideen, Vorschlägen und Forderungen von Seiten der Teilnehmenden. Die Aufgabe besteht darin, dies zu einem Gesamtbild zusammenzufügen und für die Nachhaltigkeitsstrategie aufzubereiten.
- Bisher spielen die beiden Aspekte der vertikalen Kooperation und horizontalen Vernetzung keine explizite Rolle in den Eckpunkten. Da sich diese Aspekte aber als wichtig für die Nachhaltigkeitsstrategie erwiesen haben, sollte diesen beiden Themen im Zusammenhang mit der Beschreibung des weiteren Prozesses Rechnung getragen werden.
- Den beiden kommunalen Spitzenverbänden kommt im weiteren Prozess eine besondere Rolle zu. Auch wenn die Verbände beim Thema Nachhaltigkeit bisher eher zurückhaltend agiert haben, stellen sie wichtig Multiplikatoren da. Die bereits vereinbarten ersten gemeinsamen Schritte zwischen Städte- und Gemeindebund und MUGV – beispielsweise zur Teilnahme des MUGV und/oder des Beirats an den Regionalkonferenzen des Städte- und Gemeindebundes – stellen somit eine erfreuliche Veränderung dar.

## 2.7. Jugendforum „Brandenburg 2030. Deine Zukunft! Deine Vision?“

Das Jugendforum „Brandenburg 2030. Deine Zukunft! Deine Vision?“ fand am 08. und 09. März 2013 im Rahmen des Dialogs zur Landesnachhaltigkeitsstrategie statt. Ergänzend zu den fünf Workshops zu den Handlungsschwerpunkten und dem Workshop zur Rolle der Kommunen und lokalen Akteuren, sollten hier explizit Jugendliche zu Wort kommen. Zielgruppe waren Jugendliche<sup>11</sup> zwischen 16 und 25 Jahren. Wobei sowohl in Verbänden organisierte als auch (noch-) nicht-organisierte Jugendliche für eine Teilnahme gewonnen werden sollten.



Zentrales Ziel des Jugendforums war es, Anregungen der Jugendlichen zur Nachhaltigkeitsstrategie zu erhalten. Außerdem sollte ein Netzwerk mit und zwischen den Jugendlichen aufgebaut werden und eine langfristige Perspektive der Zusammenarbeit zwischen Jugendlichen und der Landesregierung entwickelt werden.

Inhaltlich wurden in vier parallelen Kreativworkshops die Themen Energie und Klima, Lebensqualität, Bildung und Kommunikation, Wirtschaft und Arbeit bearbeitet. In einer fünften Arbeitsgruppe wurden die Möglichkeiten einer weiteren Beteiligung von Jugendlichen und entsprechenden Strukturen diskutiert.

Die Konzeption des Jugendforums erfolgte in enger Abstimmung mit dem Ministerium für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz (MUGV), dem Ministerium für Bildung, Jugend und Sport (MBSJ) und Vertreter/innen von Jugendverbänden.

### 2.7.1. Ausgangssituation

Drei andere Bundesländer (Baden-Württemberg, Hessen und Thüringen) verfügen im Nachhaltigkeitsbereich über Erfahrungen mit einer institutionalisierten Form der Jugendbeteiligung über einen Jugendbeirat bzw. ein Jugendforum. Diese sind entweder beim federführenden Ministerium oder beim Beirat für nachhaltige Entwicklung angesiedelt. Die Mitglieder werden jeweils für zwei Jahre berufen. In Baden-Württemberg ist jeweils ein Mitglied des Jugendrates auch automatisch Mitglied im Beirat für Nachhaltige Entwicklung.

Im Eckpunktepapier der Landesregierung wird nur am Rande auf das Thema Beteiligung von Jugendlichen am Prozess eingegangen. Als Zielgruppen treten sie in Form von „zukünftigen Generationen“

<sup>11</sup> Im Folgenden reden wir immer von Jugendlichen, wenn wir von der Altersgruppe zwischen 16 und 25 Jahren sprechen. Genauer wäre die Bezeichnung Jugendliche und junge Erwachsene. Die Begrenzung nach unten auf 16 Jahren erfolgte bei diesem Jugendforum aus aufsichtsrechtlichen Erwägungen. Im weiteren Prozess sollen aber auch Jugendliche unter 16 Jahre eingebunden werden.

und als „Schülerinnen und Schüler“ eher allgemein in Erscheinung.

**Eckpunktepapier der Landesregierung:**

„Nachhaltige Entwicklung ist Entwicklung, welche die Bedürfnisse der gegenwärtigen Generation deckt, ohne die Fähigkeit zukünftiger Generationen zu gefährden, ihre eigenen Bedürfnisse zu decken.“ (Zitat aus dem Brundtlandbericht S. 1)

Im Abschnitt Wirtschaft und Arbeit werden Jugendliche als Zielgruppe benannt. Ziel ist es, Jugendliche, in Brandenburg mittelfristig zu halten bzw. eine Rückwanderung / Zuwanderung zu stimulieren:

**Eckpunktepapier der Landesregierung:**

„Brandenburg befindet sich mitten in einem gravierenden Veränderungsprozess hinsichtlich der Altersstruktur seines Erwerbspersonenpotenzials. Die Altersproportionen innerhalb der Gruppe der erwerbsfähigen Personen werden sich deutlich zu Gunsten älterer Erwerbsfähiger verschieben. Dieser Prozess sollte zum einen durch die Erschließung und Entwicklung attraktiver Arbeitsplätze für junge Menschen abgemildert werden, denn berufliche Perspektiven in Brandenburg sind die Grundvoraussetzung dafür, dass junge Leute nicht abwandern bzw. zuwandern.“ (S. 4)

Im Abschnitt „Nachhaltige Entwicklung kommunizieren und eine nachhaltige Bildungslandschaft fördern“ werden folgende Ziele für BNE beschrieben, die die Schülerinnen und Schüler sowie Auszubildende betreffen:

**Eckpunktepapier der Landesregierung:**

„BNE darf nicht allein auf den Bereich von Schule und Jugendhilfe bezogen werden, sondern Bildung für Nachhaltige Entwicklung hat auch Bedeutung für die berufliche und wissenschaftliche Aus- und Weiterbildung, insbesondere auch für die öffentlichen Verwaltungen. Sie ist darüber hinaus Bestandteil aller Bereiche lebenslangen Lernens. Sie trägt dazu bei, dass Menschen fähig und willens sind, sich zu bilden - was zugleich eine Voraussetzung zur Bekämpfung des zunehmenden Fachkräftemangels ist.“ (S. 11)

**Eckpunktepapier der Landesregierung:**

„Die Potenziale von BNE für eine zukunftsorientierte Schulentwicklung einschließlich einer Verbesserung der Lernmotivation in sowohl naturwissenschaftlichen als auch sozial- und wirtschaftswissenschaftlichen Fächern sind verstärkt zu nutzen. Innovative Maßnahmen wie die Gründung von Schülerfirmen sollten dabei einbezogen werden. Nicht nur der Lerninhalt, sondern auch das Auftreten der vermittelnden Institution im Alltag entscheidet mit über den Lernerfolg. Deshalb ist die Teilhabe an innerinstitutionellen Entscheidungen durch den Lernenden, die beständige Überprüfung des umweltbezogenen Handelns (z.B. durch ein Umweltmanagement) und das Wirken in die Gesellschaft hinein (z.B. durch Schülerfirmen und Beteiligung an gemeinnützigen Aktivitäten) wichtig.“ (S. 12)

Im Weiteren findet keine explizite Erwähnung von Jugendlichen statt. Im Umkehrschluss folgern wir daraus aber nicht, dass Jugendliche nicht betroffen sind, oder sich nicht einbringen können, sollen oder gar dürfen. Auch die anderen in den Workshops bearbeiteten Themen betreffen Jugendliche in hohem Maße. Hingewiesen sei nur auf das Thema Lebensqualität.

Dass der Landesregierung die Mitwirkung von Jugendlichen wichtig ist, kann nicht zuletzt der Leistungsbeschreibung zu unserem Auftrag entnommen werden, der vom Ministerium für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz unter Mitwirkung der Interministeriellen Arbeitsgruppe Nachhaltige Entwicklung und des Nachhaltigkeitsbeirates entstanden ist. In der Leistungsbeschreibung werden

Jugendverbände explizit als besondere Zielgruppe benannt. Außerdem ist auch hier schon ein Jugendforum vorgesehen:

**Leistungsbeschreibung**

„Jugendforum

Jugendliche besitzen eine eigene Perspektive auf das Thema Nachhaltige Entwicklung und einen eigenen Zugang dazu. Diese Besonderheiten sollen durch eine gezielte Ansprache bzw. Aktivität adressiert werden.“

2.7.2. Ergebnisse der Kreativworkshops

2.7.2.1. Energie und Klima

Zum Themenfeld Energie und Klima wurden in der Arbeitsgruppe folgende Handlungsbedarfe, Leitbild-Aspekte, Ziele und Maßnahmen genannt:

Thema	Arbeitsgruppenergebnisse
Handlungsbedarf	<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ In Bezug auf den Klimawandel sehen Jugendlichen starke Auswirkungen auf viele Lebensbereiche im Jahr 2030, insbesondere in der Landwirtschaft.</li> <li>▪ Neben Fragen der veränderten Energieerzeugung, -transport und -speicherung besteht für die Teilnehmenden die dringende Notwendigkeit, Energie einzusparen. Beim Energiesparen stellt sich ihnen die Frage, wie Menschen zum Sparen von Energie und zur Veränderung des Konsumverhaltens bewegt werden können und warum Wissen so selten zu Handeln führt.</li> </ul>
Leitbild-Aspekte	<p><b>Energieerzeugung und -speicherung</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Sofortige Umorientierung von fossilen Energieträgern auf erneuerbare Energien.</li> <li>▪ Stärkere Forschungsförderung für Energiespeichertechnologien mit dem Ziel einen vollständigen Umstieg auf erneuerbare Energien zu ermöglichen.</li> </ul> <p><b>Energienutzung</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Energieeinsparungen bei den Energiekonsumenten.</li> <li>▪ Vision: Leben mit möglichst wenig Energienutzung – wenn, dann mit erneuerbarer Energie.</li> </ul>
Ziele	<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Wirkung von Vorbildkommunen stärken, die möglicherweise aufzeigen können, wie energieeffiziente Lebensstile möglich sind. Dies kann zu einer Verbreitung dieses Lebensstils und der Technologie führen.</li> <li>▪ Energiesparen zum Trendthema für alle Menschen zu machen und einen Wandel im Energienutzungsverhalten herbeiführen.</li> </ul>
Maßnahmen	<p>Aus Sicht der Jugendlichen ist vor der Ergreifung konkreter Maßnahmen die <b>Klärung folgender Fragen</b> elementar:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Wie können Menschen zum Energiesparen und zur Veränderung ihres Konsumverhaltens bewegt werden?</li> <li>▪ Transparenz über Technologien: Welche Technologien zur Erzeugung, zum Transport und zur Speicherung sind langfristig tatsächlich zukunftsfähig?</li> <li>▪ Dezentralität: Wie sinnvoll ist eine dezentrale Erzeugung von Energie? Wie viel ist möglich? Welche Auswirkungen hat das für den Ausbau der Stromnetze?</li> <li>▪ Welche Auswirkungen hat der Umstieg auf erneuerbare Energien für den Industriestandort Brandenburg und welche Veränderungen sind für die Arbeitnehmenden zu erwarten?</li> </ul> <p><b>Energieeinsparung</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Stärkere Einflussnahme der Politik auf die Ermöglichung, Einführung und Umsetzung von Energieeinsparmaßnahmen.</li> <li>▪ Mobilisierung der Einwohner Brandenburgs Energie zu sparen - auch unter Einsatz der Medien.</li> </ul>

Sonstiges	Für den weiteren Prozess erwarten sich die Jugendlichen Informationen und eine Beteiligung an Diskussionen zu Themen der Energieerzeugung, -nutzung und -forschung sowie einen kontinuierlichen Dialog über das Thema Energie und Klima.
Kreativergebnis	Während der Arbeitsgruppe wird von den Jugendlichen als zentrales Ergebnis ein Kurzfilm erstellt (2:22 min). Das Video findet sich hier: <a href="https://vimeo.com/62241309">https://vimeo.com/62241309</a>

### 2.7.2.2. Lebensqualität

Für die Lebensqualität im Jahr 2030 waren der Arbeitsgruppe folgende Handlungsbedarfe, Leitbild-Aspekte, Ziele und Maßnahmen wichtig:

Thema	Arbeitsgruppenergebnisse
Handlungsbedarf	<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Rückläufige Einwohnerzahlen bergen die Gefahr, dass im Jahr 2030 „vergreiste Dörfer“ vorherrschen.</li> </ul>
Leitbild-Aspekte	<p><b>Leben in der Stadt</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Viele Menschen werden in der Stadt wohnen.</li> <li>▪ Das zukünftige, städtische Leben wird durch nachhaltig ökologische und soziale Kriterien geprägt sein, beispielsweise als Null-Emissions-Städte mit guter Infrastruktur für Fußgänger und Radfahrer.</li> <li>▪ Die Bewohner/innen sind 2030 zu einer Gemeinschaft zusammengewachsen, was für die hohe Lebensqualität entscheidend ist.</li> </ul> <p><b>Leben auf dem Land</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Etliche Menschen werden auch wieder auf das Land zurückziehen. Gemeinschaft, Ruhe, Arbeiten von zu Hause aus sorgen für ein entschleunigtes Leben.</li> <li>▪ Dörfer sind zum einen attraktiver Lebensmittelpunkt, als auch nachhaltige Orte für Tourismus und Erholung.</li> </ul> <p><b>Berlin – Brandenburg</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Berlin und Brandenburg könnten 2030 noch immer zwei Bundesländer sein, aber auch ein „Mitteldeutscher Verbund“.</li> <li>▪ Berlin ist weiter eine international attraktive Touristenregion. Brandenburg ist als nahe gelegene Urlaubs- und Gesundheitsregion vor allem für Berlinerinnen und Berliner attraktiv.</li> </ul> <p><b>Zusammenleben in der Unterschiedlichkeit (Diversity)</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Mehr-Generationen-Häuser, die Zusammenhalt, Arbeitsteilung und gemeinsame Unternehmungen ermöglichen, unterstützen als Energie-Plus-Häuser die Selbstversorgung und selbstbestimmtes Wohnen für Jung und Alt</li> <li>▪ Zahlreiche Migrant/innen leben und arbeiten in Berlin und Brandenburg und bereichern die Kultur.</li> </ul>
Ziele	<p><b>Lebendige Dörfer</b></p> <p>Aus Sicht der Jugendlichen sollte die Dörfer so attraktiv sein, dass</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>▪ sich viele Jugendliche entschließen weiter im Ort oder der Region wohnen zu bleiben,</li> <li>▪ sich viele, die wegen Ausbildung, Studium oder Arbeitsmöglichkeiten weggezogen sind, entschließen wieder nach Brandenburg zurückziehen,</li> <li>▪ sich wegen der attraktiven Wohn- und Lebensmöglichkeiten viele Menschen neu in Brandenburger Dörfern ansiedeln.</li> </ul> <p><b>Das Dorf als attraktiver Lebensmittelpunkt</b></p> <p>Für eine hohe Lebensqualität ist für die Jugendlichen neben der Natur, die zu Erholung und Entspannung einlädt, die Befriedigung folgender Bedürfnisse wichtig:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>▪ ökologisch verträgliche Mobilität im Arbeitsalltag und in der Freizeit</li> <li>▪ gute Kommunikationsmöglichkeiten z. B. in Gemeindehäusern als Treffpunkten, aber auch über Internet und Handy</li> <li>▪ medizinische Versorgung beispielsweise durch mobile Ärzteteams</li> <li>▪ gesunde lokale Nahrung durch Eigenversorgung und regionale Landwirtschaft</li> </ul>

	<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ lokale Bildungssysteme: Entwicklung von Schulen in denen sich die Menschen gegenseitig unterrichten und qualifizieren</li> <li>▪ Aufbau aktiver, familienfreundliche Gemeinschaften</li> <li>▪ regionale, erneuerbare Energieversorgung durch kommunale Energieversorger.</li> </ul> <p><b>Das nachhaltige Dorf als Ort für Tourismus und Erholung</b></p> <p>Die Dörfer sollten selbst nachhaltig und sozial verträglich sein. Dazu soll es eine unabhängige Energieversorgung durch erneuerbare Energien ebenso geben wie nachhaltigen Tourismus, bei dem wenige Menschen Urlaub machen, aber dafür regelmäßig. Der Lebensstil der Kommune und der Einwohner/innen ist nachhaltig, auf Selbstversorgung aufgebaut, die Häuser aus natürlichen Baumaterialien und das Leben findet in einem Verbund bzw. einer Gemeinschaft statt. Der Tourismus sorgt auch für eine Teilfinanzierung der Dörfer.</p>
Maßnahmen	<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ In den Dörfern wird älteren Menschen bei Bedarf Unterstützung angeboten. Selbstbestimmtes Leben ersetzt dann Altenheime, häusliche Pflegedienste und Rehabilitations-Programme werden in Brandenburg etabliert.</li> <li>▪ Steigerung der Attraktivität der Dörfer durch kreative Kulturangebote, die auch für junge Menschen attraktiv sind.</li> <li>▪ Angebot für Aktiv- und Abenteuerurlaub („Brandenburg entdecken“, „Ponyhof“, „Spreewaldkahn fahren“) und Sport („Mountainbiken“).</li> <li>▪ Förderung von Familien z. B. Wohnungen für Familien-WGs, die durch Kommunen gestellt werden.</li> <li>▪ Förderung von kleinen und mittelständischen Unternehmen, des öffentlichen Nahverkehrs und des Wohlstandes in Brandenburg.</li> <li>▪ „Tropical Lausitz“: Entwicklung von Dörfern auf den Baggerseen.</li> </ul>
Kreativergebnis (Video)	In der Arbeitsgruppe wird von den Jugendlichen als ein Ergebnis ein szenisches Interview im Plenum präsentiert. Das Video mit der Präsentation findet sich hier: <a href="https://vimeo.com/65054669">https://vimeo.com/65054669</a>

### 2.7.2.3. Bildung und Kommunikation

Zum Thema Bildung und Kommunikation erarbeitete die Arbeitsgruppe folgende Handlungsbedarfe, Leitbild-Aspekte, Ziele und Maßnahmen:

Thema	Arbeitsgruppenergebnisse
Handlungsbedarf	<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Disparitäten zwischen den Bundesländern sind hinderlich bei der Studienaufnahme in anderen Bundesländern.</li> <li>▪ BNE spielt derzeit fast keine Rolle in der Schule.</li> <li>▪ Die Unterrichtsfächer sind fach- und nicht kompetenz- oder handlungsorientiert angelegt.</li> </ul>
Leitbild-Aspekte	<p><b>Unterricht der Zukunft</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Die Wahl der Fächer ist durch zukunfts- und berufsorientierte neue Fächer freier und persönlicher auf die Kompetenzen und Interessen der Schüler zugeschnitten.</li> <li>▪ Zukunftsorientierte Fächer wie Medienkunde, Psychologie, Konsum, Ernährung und auch Haushaltslehre sind eingeführt, die Fächer- und Prüfungsanzahl reduziert.</li> <li>▪ Fächerübergreifender Unterricht und selbstbestimmtes Lernen fördern einen größeren und nachhaltigeren Wissenszuwachs sowie die Arbeitsmoral der Schüler/innen.</li> <li>▪ Berufsorientierende und -vorbereitende Praktika und Exkursionen und ein reger Austausch mit externen Berufspraktikern finden statt. Dadurch werden einerseits unterschiedliche Lernzugänge forciert und andererseits wird einem Fachkräftemangel entgegengewirkt.</li> <li>▪ In der Sekundarstufe II findet bilingualer Unterricht statt, mehrsprachige Abschlüsse sind möglich.</li> </ul> <p><b>Schulorganisation in 2030</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Das eingliedrige Schulsystem hat sich 2030 gegenüber dem mehrgliedrigen Schulsystem durchgesetzt.</li> <li>▪ Nachhaltige Beschaffung ist zum Standard an jeder Schule geworden, Schulen sind Energiespar-</li> </ul>

	<p>häuser, verfügen über Schulgärten und Recyclingsammelstellen und beziehen Ökostrom. Cafeterien und Mensen bieten biologisch angebaute Lebensmittel aus fairem Handel an, die zum Teil von regionalen Anbietern bezogen werden.</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>▪ In kleinen Lerngruppen von zehn bis fünfzehn Schülern betreuen zwei Lehrkräfte durch individuelle Förderung die Schüler/innen.</li> <li>▪ Bis zur achten Klasse werden ausschließlich Sozialnoten vergeben und die Eltern verstärkt eingebunden.</li> <li>▪ Alle Schulen sind barrierefrei; die Inklusion als gleichberechtigte Teilhabe von Schüler/innen mit Behinderungen ist 2030 flächendeckend umgesetzt.</li> </ul> <p><b>Neue Medien</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>▪ In 2030 gibt es vielfältige Einsatzmöglichkeiten der „neuen Medien“ im Unterricht. Diese umfassen multimediale und telekommunikative Lernangebote und Lernplattformen. Sie werden als Ergänzung zum Unterricht sowohl von zuhause aus, als auch in der Freizeit als E-Learning-Angebote genutzt.</li> </ul> <p><b>Ausbildung des Lehrpersonals</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Alle Lehrkräfte erwerben in der Ausbildung eine solide Praxiskenntnis und haben hohe Sozialkompetenzen oder eine sonderpädagogische Ausbildung.</li> <li>▪ Zudem findet ein reger Lehrer/innenaustausch mit anderen Ländern statt.</li> <li>▪ Im Jahr 2030 gibt es einen höheren Anteil männlicher Lehrkräfte.</li> </ul> <p><b>Politische Rahmenbedingungen</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>▪ BNE ist sowohl in den Rahmenplänen des Landes Brandenburg als auch - durch die Vereinheitlichung der Rahmenlehrpläne - bundesweit verankert.</li> <li>▪ Der Zugang zur Bildung ist unabhängig von der finanziellen Ausgangslage der Kinder und Jugendlichen, Bafög ist für alle zinsfrei erhältlich. Zudem sind Bibliotheken überall einfach zugänglich.</li> </ul> <p><b>Hochschulbildung</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Jedes Studium in Brandenburg ist im Jahr 2030 dual und die Regelstudienzeit abgeschafft. Die Hochschulen sind auch Stätten der Weiterbildung. Noten sind durch eine Einschätzung durch das Lehrpersonal abgelöst worden. Der Hochschulalltag ist mit allen Aspekten der Nachhaltigkeit verbunden.</li> </ul> <p><b>Primärbildung</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Frühförderung findet im Jahr 2030 schon in den Kindertagesstätten statt. Kindertagesplätze sind ausreichend und kostenlos vorhanden.</li> </ul>
Ziele	<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ BNE soll in die Rahmenlehrpläne integriert und dann interdisziplinär oder durch ein eigens dafür vorgesehenes Umweltfach praxisorientiert in den Schulen berücksichtigt werden.</li> <li>▪ Die Schule soll als Vorbild für eine nachhaltige Konsumweise, nachhaltiges Bauen, nachhaltige Energie- und Rohstoffnutzung, ökologische Anbauweisen (Schulgärten) und biologische Lebensmittel fungieren.</li> <li>▪ Abbau der Disparitäten zwischen den Bundesländern durch Einführung eines Zentralabiturs unter Federführung des Bundes.</li> <li>▪ Gleichberechtigte Teilhabe von Schüler/innen mit Behinderungen</li> </ul>
Maßnahmen	<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Bildungsmaterialien werden vorwiegend elektronisch und nicht in Papierform genutzt, Stunden- und Vertretungspläne sind online im Internet einsehbar.</li> </ul>
Kreativergebnisse (Audiobeiträge)	<p>Gruppe 1 Zusammenfassung der Jugendlichen "Was bedeutet für uns nachhaltiges Lernen?". <a href="https://soundcloud.com/jugendforumbrandenburg/bildung-und-kommunikation">https://soundcloud.com/jugendforumbrandenburg/bildung-und-kommunikation</a></p> <p>Gruppe 2 In diesem fiktiven Radiobeitrag diskutieren "Expert/innen" des Landes Brandenburg zukünftige Lehrformen in Schulen. <a href="https://soundcloud.com/jugendforumbrandenburg/bildung-und-kommunikation-1">https://soundcloud.com/jugendforumbrandenburg/bildung-und-kommunikation-1</a></p> <p>Gruppe 3 In diesem Beitrag wird vom Radiosender „Future FM“ fiktiv aus dem Jahre 2030 berichtet. <a href="https://soundcloud.com/jugendforumbrandenburg/bildung-und-kommunikation-2">https://soundcloud.com/jugendforumbrandenburg/bildung-und-kommunikation-2</a></p>

## 2.7.2.4. Wirtschaft und Arbeit

Zum Themenfeld Wirtschaft und Arbeit standen in der Arbeitsgruppe folgende Handlungsbedarfe, Leitbild-Aspekte, Ziele und Maßnahmen im Fokus:

Thema	Arbeitsgruppenergebnisse
Handlungsbedarf	<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Die beruflichen Perspektiven für die Jugendlichen stellen eine entscheidende Stellschraube für den Verbleib oder die Abwanderung aus Brandenburg dar. Vielen Jugendlichen fehlen inhaltlich und finanziell attraktive Arbeitsplätze.</li> <li>▪ Schlechte Verkehrsanbindungen zwingen junge Menschen häufig umzuziehen. Der Wegzug aus Brandenburg ist dann nur noch ein kleiner, weiterer Schritt.</li> <li>▪ Fehlende Freizeiteinrichtungen; eingeschränkte Mobilität, selbst mangelnde Internetverbindungen erschweren die Freizeitgestaltung von Jugendlichen in ländlichen Regionen.</li> </ul> <p><b>Hochschulen</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Die Größen der Gruppen, die Betreuung durch die Lehrenden seien gut, so die Teilnehmenden. Die Lebenshaltungskosten eher günstig.</li> <li>▪ Bedarf wird bei der als gering angesehenen Palette von Studiengängen und dem in anderen Bundesländern beigemessenen geringen Wertes eines Brandenburgischen (Hoch)Schulabschlusses gesehen.</li> </ul>
Leitbild-Aspekte	<p><b>Lebensqualität</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Die wirtschaftliche Bedeutung der Dörfer (Erholung, Landwirtschaft, Tourismus, Handwerk) hat bis 2030 zugenommen; die Dörfer haben sich als Modell für modernes ländliches und ökologisches Leben und als Vorbild für andere Regionen etabliert.</li> <li>▪ Kleine Dörfer sind zu Selbstversorgergemeinden zusammengeschlossen. Die Menschen wohnen in generationenübergreifenden Wohnformen Alternative Wirtschaftsformen wie Tauschnetze, Selbstversorgerhöfe und Nachbarschaftsnetzwerke bestimmen den Alltag.</li> <li>▪ Arbeit hat einen geringeren Stellenwert für die Lebensqualität; es gibt ein garantiertes Grundeinkommen. Verbleibende Zeit wird für Aktivitäten z. B. künstlerischer, ökologischer Art, die interessengesteuert und ehrenamtlich sind, genutzt.</li> </ul> <p><b>Wirtschaft</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>▪ 2030 gibt es Formen dezentraler Mitsprache in der Wirtschaft. Wirtschaftlich ist Brandenburg im Aufschwung begriffen, da es „Drehpunktland“ ist und sowohl Wissen (z. B. Modelle von ökologischer Versorgung) als auch Energie (Wind, Biomasse, Solar etc.) verkauft.</li> <li>▪ Brandenburg ist Forschungsstandort. Eine große Bildungsreform, die von der Kita über die Schulen bis zu den Hochschulen reicht, ist geprägt von neuen Bildungsmodellen, freien Arbeitsgruppen und Mitbestimmung.</li> <li>▪ Brandenburg ist 2030 Modellregion für alternative Wirtschafts- und Finanzmodelle (Tauschbörsen; Genossenschaften; Selbstversorgerhöfe; kommunale Lebens- und Arbeitsmodelle).</li> <li>▪ Es gibt viele interessante Arbeitsplätze mit Zukunftsperspektive. Das Mobilitätsnetzwerk verfügt über schnelle und flexible Anbindungen an alle Regionen, so dass die Überwindung langer Strecken durch öffentliche Verkehrsmittel erfolgt.</li> </ul> <p><b>„zyklische Bevölkerungsbewegungen“</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Kindheit und Jugend sind attraktiv und werden in Brandenburg genossen; am Übergang zum Erwachsenenleben und im jungen Erwachsenenleben findet eine Abwanderung statt; eine Zu-/Rückwanderung erfolgt nach Familiengründung und eigenen Kindern.</li> </ul>
Ziele	<p><b>Wirtschaft und Arbeit</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Schaffung von attraktiven Arbeitsplätzen</li> </ul> <p><b>Bildung</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Das Studium in Brandenburg muss attraktiver werden.</li> <li>▪ Brandenburger Bildungseinrichtungen (Schulen, Hochschulen, Ausbildungseinrichtungen) brauchen ein besseres bundesweites Image. Die Bildungsabschlüsse müssen bundesweit anerkannt und angesehen sein.</li> </ul>

	<p><b>Mobilität</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Aufbau einer flexiblen und bezahlbaren ÖPNV Infrastruktur. Verkehrsverbindungen müssen zu jeder Tages- und Nachtzeit möglich sein.</li> <li>▪ Preislich günstiges ÖPNV-Netz.</li> </ul>
Maßnahmen	<p><b>Bildung</b></p> <p>Zur Steigerung der Attraktivität des Studiums in Brandenburg werden folgende Maßnahmen vorgeschlagen: moderne Ausstattung, kleine Kurse, hohe Lehrqualität, interdisziplinärer Aufbau von Expertise an Hochschulen z. B. zum Thema Umwelt. Die Angebotspalette soll um moderne technologische Studienrichtungen erweitert und neue Lernformen (interdisziplinäres Lernen, Mitbestimmung) eingeführt werden. Bildungsstrukturen müssen so flexibel sein, dass z. B. Auslandsaufenthalte ohne Nachteile möglich sind.</p> <p><b>Mobilität</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>▪ kleinere Busse mit engerer Taktung (auch nachts); Anbindung aller Ortschaften</li> <li>▪ dezentrale Verkehrsverbünde</li> <li>▪ Ausbau des Radnetzes, Fahrradstationen, E-Bike-Stationen</li> <li>▪ Rufbus (Bus/Auto auf Abruf)</li> <li>▪ Organisation von Fahrgemeinschaften und Mitfahrzentralen.</li> </ul> <p><b>Förderung</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Brandenburg soll Fördermittel unkompliziert für neue Ideen und Projekte bereitstellen, um kreative Ansätze zu fördern.</li> </ul>
Sonstiges	<p><b>Negativ-Vision</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Die negative Vorstellung ist, dass Brandenburg im Jahr 2030 noch rückständiger ist als heute und von der Mehrheit der Einwohner verlassen wurde. Es ist lediglich ein Transitland, das keine Attraktionen birgt, landschaftlich abgewirtschaftet ist und keine beruflichen Perspektiven bietet.</li> </ul>
Kreativergebnis (Video)	<p>Die Ergebnisse des Workshops werden in der Form des biografischen Theaters umgesetzt und festgehalten. Link zum Film: <a href="https://vimeo.com/65054668">https://vimeo.com/65054668</a></p>

### 2.7.2.5. Strukturen und Beteiligung

Für die künftige Einbindung der Jugendlichen in den weiteren Prozess der Erstellung und Umsetzung der Landesnachhaltigkeitsstrategie formulierte die Arbeitsgruppe folgende Handlungsbedarfe, Leitbild-Aspekte, Ziele und Maßnahmen:

Thema	Arbeitsgruppenergebnisse
Handlungsbedarf	<p>Die Teilnehmenden sehen für die künftige Arbeit des Jugendforums im Rahmen der Erstellung und Umsetzung der Landesnachhaltigkeitsstrategie insbesondere einen Bedarf an:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Vernetzung untereinander und mit anderen Aktiven,</li> <li>▪ Information und Austausch zur Ideenentwicklung und Positionsbildung und</li> <li>▪ Unterstützung und Koordination der gemeinsamen Aktivitäten.</li> </ul> <p>Eine besondere Herausforderung stellt die – im Unterschied zu anderen Akteursgruppen – altersbedingt höhere Fluktuation der künftigen Teilnehmenden dar.</p>
Leitbild-Aspekte	<p><b>Vision gesellschaftlicher Strukturen und Beteiligung in 2030</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Demokratie wird gelebt. Hierarchien und Machtstrukturen werden bewusster erlebt und diskutiert und zum Teil abgebaut. Parlamentarische Strukturen und Verwaltung verlieren an Bedeutung; direkte Demokratieelemente und Kampagnen gewinnen an Bedeutung. Partizipation findet schon bei den Jüngsten statt: Kitas und Schulen sind in ihrer Struktur bereits partizipativ angelegt. Die Menschen haben den Anspruch, dass sich alle für alles verantwortlich fühlen.</li> <li>▪ Politische Kommunikation findet sowohl online als auch analog statt. Die digitalen Partizipationsmöglichkeiten ermöglichen, dass sich viele Jugendliche wohl informiert einbringen. Durch die digitalen Formen werden neue Zielgruppen angesprochen, andere aber auch ausgeschlossen. Kinder</li> </ul>

	<p>und junge Jugendliche beteiligen sich über spezielle Plattformen.</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Das Selbstbewusstsein und Engagement der Jugendlichen ist in 2030 größer. Schulen als kreative Think Tanks tragen dazu bei. Die Schere von Teilhabe und Ausgrenzung existiert jedoch weiterhin, auch wenn sich Jugendliche ohne „politisierte Eltern“ verstärkt einbringen.</li> <li>▪ Aus der Not entstandene Netzwerke führen wieder zu mehr Gemeinsinn in der Gesellschaft. Die Netzwerke gestalten die gemeinsamen Wohn- und Lebensräume und bieten Freiräume und die für nachhaltige Entwicklung wichtige emotionale Nähe zwischen den Beteiligten.</li> </ul> <p><b>Zukunft des Jugendforums</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Das Jugendforum gibt als kreativer Think Tank wichtige Impulse für den weiteren Prozess. Es entwirft für die selbst gesetzten Themen ein positives Bild der Zukunft.</li> <li>▪ Das Jugendforum ist das legitimierte Gremium junger Menschen in Brandenburg für den Nachhaltigkeitsprozess.</li> </ul>
Ziele	<p><b>Aufgaben des künftigen Jugendforums</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Jugendliche nehmen die Landesnachhaltigkeitsstrategie als zentralen Politikbereich wahr und machen sich mit den Inhalten vertraut.</li> <li>▪ Jugendliche engagieren sich für einzelne oder mehrere Themenbereiche der Landesnachhaltigkeitsstrategie.</li> <li>▪ Die Themen werden von den Jugendlichen festgelegt und erarbeitet.</li> <li>▪ Jugendliche nehmen an der Entscheidungsfindung im Austausch (Mehrgenerationendialog) gleichberechtigt teil. Die Beiträge werden durch das Jugendforum legitimiert.</li> <li>▪ Der Austausch zwischen den Jugendlichen wird verbessert.</li> </ul> <p><b>Künftige Zusammenarbeit</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Eine Steuerungsgruppe koordiniert die Arbeit des Jugendforums und geht aktiv auf weitere Jugendliche, deren Vertretungen und anderen Akteuren zu.</li> <li>▪ Die Kontinuität in der Arbeit des Jugendforums soll gewährleistet werden.</li> <li>▪ Um Parallelstrukturen zu vermeiden, sollen bestehende Strukturen wie Landesschüler/innenvertretung, Landesschüler/innenrat, Jugendparlamente, Jugendverbände der Parteien, Freiwilligendienste und die Geschäftsstelle im MBSJ in den Prozess eingebunden werden.</li> <li>▪ Zur Entwicklung einer organisch gewachsenen und dauerhaft tragfähigen Struktur wird ein Zeitraum von mehreren Jahren eingeplant. Dies dient auch dazu, die Jugendlichen und die Strukturen nicht zu überfordern.</li> <li>▪ Durch regelmäßige Austausche und persönliche Kontakte zwischen Jugendforum, Ministerien und dem Beirat für nachhaltige Entwicklung soll eine produktive Zusammenarbeit unter Beibehaltung der Eigenständigkeit des Jugendforums gewährleistet werden.</li> </ul>
Maßnahmen	<p><b>Kontinuität gewährleisten</b></p> <p>Um die Kontinuität der Arbeit des Jugendforums zu gewährleisten, sollen potentielle Teilnehmende früh an das Jugendforum herangeführt und durch Mentor/innen betreut werden. „Erfahrene“ geben ihr Wissen u.a. bei den jährlichen Foren weiter. Jeder kann und soll sich dabei aktiv einbringen – nicht nur die Repräsentanten.</p> <p><b>Kommunikation und Vernetzung</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Möglichkeiten von Website, Blogs und Facebookgruppe nutzen</li> <li>▪ Schulen und Hochschulen stärker einbeziehen</li> <li>▪ In Verbänden organisierte Jugendliche über den Landesjugendring einbinden.</li> </ul> <p><b>Nächste Schritte</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Facebookgruppe gründen und aufbauen</li> <li>▪ Evaluation des ersten Jugendforums mit Hilfe eines (Online-)Fragebogens</li> <li>▪ Die Ergebnisse des Jugendforums werden durch die Teilnehmenden z. B. in der Interministeriellen Arbeitsgruppe Nachhaltige Entwicklung (IMAG NE) und beim Nachhaltigkeitsbeirat präsentiert.</li> <li>▪ Regionale Arbeitsgruppen aufbauen</li> <li>▪ Ansprache weiterer Jugendlicher planen.</li> </ul> <p><b>Finanzen</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Finanzierung der weiteren Aktivitäten des Jugendforums z. B. durch entsprechende Haushaltstitel gewährleisten.</li> </ul>

	<ul style="list-style-type: none"><li>▪ Im Flächenland Brandenburg ist die Möglichkeit der Erstattung von Fahrt- und Reisekosten bedeutsam.</li></ul>
--	---

### 2.7.3. Zwischenbilanz

Dieses Unterkapitel stellt eine zusammenfassende Einschätzung der Ergebnisse des Jugendforums unsererseits dar.

#### Stand der Zielerreichung

Insgesamt nahmen knapp 60 Jugendliche an dem Jugendforum teil. Sie setzten sich, wie angestrebt, sowohl aus in Verbänden organisierten als auch aus nicht-organisierten Jugendlichen zusammen. Die Ansprache erfolgte sowohl über ein direktes Mailing an mögliche Teilnehmende als auch über direkte Ansprache von Multiplikatoren der Zielgruppen. Die Gewinnung der Teilnehmenden gestaltete sich aufwändiger als zunächst angenommen.

Als Ergebnis liegen zahlreiche Anregungen der Jugendlichen zur Nachhaltigkeitsstrategie vor. Ein Netzwerkaufbau mit und zwischen den Jugendlichen ist erfolgt, der Grundstein für eine langfristige Perspektive der Zusammenarbeit zwischen Jugendlichen und der Landesregierung ist gelegt. Noch während der Veranstaltung erklärte sich eine Vielzahl von Jugendlichen bereit, am weiteren Prozess mitzuwirken. Im April haben sich einige der Jugendlichen im Nachgang mit Unterstützung des MUGV noch einmal getroffen, um das weitere Vorgehen zu konkretisieren.

#### Bewertung der Ergebnisse des Jugendforums

Die Ergebnisse zu den vier Schwerpunktthemen Energie und Klima, Lebensqualität, Bildung und Kommunikation, Wirtschaft und Arbeit beziehen sich schwerpunktmäßig auf Leitbild-Aspekte und Ziele. Dies war auch in der Konzeption und Planung des Jugendforums so angelegt. Insbesondere der erste Tag, der durch eine „Zeitreise“ in das Jahr 2030 geprägt war, trug dazu bei, dass die Jugendlichen den erwünschten künftigen Zustand visualisieren konnten und Wege (Maßnahmen) dorthin formulierten. Die dahinter stehenden Ziele der Teilnehmenden wurden dabei sowohl explizit als auch implizit deutlich.

Am zweiten Tag wurden die Schwerpunktthemen vertieft und konkreter in Kreativworkshop bearbeitet. Ziel war es, den Jugendlichen sowohl Raum für die inhaltliche Diskussion zu bieten, als auch gleichzeitig einen kreativ-praktischen Zugang zum Thema zu ermöglichen. Für das zweite Anliegen waren Expert/innen eingeladen, die als Kreativbegleiter die Jugendlichen bei der Erstellung von Produkten wie Videos, Audiobeiträgen und kurzen Theaterstücken unterstützten. Dieses Konzept ist aufgegangen. Es wurden sowohl inhaltlich relevante Ergebnisse in Textform produziert, als auch ein motivierender, involvierender und kreativer Zugang zu den Themen ermöglicht, für den sich die Jugendlichen begeistern konnten. Mit den medialen Produkten kann zudem in Zukunft die Zielgruppe für den weiteren Prozess angesprochen werden.

In der Diskussion um das Thema Wirtschaft und Arbeit wurde deutlich, wie wichtig den Jugendlichen das Thema Lebensqualität ist. Die damit für sie eng verbundenen Bedürfnisse Gemeinschaft/ Kom-

munikation, Mobilität und Bildung scheinen aus Sicht von Jugendlichen, neben attraktiven Arbeitsplätzen, entscheidend für den Verbleib oder Wegzug aus Brandenburg zu sein.

In der AG Bildung und Kommunikation formulierten die Jugendlichen stärker Fragen zur „nachhaltigen Bildung“ im Sinne einer breiter angelegten Bildungsreform, die insbesondere die Schulorganisation und den Unterricht der Zukunft in den Fokus nimmt und nachhaltiges, lebenslanges Lernen ermöglicht. BNE sehen die Jugendlichen als Teilmenge dieses breiter angelegten Reformprozesses an.

Einige der inhaltlichen Ergebnisse beispielsweise zum Thema Lebensqualität ähneln den Ansätzen, die auch in den Workshops zu den Handlungsfeldern erarbeitet wurden. Allerdings stehen bei den Jugendlichen eher für sie offene Fragen im Vordergrund, als dass sie Lösungen und Antworten entwickeln. Sie wünschen sich, dass diese Fragen im weiteren Prozess der Erstellung und Umsetzung der Landesnachhaltigkeitsstrategie beantwortet werden.

Andere Diskussionen der Jugendlichen wiederum setzen ganz andere Schwerpunkte als in den vorherigen Workshops. Im Handlungsfeld Energie und Klima diskutierten die Jugendlichen intensiv über Energieeinsparung. Diese spielte weder in der Energiestrategie 2030 noch im thematischen Workshop zum Handlungsfeld eine Rolle.

#### 2.7.4. Modellprojekte (bestehende, künftige Leuchttürme)

Im Jugendforum wurden keine Modellprojekte explizit benannt. Aber durch die Teilnahme von drei Jugendlichen aus dem Thüringer Jugendforum wurden natürlich auch Vergleiche mit praktizierten Formen der Einbindung von Jugendlichen in Landesnachhaltigkeitsprozessen anderer Bundesländer angestellt.

### 3. Zusammenhänge und Wechselwirkungen zwischen den Handlungsschwerpunkten

Ziel dieses Kapitels ist, die übergreifenden Aspekte, Zusammenhänge und Wechselwirkungen zwischen den Handlungsschwerpunkten aufzuzeigen. Außerdem werden Zielkonflikte und mögliche Synergien zwischen den Handlungsschwerpunkten herausgestellt.

Dieses Kapitel beinhaltet neben den Ergebnissen des Dialogprozesses auch eigene Einschätzungen.

#### 3.1. Wechselwirkungen

Im Rahmen des Dialogprozesses wurden sechs Workshops durchgeführt. Davon beziehen sich drei auf die vor allem inhaltlichen Handlungsschwerpunkte Wirtschaft und Arbeit, Lebensqualität für Städte und Dörfer sowie Energie und Klimawandel, während in den übrigen drei die stärker querschnittsorientierten Handlungsschwerpunkte zukunftsfähige Finanzpolitik, Nachhaltige Entwicklung kommunizieren und eine nachhaltige Bildungslandschaft fördern sowie Kommunen und lokale Akteure behandelt wurden.

Grundsätzlich weisen praktisch alle diese Handlungsschwerpunkte Wechselwirkungen mit allen anderen auf. Im Folgenden liegt der Fokus auf Wechselwirkungen, die im Rahmen des Dialogprozesses eine Rolle gespielt haben und Schlussfolgerungen für den weiteren Prozess der Erarbeitung der Nachhaltigkeitsstrategie erlauben. Die in Fettdruck hervorgehobenen Schlussfolgerungen sind in Kapitel 3.2 weiter ausgeführt.

<b>Handlungsschwerpunkt</b>	<b>Bezug zu allen anderen Handlungsschwerpunkten</b>
Wirtschaft und Arbeit	Eine nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung bildet die Grundlage und treibende Kraft für die Entwicklung der anderen Handlungsschwerpunkte.
Lebensqualität für zukunftsfähige Städte und Dörfer	Regionale Daseinsvorsorge und lokale passgenaue Lösungen sind vor dem Hintergrund des demografischen Wandels Voraussetzung für eine Entwicklung in den anderen Handlungsschwerpunkten in allen Landesteilen und insbesondere in den Regionen, in denen Schrumpfungsprozesse zu erwarten sind.
Energie und Klimawandel	Klimaschutz und Anpassung an den Klimawandel sind als Voraussetzungen und Leitplanken in den anderen Handlungsschwerpunkten von großer Bedeutung.
Zukunftsfähige Finanzpolitik	Finanzpolitik bildet eine wichtige Grundlage für die (Förder)Politik in allen anderen Handlungsschwerpunkten; es besteht ein relevanter Zielkonflikt mit allen Handlungsschwerpunkten vor dem Hintergrund sinkender Mittel: Defizitabbau gegen Setzung nachhaltiger Anreize.
Nachhaltige Entwicklung kommunizieren und eine nachhaltige Bildungslandschaft fördern	Bildung für Nachhaltige Entwicklung fördert die zukünftige Ausgestaltung aller Handlungsschwerpunkte und ist Ausgangspunkt für Beteiligung und gelingende Partizipation.
Kommunen und lokale Akteure	Kommunen und lokale Initiativen sind die Umsetzungsebene für alle Handlungsschwerpunkte. Vertikale Kooperation und horizontale Vernetzung sind für alle anderen Handlungsschwerpunkte relevante Aspekte.

**Tabelle 1: Übersicht allgemeine Wechselwirkungen zwischen den Handlungsschwerpunkten**

Die relevanten Wechselwirkungen im Einzelnen:

---

## Wechselwirkungen zwischen Wirtschaft und Arbeit – Lebensqualität in Städten und Dörfern

Die Bereitstellung einer funktionierenden Daseinsvorsorge und eine nachhaltige Wirtschaftsentwicklung, die Arbeitsplätze vor Ort bereitstellt, bedingen sich gegenseitig. Eine Förderung nur eines der beiden Handlungsschwerpunkte ist daher nicht zielführend – stattdessen ist eine **integrierte Herangehensweise** erforderlich. Dabei sind nicht immer gleiche, sondern **regional angepasste Lösungen** erforderlich.

### Wechselwirkungen zwischen Wirtschaft und Arbeit – Energie und Klimawandel

Eine mögliche Synergie besteht in der wirtschaftlichen Nutzung von Innovationen im Rahmen des Ausbaus der erneuerbaren Energien. Dadurch können gerade auch im ländlichen Raum qualifizierte Arbeitsplätze entstehen. Hier könnte ein Schwerpunkt der **Förderpolitik** des Landes gelegt werden.

Ein Zielkonflikt ergibt sich beim Thema Braunkohletagebau, der in einer strukturschwachen Region viele Arbeitsplätze schafft, aber aus Perspektive der ökologischen Dimension der Nachhaltigkeit kontraproduktiv ist. Ein Zielkonflikt im ländlichen Raum besteht zwischen dem Anbau von Energiepflanzen und der nachhaltigen Landwirtschaft. Um diese Zielkonflikte zu bearbeiten sind **Partizipationsprozesse** zum Austarieren der Interessenlagen ein relevantes Themenfeld für die Nachhaltigkeitsstrategie, aber auch die klare Definition von Anforderungen an nachhaltige Produkte und Dienstleistungen (z. B. Zertifizierung nachhaltiger Bio-Energie).

### Wechselwirkungen Lebensqualität in Städten und Dörfern - Energie und Klimawandel

Es gibt verschiedene Landnutzungs-Zielkonflikte hinsichtlich der Energieerzeugung: Zielkonflikt zwischen dem Ausbau Erneuerbarer Energien (insbesondere Biogas) und der Landwirtschaft (s. o.) oder dem Naturschutz; Zielkonflikte im Braunkohletagebau, z. B. durch die Absenkung des Grundwasserspiegels oder durch die ggf. erforderliche Verlegung von Siedlungen – diese beiden Aspekte sind für den Themenbereich Daseinsvorsorge von Bedeutung. Dies macht neben Partizipationsprozessen auch **Landnutzungskonzeptionen** zu einem relevanten Themenfeld.

### Wechselwirkungen Zukunftsfähige Finanzpolitik – alle inhaltlichen Handlungsschwerpunkte

Im Sinne einer Reduzierung der Ausgaben des Landes und aus Perspektive der ökologischen Dimension der Nachhaltigkeit ist der Abbau nicht nachhaltiger Subventionen geboten. Er steht jedoch in Zielkonflikten zu verschiedenen Themenfeldern: So können im Handlungsschwerpunkt Wirtschaft und Arbeit wirtschaftliche Interessen (z. B. gegen die Einführung von Wasserentgelten für Landwirte oder Braunkohletagebau-Betreiber) oder im Handlungsschwerpunkt Lebensqualität im Themenfeld Mobilität (Straßenbau) die Interessen der Auto fahrenden Bürgerinnen und Bürger diesem Abbau entgegenstehen. Für die Arbeit an der Nachhaltigkeitsstrategie ist für diese Punkte das Themenfeld **Nachhaltige Konsummuster und Lebensstile/Werte und Einstellungen** von Bedeutung – neben den bereits mehrfach angesprochenen Punkten **integrierte Herangehensweise** und **Partizipationsprozesse**.

### 3.2. Weitere relevante Themen für die Landesnachhaltigkeitsstrategie

Im Rahmen des Dialogprozesses wurde eine Reihe von Punkten herausgearbeitet, die in der Landesnachhaltigkeitsstrategie aufgegriffen werden könnten, die im Eckpunktepapier der Landesregierung aber noch keine oder eine untergeordnete Rolle spielen. Dies sind im Einzelnen:

#### Biodiversität

Ein Thema, das im Eckpunktepapier nicht als Handlungsschwerpunkt definiert ist, aber Rahmen der Landesnachhaltigkeitsstrategie aufgegriffen werden könnte, ist Biodiversität, ggf. ergänzt um Naturschutz. Wird dieses Themenfeld nicht als eigener Handlungsschwerpunkt aufgegriffen, sollte es als Rahmenbedingung oder Querschnittsaufgabe im Rahmen der Landesnachhaltigkeitsstrategie Beachtung finden. Die Wechselwirkungen der einzelnen Handlungsschwerpunkte zu Biodiversität sind aus unserer Sicht so relevant, dass sie über die im Eckpunktepapier enthaltenen allgemeinen Hinweise innerhalb einzelner Handlungsschwerpunkte (z. B. Zielkonflikte zwischen Ausbau Erneuerbarer Energien und Biodiversität) hinaus sowohl im Rahmen der Analyse der Ausgangssituation als auch bei der Prüfung von Zielen und Maßnahmen bei der Erarbeitung der Landesnachhaltigkeitsstrategie beachtet werden sollten.

#### Integrierte Herangehensweise

Ein wichtiges Ergebnis des Dialogprozesses ist, dass immer wieder klar die Notwendigkeit aufgezeigt wurde, integrierte Lösungen zu entwickeln. Dies umfasst zweierlei: Lösungen unter Beachtung der Wechselwirkungen zwischen den Dimensionen der Nachhaltigkeit (ökonomisch, ökologisch, sozial), und Lösungen, die fachpolitikübergreifend angelegt sind. Ein Beispiel dafür ist etwa, die Schulplanung im ländlichen Raum mit der Planung der regionalen Mobilitätsangebote und sonstiger Infrastrukturplanung zu verknüpfen. In keinem der Handlungsschwerpunkte kann sinnvoll agiert werden, ohne die Querbezüge zu anderen Themenfeldern zu berücksichtigen.

#### Regional angepasste Lösungen und Dezentralität

In praktisch allen Workshops wurde betont, dass die Umsetzung der Nachhaltigkeitsstrategie – konkrete Projekte – auf lokaler und kommunaler Ebene erfolgen muss. Dabei ist den Akteuren wichtig, dass räumlich angepasste Lösungen gesucht werden. Dies bedeutet auch, dass Regionalisierung und Dezentralisierung ein wichtiger Aspekt der Nachhaltigkeitsstrategie auf Länderebene sein sollte: Aufgabe der Landesregierung könnte es sein, einen verlässlichen und flexiblen Rahmen zu setzen, innerhalb dessen die Akteure vor Ort dann passgenaue Lösungen erarbeiten und umsetzen können. Vom Land kommt dabei Unterstützung im Sinne von Know-how, von Fördermitteln, der Förderung von Wissenstransfer aus erfolgreichen Projekten und Vernetzung, dem Ermöglichen von Beteiligung vor Ort und nicht zuletzt im Sinne von übergreifenden Zielen und einer Strategie. Ein wichtiger Aspekt ist dabei auch, dass das Land Experimentierklauseln im Gesetzesrahmen verankert und deren Nutzung fördert. Eine weitere Möglichkeit der Umsetzung dieses Punktes wäre, Vielfalt als roten Faden der Nachhaltigkeitsstrategie zu verwenden und auf die Vielfalt der Themen, der Ausgangslagen/Voraussetzungen, der Lösungen zu verweisen.

## Förderpolitik

Das Ziel einer Umgestaltung hin zu einer nachhaltigeren Förderpolitik des Landes insgesamt könnte als Querschnittsziel in die Landesnachhaltigkeitsstrategie aufgenommen werden. Hier gibt es allerdings einen Widerspruch in den Erwartungen der Akteure: Einerseits wird eine sachliche und räumliche Fokussierung der Förderpolitik gefordert, um die knappen Mittel zielgerichteter und nachhaltiger zu verteilen. Dem widerspricht zunächst einmal die gleichermaßen gestellte klare Forderung, auf lokale Lösungen zu setzen und räumlich angepasste spezifische Projektideen flexibel zu unterstützen.

## Partizipationsprozesse

Dieser Aspekt wird in Kapitel 5.4 ausführlich dargestellt.

## Landnutzungskonzeption

Der Nachhaltigkeitsbeirat des Landes Brandenburg setzt sich dafür ein, das Thema Landnutzungskonzeption als einen weiteren querschnittsorientierten Handlungsschwerpunkt in die Landesnachhaltigkeitsstrategie aufzunehmen. Wird dies umgesetzt, können die Wechselwirkungen der anderen Handlungsschwerpunkte zum zuvor benannten Themenbereich Biodiversität/Naturschutz an dieser Stelle behandelt werden.

## Nachhaltige Konsummuster und Lebensstile/Werte und Einstellungen der Bevölkerung

Nachhaltige Konsummuster und Lebensstile, Werte und Einstellungen werden im Eckpunktepapier knapp als Rahmenbedingung benannt, die es zu nutzen gelte, und sie werden im Handlungsschwerpunkt Nachhaltige Entwicklung kommunizieren und eine nachhaltige Bildungslandschaft fördern thematisiert. Das Thema wird jedoch noch nicht als Zielsetzung – z. B. Brandenburg bekennt sich zur Förderung einer nachhaltigeren Lebensweise – thematisiert. Dies könnte im Rahmen der Ausarbeitung der Landesnachhaltigkeitsstrategie ergänzt werden.

## 4. Rückblick auf die erste Dialogphase

---

In diesem Kapitel werfen wir einen Blick auf den hinter uns liegenden Prozess und nehmen eine erste Bewertung vor. Dies kann natürlich eine umfassende Evaluation oder externe Bewertung nicht ersetzen, vermittelt aber Eindrücke aus Sicht der Dialogbegleitung.

Die Ziele für diese Dialogphase waren:

- Das Thema Nachhaltigkeit in der Gesellschaft zu vermitteln (bekannt machen, Bewusstsein schaffen),
- die zentralen und wichtigen Akteure bei der Erstellung der Nachhaltigkeitsstrategie im Sinne aktiver Mitgestaltung einzubinden und
- im Dialogprozess inhaltliche Ergebnisse zu erarbeiten, die als Grundlage für den Entwurf der Landesnachhaltigkeitsstrategie dienen sollen.

Aus unserer Sicht sind die drei Ziele im Großen und Ganzen erreicht worden. Vorweg sei gesagt, dass es in dieser Dialogphase darum ging, Stakeholder und Multiplikatoren einzubinden. Die breite Bevölkerung soll – so das Eckpunktepapier der Landesregierung – bei der Diskussion des Entwurfs der Nachhaltigkeitsstrategie eingebunden werden.

### 4.1. Sind die Ziele erreicht worden?

#### Thema Nachhaltigkeit in der Gesellschaft vermitteln

Das Thema Nachhaltigkeit stieß auf großes Interesse bei den angeschriebenen Personen. Dazu wurden vorhandene Mailverteiler aus den verschiedenen Ministerien zusammengefasst. E-Mails wurden von den Angeschriebenen weitergeleitet und weitere interessierte Personen meldeten sich, um in den Verteiler aufgenommen zu werden. Waren es bei der Ankündigung der Auftaktveranstaltung noch knapp eintausend E-Mailadressen, die wir angeschrieben haben, so sind inzwischen über 2.100 Adressen im aktuellen Verteiler.

Dieses riesige Interesse spiegelte sich auch bei den Anmeldungen zur Auftaktveranstaltung wieder. Es war eine größere Veranstaltung geplant, die Landesregierung rechnete mit ca. einhundert Personen. Kurz nach Anmeldebeginn war diese Zahl erreicht. So wuchs die Zahl der Teilnehmenden kontinuierlich. Über 230 Anmeldungen nahmen wir entgegen; ca. weiteren vierzig Personen mussten wir absagen. 208 Personen kamen dann auch. Und die kurzfristig organisierte Übertragung der Veranstaltung über einen Livestream per Internet brach zwischenzeitlich aufgrund der hohen Zugriffszahlen zusammen.

Auch die geplante Zahl der Teilnehmenden für die anderen Workshops wurde aufgestockt, um dem großen Interesse gerecht zu werden. Es gab reges Interesse von Seiten der Zivilgesellschaft. Aber auch Wirtschaft und Kommunen waren gut vertreten. Insgesamt hatten wir 645 Teilnehmende an den Veranstaltungen, die sich auf 464 Personen verteilten. Davon nahmen 347 Personen an einer Veran-

staltung teil; die übrigen zwischen zwei Veranstaltungen (80 Personen) und allen acht Veranstaltungen (eine Person). Im Durchschnitt wurden 1,4 Veranstaltungen besucht.

Das Verhältnis zwischen Männer und Frauen schwankte bei den Teilnehmenden zwischen 80 % / 20 % beim Workshop Finanzen und 45 % / 55 % beim Zweiten Runden Tisch. Im Durchschnitt über alle Veranstaltungen betrug das Verhältnis zwischen Männer und Frauen 62 % / 38 %.

**Zentrale und wichtige Akteure einbinden**

Um zu gewährleisten, dass auch die wichtigen Akteursgruppen entsprechend vertreten sind, wurden für die meisten Veranstaltungen Kontingente für die Gruppen vorab festgelegt. Das war zwar nicht immer nötig, half aber dabei, dass in der Regel auch bei den Workshops Vertreterinnen und Vertreter der zentralen Akteursgruppen anwesend waren.

Nicht verschweigen wollen wir, dass der Workshop „Beitrag lokaler und kommunaler Akteure zur Erstellung der Nachhaltigkeitsstrategie“ verschoben wurde, weil sich zum ersten Termin nicht genügend Kommunen angemeldet hatten. Beim zweiten Workshop waren dann eine Reihe von Kommunen anwesend, die beim ersten Termin nicht konnten. Terminschwierigkeiten gab es auch beim Workshop Wirtschaft und Arbeit, der zeitgleich mit einer großen internen DGB-Veranstaltung zusammenfiel. So konnte nur eine Person als Gewerkschafter an der Veranstaltung teilnehmen. Da sich der Termin aber nicht verschieben ließ, gab es bereits im Vorfeld des Workshops ein Treffen zwischen Gewerkschaftern, Nachhaltigkeitsbeirat und den drei Ministerien für Wirtschaft, Arbeit und Umwelt.

Dass der Dialog nicht nur vom federführenden Umweltministerium geführt wird, zeigt die große Zahl an Teilnehmenden aus den Ministerien. 118 Teilnehmende kamen aus anderen Ministerien – das war fast jeder fünfte Teilnehmende. Lediglich das Justizministerium beteiligte sich nicht in den Veranstaltungen.

Auch wenn die Anzahl von Teilnehmenden beispielsweise in den Bereichen Wirtschaft und Kommunen wünschenswerterweise höher hätte sein dürfen, bewerten wir die Beteiligung der verschiedenen Akteursgruppen insgesamt als sehr zufriedenstellend.

Gruppe	Anzahl TN	In %
Ministerien	118	18,29
NHB	41	6,36
Landesbehörden	26	4,03
Kommune	48	7,44
Politik	25	3,88
Wirtschaft	73	11,32
Gewerkschaften	9	1,40
Wissenschaft	34	5,27
Bildung	33	5,12
NGO	159	24,65
Jugendforum	54	8,37
Sonstige	25	3,88
<b>Gesamt</b>	<b>645</b>	<b>100,00</b>

### Inhaltliche Ergebnisse für den Entwurf der Landesnachhaltigkeitsstrategie erarbeiten

Es sind sowohl in der Auftaktveranstaltung als auch in den sechs Workshops eine ganze Reihe von Ideen und Vorschlägen für Leitbilder, Ziele und Maßnahmen erarbeitet worden. Diese liegen in Form der Veranstaltungsdokumentationen und zusammengefasst in diesem Bericht vor.

Die Frage, ob die Ziele des Dialogs erreicht wurden, bejahen wir. Inwieweit dies für die einzelnen Elemente einer Nachhaltigkeitsstrategie gilt, wird in den detaillierten Darstellungen der Ergebnisse zu den einzelnen Workshops wie auch in den übergreifenden Kapiteln (Kapitel 3 und 5) deutlich.

## 4.2. Was war noch bemerkenswert?

### Zusammenarbeit der Ministerien

Wie schon oben erwähnt, beteiligen sich die verschiedenen Ministerien aktiv am Dialog und an der künftigen Erarbeitung der Nachhaltigkeitsstrategie. Dies spiegelt sich auch in der Zusammenarbeit in der Interministeriellen Arbeitsgruppe Nachhaltige Entwicklung (IMAG NE) wieder. Nach inzwischen 22 Sitzungen (Stand 11.01.2013) ist Vertrauen gewachsen, die Zusammenarbeit eingespielt und die Inhalte wurden durchaus auch kontrovers diskutiert. Unterschiedliche Perspektiven werden benannt und gemeinsam getragene Lösungen gesucht.

Besonders erstaunlich ist, dass die Finanzierung des bisherigen Prozesses nicht nur aus dem Haushalt des federführenden MUGV erfolgte, sondern dass auch drei andere Ministerien den Prozess mitfinanzierten. Das unterstreicht aus unserer Sicht die gute Zusammenarbeit und das Interesse der Ministerien am Prozess.

### Umgang mit Konflikten

Wir erlebten bei den Veranstaltungen sehr sachliche, konstruktive Diskussionen, die von gegenseitigem Respekt voreinander getragen waren. Dies war für unsere Arbeit und die Ergebnisse sehr hilfreich.

Auch bei Themen, zu denen es aus unserer Sicht sehr unterschiedliche Einschätzungen gab, verhielten sich die Teilnehmenden ruhig und wenig emotional. Wir stellen uns daher die Frage, warum so wenige Konflikte offen angesprochen werden? Werden sie als nicht wahrgenommen oder als nicht wichtig betrachtet? Gibt es sie vielleicht gar nicht? Oder werden sie nur nicht angesprochen? Ist das Harmoniebedürfnis größer als die Durchsetzung der eigenen Interessen? Und was heißt das für die Zukunft?

Erfahrungsgemäß bahnen sich nicht gelöste Konflikte irgendwann ihren Weg. Aus unserer Sicht als Dialoggestalter ist es hilfreich, wenn dies möglichst früh geschieht. Dann ist es noch möglich, darauf zu reagieren, gemeinsam an Lösungen zu arbeiten. Wir empfehlen daher, wenn es Konflikte gibt, diese offen anzusprechen. Auch das ist wichtig für den Erfolg von Beteiligungsprozessen.

Dies gilt auch allgemein für den Umgang mit kontroversen Themen. Statt kontroverse Themen öffentlich nicht zu behandeln, ist für den Dialog eine offensive Darstellung der unterschiedlichen Argumente für und gegen bestimmte Ideen und Vorhaben hilfreich. Durch offen ausgetragene Abwägungsprozesse zwischen Ökonomie, Ökologie und Soziales kann es auf Dauer zu breit getragenen Entscheidungen kommen.

### Was haben wir für künftige Prozesse gelernt?

Im Anschluss an die Veranstaltungen reflektierten wir die Vorgehensweisen mit dem Auftraggeber und ggfs. auch mit Mitgliedern der IMAG und des Nachhaltigkeitsbeirats. In die neuen Konzepte wurden immer wieder auch die Erfahrungen aus den vorangegangenen Workshops integriert, andere Vorgehensweisen ausprobiert.

Wir haben uns im Nachgang zu den acht Veranstaltungen die Frage gestellt, ob wir noch mehr Ideen und Vorschläge hätten bekommen können. Eine Idee, die uns bewegt, ist offenere Formate auszutesten. Die jetzige Vorgehensweise war die Analyse von vorhandenen Unterlagen, Interviews mit zentralen Akteuren, Abstimmung des Konzepts mit MUGV, IMAG und manchmal auch mit dem Nachhaltigkeitsbeirat oder wie im Fall des Kommunalworkshops auch mit Mitgliedern von Brandenburg 21 e.V., Landkreistag und Städte- und Gemeindetag. Schon in der Vorbereitung und der Festlegung von Schwerpunkten werden andere Akteure mit eingebunden. Wir fragen uns, ob dieses Vorgehen nicht auch Grenzen in Bezug auf die Entwicklung von neuen Ideen hat. Mit dem Jugendforum werden wir deshalb eine eineinhalbtägige Veranstaltung mit eher offenen Formaten testen. Offene Formate beinhalten eine größere Möglichkeit der Themenwahl durch die Teilnehmenden und damit häufig auch eine andere Form der Selbstverpflichtung für die Ergebnisse. Die Teilnehmenden können ihre Themen einbringen, mit denen von anderen verbinden und so neue Ansätze entwickeln. Allerdings sind die Prozesse weniger planbar und dieses Vorgehen kann wie andere Verfahren auch keine guten Ergebnisse garantieren. Es erfordert Mut von Seiten der Initiatoren, den Akteuren so viel Vorschussvertrauen zu geben, dass sie gemeinsam schon die richtigen Themen identifizieren und gute Ergebnisse erarbeiten werden.

## 5. Vorschläge für den weiteren Prozess

In diesem Kapitel greifen wir die Vorschläge und Ideen aus dem Dialogprozess auf, verdichten sie und bereichern sie um eigene Ideen und Empfehlungen an. Ziel ist es, Leitplanken für den künftigen Prozess der weiteren Erstellung, aber auch der Umsetzung der Nachhaltigkeitsstrategie aufzuzeigen. Zu Beginn ein paar Hinweise, wie es idealerweise falsch laufen kann.

### 5.1. Wie verhindert man den Prozess idealerweise?

Das Österreichische Institut für Nachhaltige Entwicklung stellten 2004 als Ergebnis eines Forschungsprojekts folgende Hemmnisse für Nachhaltige Entwicklungen vor.

#### Identifizierte Hemmnisse

- Fixierung auf Einzelinteressen
- Einigung nur zu Details, Detailsteuerung, Frontendenken
- Negative Koordination („Kleinster Gemeinsamer Nenner“)
- Unscharfer Begriff „Nachhaltigkeit“, Konkretisierungsproblematik
- Eigendefinitionen (kein Hinterfragen bestehender Grundannahmen)
- Fehlen eines „Zentrums des Widerstands“ (bzw. Institutionen können NhE nicht als Ziel aufnehmen)
- Integrationsinstitution fehlt (oder Nachhaltigkeit als Umweltfrage)
- Kein Gemeinschaftswissen
- Typischer Ablauf politisch-administrativer Entscheidungen (Ressourcencheck, Problemformulierung, Lösungsfindung)
- Entfremdung zu BürgerInnen (BürgerInnen werden zwar als wichtig erachtet, aber nicht aktiv von Institutionen eingebunden)
- Selbstverschließungstendenzen (Forderung nach Strukturwandel widerspricht traditionellen Detailinteressen)

**Tabelle 2: Identifizierte Hemmnisse für Nachhaltigkeitspolitik**

Quelle: Kanatschnig, Dietmar/Schmutz, Petra (2004). Institutionelle Innovationsstrategien – 60 Ideen zur Initiierung und Umsetzung eines nachhaltigen Strukturwandels. Wien. 2004. [Download](#) (Stand 12.12.2012), S. 4.

### 5.2. Was ist wichtig für eine Nachhaltigkeitsstrategie?

Neben den Inhalten der fünf gesetzten und ggfs. weiteren Handlungsschwerpunkte einer Nachhaltigkeitsstrategie bedarf es aus unserer Sicht vier weitere Bausteine: die Vision eines künftigen, lebens-

werten Brandenburg, ein klares Nachhaltigkeitsverständnis, eine Fokussierung und Priorisierung sowie eine Beschreibung des Umsetzungsprozesses.

### 5.2.1. Vision eines künftigen, lebenswerten Brandenburg

Gerade in Krisenzeiten besteht der Wunsch nach einer gemeinsamen Richtung gesellschaftlichen Wandels. Visionen liefern genau diese Orientierung und Sinn für die Umsetzung langfristiger Vorhaben. Auf Grundlage der Analyse der Probleme und Herausforderungen gilt es eine gemeinsame Vision als positives, übergreifendes Leitbild für das Land, seine Regionen und Kommunen zu entwickeln. Die Vision als übergreifendes Leitbild ergänzt die Leitbildaspekte zu den Handlungsschwerpunkten.

Der integrative Charakter der Vision motiviert die Akteure und weist ihnen die Richtung. Die Vision beinhaltet lebenswerte Zukunftsoptionen, die untersetzt sind mit konkreten Inhalten und Zielen sowie Überprüfungen, inwieweit der angestrebte Zustand erreicht ist.

### 5.2.2. Nachhaltigkeitsverständnis

Im bisherigen Dialog wurden zwei Dinge immer wieder betont. Erstens verbinden große Teile der Bevölkerung nichts mit dem Begriff Nachhaltigkeit. Zweitens wird der Begriff umgekehrt gerade inflationär für alles Mögliche genutzt. Verbunden mit den unterschiedlichen Konzepten von Nachhaltigkeit, die existieren, ergibt sich für uns daraus die Notwendigkeit mit der Nachhaltigkeitsstrategie auch einen Vorschlag für ein gemeinsames Nachhaltigkeitsverständnis für Brandenburg zu machen.

Dazu sind insbesondere zwei Fragestellungen im Zusammenhang mit den drei Nachhaltigkeitsdimensionen (Ökonomie, Ökologie und Sozial-Kulturelles) zu klären:

1. Ist das Modell der Gleichwertigkeit und gleichen Wichtung der drei Dimensionen aufrechtzuerhalten?

Dem Modell der Gleichwertigkeit der drei Dimensionen steht das Modell der „starken Nachhaltigkeit“ entgegen. Ökologie wird darin von vielen Experten als die maßgebliche Säule bzw. als Grundlage für eine Nachhaltige Entwicklung angesehen. Die natürlichen Lebensgrundlagen definieren dabei die Leitplanken der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung.

2. Welche Rolle spielt die kulturelle Dimension im Verständnis der Landesregierung?

Die kulturelle Dimension heißt – so Herr Dr. Hauff auf der Auftaktveranstaltung – für ihn vor allem Werthaltungen und Bewusstsein zu verändern. Da Fragen zu Einstellungen, Werten, Bewusstsein, Lebensstilen, Suffizienz etc. in allen Workshops eine wichtige Rolle spielten, sehen wir hier Handlungsbedarf.

Die Klärung dieser beiden Fragen stellt eine politische Weichenstellung für den weiteren Prozess dar. Sie bietet den Akteuren – egal wie die Landesregierung sich entscheidet – Orientierung für den weiteren Prozess. Insofern stellt das Nachhaltigkeitsverständnis einen zentralen Baustein der übergreifenden Vision dar.

### 5.2.3. Fokussierung und Priorisierung

Die Landesregierung fokussiert mit den Eckpunkten auf fünf Handlungsschwerpunkte. Diese Fokussierung wurde von vielen Teilnehmenden im Prozess unterstützt. Und wie auch schon mit den Workshops getan, halten wir eine weitere Priorisierung innerhalb der Handlungsschwerpunkte für empfehlenswert. Dies birgt die Chance, sich kurz- und mittelfristig auf wenige Ziele und Maßnahmen zu konzentrieren und diese dann aber auch angehen zu können. D. h. eine Prioritätenliste zu entwickeln, aus der auch deutlich wird, welche Ziele und Maßnahmen denn langfristig noch eine Rolle spielen. Prioritäten in Verbindung mit konkreten Umsetzungsschritten würden auch dazu führen, dass nach Abschluss der Formulierung der Nachhaltigkeitsstrategie der Prozess weitergehen muss.

### 5.2.4. Beschreibung des Umsetzungsprozesses

Neben den thematischen Ausführungen bedarf es auch der Erläuterung in der Nachhaltigkeitsstrategie, wie der künftige Umsetzungsprozess aussieht. Zentral sind dabei die Fragen:

- Wie erfolgt die Umsetzung der beschriebenen Ziele und Maßnahmen?
- Wer steuert den Prozess? Und wer ist für die Umsetzung verantwortlich?
- Wie wird die Umsetzung kontrolliert?
- Wie wird nachgehalten, dass die Ziele erreicht werden?
- Und wie erfolgt die Rechenschaftslegung?

Dazu werden wir im Kapitel 5.4 einige Vorschläge unterbreiten.

## 5.3. Wie könnte die Partizipation bei der weiteren Erstellung der Nachhaltigkeitsstrategie aussehen?

Das Eckpunktepapier sieht folgende Vorgehensweise für die weitere Erstellung der Nachhaltigkeitsstrategie vor:

#### **Eckpunktepapier der Landesregierung**

Konsultationen zum Strategieentwurf ...

- Öffentlichkeitswirksame, größere Konferenz
- Fachgespräche und Workshops zu einzelnen Themen unter Berücksichtigung der Modellprojekte

Die Landesregierung wird nach der abgeschlossenen ersten Dialogphase unter Federführung des MUGV einen Entwurf für eine Nachhaltigkeitsstrategie zu erarbeiten. Geplant war, diesen Strategieentwurf nicht nur mit den zentralen Akteuren und Multiplikatoren zu diskutieren, sondern ihn auch der breiten Bevölkerung vorzustellen.

---

## Erstellung des Entwurfs

Bei der Erstellung des Entwurfs der Nachhaltigkeitsstrategie wird die Landesregierung auch über die Ideen und Anregungen für Leitbilder, Ziele, Maßnahmen und konkrete Vorhaben der Teilnehmenden entscheiden müssen – kommen sie rein? Werden sie verändert oder gar nicht berücksichtigt?

Wichtig für die Akzeptanz des bisherigen Dialogs ist, dass die Landesregierung die Ideen und Anregungen aufgreift, darüber entscheidet und Rückmeldung gibt. Neben dem Strategieentwurf sollte auch eine Rückmeldung erfolgen, warum Ideen und Anregungen nicht aufgegriffen werden. Dieses für Politik und Verwaltung noch ungewohnte Vorgehen öffentlicher Entscheidungsbegründung erhöht die Akzeptanz von Entscheidungen auch dann, wenn die Akteure andere Prioritäten gesetzt hätten.

## Veröffentlichung und Diskussion des Entwurfs

Ziele des Strategieentwurfs sind, eine konkrete Diskussionsgrundlage zu haben und Akteure für die Umsetzung zu gewinnen. Auch wenn sich die Strategie an alle Bürgerinnen und Bürger des Landes Brandenburg richtet, sollte der Schwerpunkt auf der Diskussion mit den zentralen Akteuren und Multiplikatoren liegen. Es sollte aber für alle möglich sein, mitzudiskutieren.

Als weiteres Ziel könnten wir uns vorstellen, die Eigenverantwortung der Akteure zu betonen. Dies kann beispielsweise dadurch erfolgen, dass es neben der oder den Veranstaltungen der Landesregierung auch Veranstaltungen anderer Akteure geben darf und soll, wo der Entwurf als Ganzes oder in Ausschnitten diskutiert wird. Die Landesregierung gibt damit ein Stück der Verfahrenshoheit ab, ist aber auch nicht für Dokumentation und Zusammenfassung der Ergebnisse verantwortlich. Von Seiten der Landesregierung kann das Angebot unterbreitet werden, für Diskussionen zur Verfügung zu stehen. Um dies zu erreichen sollte die Landesregierung bei dem geplanten knappen Zeitplan frühzeitig die Akteure über diese Möglichkeit informieren. Mögliche Kooperationspartner sind u. a. der Städte- und Gemeindebund, Landkreistag, die IHKs und HWKs oder auch die Regionalen Planungsgemeinschaften.

Um die bisherige Arbeit der Teilnehmenden zu würdigen, sollte die Landesregierung neben der schriftlichen Rückmeldung auch für eine direkte Rückmeldung und weitere Fragen zur Verfügung stehen. Daher ist mindestens eine größere Veranstaltung zu planen, auf der der Entwurf vorgestellt, Fragen beantwortet und Veränderungsbedarf diskutiert werden. Um den Aspekt der Regionalisierung hervorzuheben, kann auch über mehrere dezentrale Veranstaltungen nachgedacht werden. Diese müssen – wie oben skizziert – ja auch nicht alle unter der Regie der Landesregierung durchgeführt werden.

Da Präsenzveranstaltungen mit vielen Teilnehmenden nicht dazu geeignet sind, Texte weiter zu qualifizieren, könnte eine Online-Konsultation zum Entwurf hilfreich sein. Dies geschieht derzeit beispielsweise als Kommentierung für die Eckpunkte eines Hochschulzukunftsgesetzes in [NRW](#). Es ist aber auch die direkte Kommentierung des Strategieentwurfs im Text möglich. Dies wäre die weitergehende Variante, da auch konkret am Text gearbeitet werden kann.

Es wäre gut, jetzt schon einen Zeitraum zu benennen, in dem die Diskussion über den Entwurf erfolgen soll.

## 5.4. Was ist wichtig bei der Umsetzung einer Nachhaltigkeitsstrategie für das Land Brandenburg?

### 5.4.1. Was sind zentrale Elemente des Veränderungsprozesses?

Der Wissenschaftliche Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen beschreibt die zentralen Elemente von Veränderungsprozessen und ihre Aufgaben wie folgt.

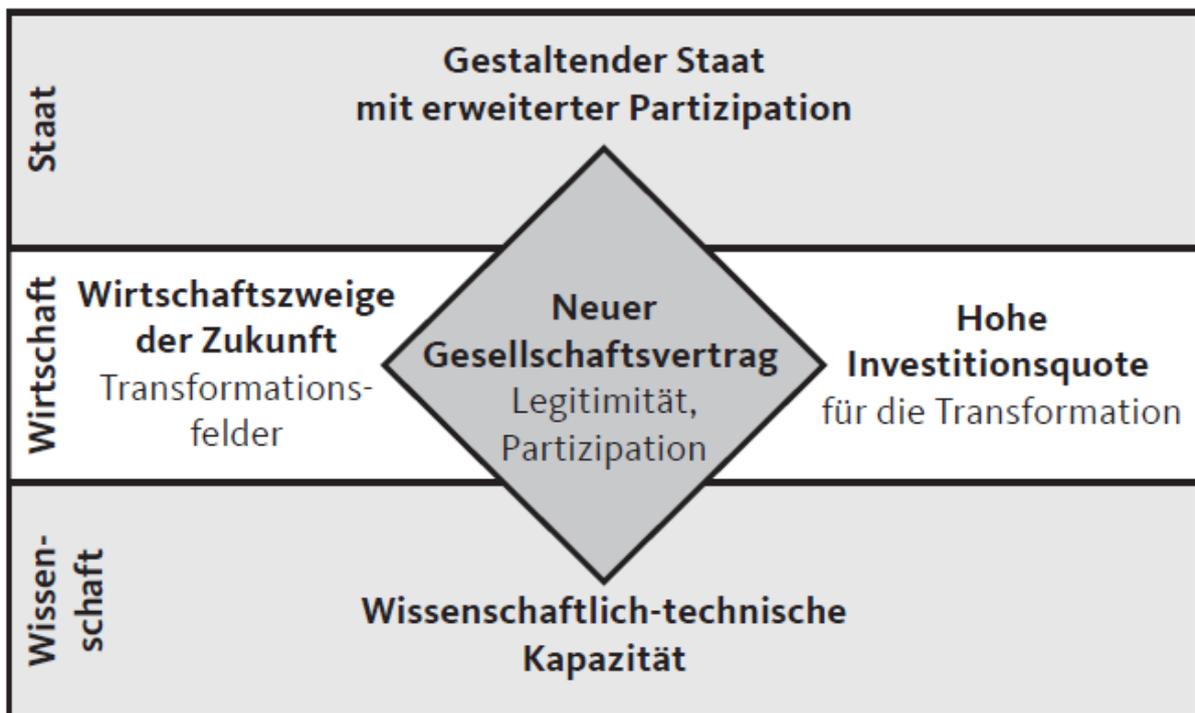


Abbildung 11: Die Raute der Transformation

Quelle: Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen WBGU (2011): Welt im Wandel: Gesellschaftsvertrag für eine Große Transformation. Berlin.

- Der gestaltende Staat mit mehr Partizipation  
Der gestaltende Staat, der sein Handeln an der Nachhaltigkeit ausrichtet und die Bürger verstärkt an Entscheidungen beteiligt, ist zentrales Element in einem Gesellschaftsvertrag.
- Demokratische Beteiligung und Langfristorientierung stärken  
Für den WBGU ist der gestaltende Staat untrennbar mit einer aktiven Bürgerschaft mit mehr Informations-, Beteiligungs- und Rechtsschutzmöglichkeiten verbunden.
- Pioniere des Wandels  
Pioniere des Wandels haben als innovative Kräfte eine zentrale Bedeutung im Transformationsprozess, weil sie Veränderungen initiieren und fördern. Neben der Wirtschaft sind dies auch Kommunen und Akteure aus der Zivilgesellschaft.
- Die Rolle der Wissenschaft im demokratischen Prozess  
Die bisherigen großen Transformationen waren weitgehend ungesteuerte Ergebnisse evoluti-

onären Wandels, die anstehende Transformation erfordert vorausschauende und wissensbasierte Gestaltung.

#### 5.4.2. Welche Rollen haben die verschiedenen Akteure?

Den Akteuren kommen dabei neue Rollen zu, die wir hier kurz beschreiben.

##### Neue Rolle der Verwaltung und der Politik

Die neue Rolle des Staates lässt sich mit folgenden Stichworten beschreiben (siehe hierzu auch Kapitel 2.2.1.5):

- Ermöglichender Staat,
- motivierender Staat,
- moderierender Staat,
- rahmensetzender Staat,
- initiierender Staat.

Wie schon mehrfach erwähnt kommt dabei den Kommunen eine besondere Rolle zu.

##### Neue Rolle der Zivilgesellschaft

Die Bürgerinnen und Bürger erhalten mehr Informations-, Beteiligungs- und Rechtsschutzmöglichkeiten. Sie setzen gemeinsam mit Akteuren aus Wirtschaft und Wissenschaft den Prozess in Bewegung und verleihen der Transformation die nötige Legitimation.

##### Bedeutung der Wirtschaft als Nachhaltigkeitsakteur

Bis auf wenige Pionierunternehmen beschränkt sich die Wirtschaft darauf sich dem Thema Nachhaltigkeit mit Instrumenten wie dem Corporate Citizenship CC oder der Corporate Social Responsibility CSR zu nähern. Ziel sollte eine Corporate Sustainability durch Sustainability Management sein. Dabei geht es nicht mehr nach dem Prinzip: „Wir wollen Dinge besser machen.“ sondern: „Wir wollen bessere Dinge machen.“ Es gilt, hierfür Anwendungsbereiche zu definieren und neue Instrumente mit der Wirtschaft zu entwickeln.

##### Rolle der Wissenschaft

Die Entwicklung der wissenschaftlichen und technischen Kapazität durch die Wissenschaft ist die Basis des Prozesses, auf dem alles aufbaut.

#### 5.4.3. Wie erfolgt die Steuerung des Gesamtprozesses?

Eine der zentralen Fragen für die Umsetzung dürfte die Frage nach der Steuerung des Prozesses sein. Klar ist, dass die Federführung bei der Landesregierung liegt. „Nachhaltigkeit kann nicht politisch verordnet werden. Politik ist unverzichtbar, aber alleine kann sie das nicht.“ so Herr Dr. Volker Hauff auf der Auftaktveranstaltung. Er wies in seinem Impulsvortrag auf der Auftaktveranstaltung zur Nachhaltigkeitsstrategie Brandenburg darauf hin, dass die gesellschaftlichen Akteure nicht nur beteiligt werden müssen, sondern dass sie zu eigenen Trägern von Transformationsprozessen werden sollen.

Neben den beiden bestehenden Gremien IMAG NE und dem wissenschaftlichen Beirat empfehlen wir noch eine Steuerungsgruppe zur Nachhaltigkeit. Diese setzt sich aus zentralen Akteuren aus Politik, Verwaltung, Wirtschaft und Zivilgesellschaft zusammen. Teilnehmen sollten auch Mitglieder des Beirats für Nachhaltige Entwicklung. Ob als Mitglied oder in beratender Funktion sollte der ernannte Rat selbst festlegen – beide Varianten haben Vor- und Nachteile.

Aufgabe der Steuerungsgruppe ist die Weiterentwicklung der langfristigen Strategie auf Basis gesellschaftlicher Diskurse in Abstimmung mit der Landesregierung. Außerdem soll die Steuerungsgruppe die Landesregierung bei der Umsetzung unterstützen und ggfs. an die vereinbarten Aufgaben erinnern.

Mit der Steuerungsgruppe würden die beteiligten Personen und Organisationen aus Zivilgesellschaft und Wirtschaft nicht nur befragt (Konsultationsprozess) sondern sie hätten Mitwirkungsmöglichkeiten. Alle anderen bisherigen Vorschläge beziehen sich lediglich auf die beiden Beteiligungsstufen Information und Konsultation.

Die IMAG NE ist für die mittelfristige, taktische Umsetzung der Nachhaltigkeitsstrategie verantwortlich. Sie wird dabei von der Steuerungsgruppe und dem Beirat unterstützt. Die Operationale Umsetzung erfolgt wie bisher auch auf Ebene der Ministerien und wird durch die IMAG und ggfs. den Beirat unterstützt.

Im weiteren Prozess könnte auch nochmals über die Veränderung von Rollen innerhalb der Landesregierung nachgedacht werden. Konkret denken wir an die politische Federführung des Prozesses durch die Staatskanzlei ggfs. auch unter Beibehaltung der Geschäftsführung durch das MUGV.

### Geschäftsstelle

Mittel- bis langfristig bedarf es einer institutionalisierten Unterstützung der Entwicklung und Umsetzung der Landesnachhaltigkeitsstrategie und für die Beratung und Unterstützung der Akteure. In anderen Bundesländern werden hierzu Personalstellen bei der geschäftsführenden Stelle geschaffen. Für die Unterstützung der ehrenamtlichen Aktivitäten wird in einigen Bundesländern beispielsweise eine von den Aktiven (aus)gewählte Organisation mit der Unterstützung des Prozesses betraut (z. B. LAG 21 NRW). Hier stellt sich die grundsätzliche Frage, welche Rolle dabei die Landesregierung selbst, der Nachhaltigkeitsbeirat und die zivilgesellschaftlichen Akteure jeweils einnehmen können.

Für eine hohe Akzeptanz bei allen Akteuren wäre es gut, wenn die Einrichtung, die für die Beratung und Unterstützung der Akteure zuständig ist, nicht bei der Landesregierung angesiedelt sondern unabhängig ist.

### Sicherstellung der Finanzierung des Nachhaltigkeitsprozesses

Auch ein zentrales Element für einen Nachhaltigkeitsprozess aus Sicht des WBGU ist die Sicherstellung der Finanzierung des Prozesses. Dies betrifft sowohl die Finanzierung der Umsetzung von Maßnahmen als auch die Finanzierung des Prozesses selbst. Neben der Finanzierung von Maßnahmen aus dem Landeshaushalt - durch die Integration des Nachhaltigkeitsprinzips in die Fachpolitiken wie auch für spezifischen Nachhaltigkeitsprojekte – kann mittelfristig auch über die Einbindung von Stiftungen nachgedacht werden, ggfs. auch über eine landeseigene Stiftung zur Nachhaltigkeit. Ziel für

letztere Finanzierungsform ist es, auch eine von den Haushaltsmitteln der Landesregierung unabhängige verstetigte Finanzierung von Nachhaltigkeitsprojekten in Brandenburg zu gewährleisten.

#### 5.4.4. Wie erfolgen der Dialog und die Beteiligung bei der Umsetzung?

Für folgende Ziele im Rahmen der Umsetzung der Nachhaltigkeitsstrategie bedarf es dialog- und beteiligungsorientierter Verfahren.

- Information
- Beratung und Qualifizierung
- Erfahrungsaustausch und Transfer
- Entwicklung von (Modell)Projekten
- Dialog über neue Ziele und Maßnahmen

„Politiker denken immer die Regierung kann Nachhaltigkeit machen – das ist ein fundamentaler Fehler. (...) Nachhaltigkeit kann man nur machen, wenn man sich partnerschaftlich auf den Weg macht. (...) Man muss die Akteure einer Nachhaltigkeitsentwicklung benennen und in ihrer jeweiligen Eigenständigkeit respektieren. Und das ist mehr als Beteiligung.“

Dr. Volker Hauff, Auftaktveranstaltung

#### Information

Die Landesregierung sollte ihre vorhandenen Strategiepapiere u. ä. mit Nachhaltigkeitsbezug

auf der noch einzurichtenden Plattform [www.landesnachhaltigkeitsstrategie.brandenburg.de](http://www.landesnachhaltigkeitsstrategie.brandenburg.de) hinterlegen.

Die noch einzurichtende Geschäftsstelle informiert die Akteure regelmäßig per Newsletter über den aktuellen Stand der Umsetzung.

#### Beratung und Qualifizierung

Eine unabhängige Geschäftsstelle berät künftig die kommunalen, regionalen und landesweiten Initiativen bei der Umsetzung der Landesnachhaltigkeitsstrategie.

Über die Landesakademie für öffentliche Verwaltung des Landes Brandenburg, die Brandenburgische Landeszentrale für politische Bildung erfolgt in Zukunft die Aus-, Fort- und Weiterbildung für Mitarbeiter/innen aus dem Öffentlichen Dienst. Hierfür könnten ESF Mittel eingesetzt werden.

Gemeinsam mit anderen Trägern werden auch Fortbildungen und Qualifizierungen z. B. zum Thema BNE angeboten.

#### Erfahrungsaustausch und Transfer

Die verschiedenen Netzwerke kümmern sich im Rahmen der Nachhaltigkeitsstrategie um den notwendigen Erfahrungsaustausch mit den anderen Akteuren. Die Geschäftsstelle verbreitet die Termine über eine gesonderte Internetseite.

Der Transfer erfolgreicher Modellprojekte wird als verpflichtende Aufgabe in den Leistungsbeschreibungen bei öffentlichen Ausschreibungen enthalten.

Gemeinsam mit dem Städte- und Gemeindebund, sowie dem Landkreistag sollte das Innenministerium einen Bürgermeisterdialog initiieren.

Künftig sollte sich Brandenburg mit anderen Bundesländern regelmäßig über die Erfahrungen bei der Erstellung, Umsetzung und Evaluation landesbezogener Nachhaltigkeitsprozesse austauschen.

### Entwicklung von (Modell)Projekten

Im Rahmen der regelmäßigen Austauschtreffen werden gemeinsam (Modell)Projekte entwickelt.

### Dialog über neue Ziele, Maßnahmen

Die Steuerungsgruppe initiiert bei Bedarf einen Dialog über neue Ziele und Maßnahmen im Rahmen der Landesnachhaltigkeitsstrategie. Spätestens zweijährlich findet eine öffentliche Veranstaltung statt, auf der die Landesregierung Rechenschaft ablegt, Themen vertieft und die nächsten Schritte für die Umsetzung geplant bzw. verabredet werden.

Online-Dialoge ergänzen die Präsenzveranstaltungen.

### Rückmeldungen

Die Ergebnisse des Beteiligungsprozesses müssen in die politische Entscheidungsfindung einfließen, als Anregungen und Ideen aufgenommen und abgewogen und getroffene Entscheidungen begründet und mit den Teilnehmenden rückgekoppelt werden.

Durch diese Form des Dialogs können Transparenz und Vertrauen gefördert und die Interessen der verschiedenen Akteure eingebunden werden. Je größer die Mitwirkungsmöglichkeiten und die Einbeziehung der Interessen in künftige Entscheidungen – so unsere These – desto höher ist die Identifikation der Akteure mit der LNHS.

### Präzisierung des Beteiligungsbegriffs

In den Eckpunkten steht, dass die Landesregierung eine positive Einschätzung der – gesetzlich vorgeschriebenen oder formellen – partizipativen Instrumente der Raumordnungs- und Planungsverfahren hat. Diese Instrumente sind aber in letzter Zeit bundesweit immer wieder als nicht ausreichend bezeichnet worden. Zur Klarstellung wäre es hilfreich auch die freiwillige Bürgerbeteiligung (auch informelle Beteiligung) als gewünschte Beteiligung einzubringen.

### Einbindung von Jugendlichen in den weiteren Prozess

Aufgrund ihrer besonderen Perspektive, empfehlen wir die weitere Einbindung von Jugendlichen bei der Erstellung als auch bei der Umsetzung der Landesnachhaltigkeitsstrategie. Sie sind diejenigen, die in der Welt leben (müssen), die durch die heutigen Entscheidungen beeinflusst wird. Daher sollten ihre Vorstellung von der Zukunft Brandenburgs Gehör finden.

Anders als bei anderen Akteursgruppen ist das Engagement Jugendlicher in kontinuierlich arbeitende Gremien oder Strukturen altersbedingt von einer Fluktuation geprägt, die ein Engagement auf wenige Jahre evtl. Monate beschränkt. Für einen organisch wachsenden Prozess, der Auseinandersetzung mit den eigenen Zielen, Themen und Ideen aufbaut bedarf es einer Kontinuität schaffenden Begleitung und Betreuung durch Erwachsene mit einer entsprechenden Stelle. Sie bedürfen der organisatorischen und finanziellen Unterstützung, um sich zu vernetzen, auszutauschen, Ideen und Positionen zu entwickeln und gemeinsame Aktivitäten zu koordinieren.

Die Zusammensetzung einer Steuerungsgruppe von Jugendlichen, die Einfluss auf den weiteren Entstehungsprozess der Landesnachhaltigkeitsstrategie nimmt, kann auf verschiedene Weise erfolgen. In anderen Bundesländern wird der Jugendbeirat ähnlich dem Beirat für nachhaltige Entwicklung ernannt. Eine andere Möglichkeit wäre eine Wahl von Vertreter/innen auf den jährlichen Jugendforen. Als Mischform wäre eine Ernennung mit Vorschlagsrecht der Teilnehmenden denkbar. Hier sollten die Vor- und Nachteile der verschiedenen Optionen gegeneinander abgewägt werden.

Einher geht dies mit der Frage, wie das Jugendforum in den Prozess der Erstellung und Umsetzung der Nachhaltigkeitsstrategie eingebunden ist. Ist es beispielsweise beim Beirat für nachhaltige Entwicklung angesiedelt oder ein eigenständiges Gremium? Da es sich in Brandenburg um einen parlamentarischen Beirat handelt, sehen wir das Jugendforum eher als eigenständiges Gremium. Dies bietet aus unserer Sicht eine größere Chance, die eigenen Interessen in den Prozess einzubringen. Eine Kooperation zwischen beiden Institutionen wäre selbstverständlich für beide fruchtbar.

Unabhängig davon ist eine Antwort auf die Frage zu finden, ob die Betreuung der Gremien, also des Beirates und des Jugendforums, und der Leitung des Prozesses in einer unabhängigen Geschäftsstelle oder zwei bis drei Geschäftsstellen erfolgt. Zentral wird vor allem sein, den Austausch aller Beteiligten untereinander kontinuierlich und langfristig zu gewährleisten.

#### 5.4.5. Politikfolgenabschätzung, Monitoring und Evaluation

##### **Auszug aus dem Eckpunktepapier**

„Eine Nachhaltigkeitsstrategie wird durch einen Umsetzungsprozess glaubwürdig. Dies umfasst den gesamten Zyklus von den Zieldefinitionen über deren Umsetzung bis hin zur Erfolgskontrolle und Überprüfung. Dazu sind vorhandene Indikatorensysteme weitgehend zu nutzen, um den erforderlichen Aufwand möglichst gering zu halten.“

Um die Folgen politischer Strategien in Bezug auf Nachhaltigkeit besser abschätzen zu können (Politikfolgenabschätzung) hat der Beirat für Nachhaltige Entwicklung gemeinsam mit der Landesregierung in 2012 einen Nachhaltigkeits-Check für Pläne und Programme entwickelt. Dieses Instrument zur ex-ante-Prüfung sollte auf Landesebene eingesetzt werden. Der Anwendungsbereich des Nachhaltigkeits-Checks auf Landesebene bezieht sich auf fachpolitische Strategien und Maßnahmen. Für die Kommunale Ebene wird eine Übertragbarkeit überprüft und das Instrument unter Umständen angepasst.

Mittels formaler und ex-post-Evaluierungen werden die Wirksamkeit von (Modell)Projekten, Vorhaben, Maßnahmen und Förderprojekten überprüft.

Der Nachhaltigkeitsprozess unterliegt ebenfalls einer begleitenden Evaluation. Diese besteht aus einer Selbstevaluation und einem Indikatoren gestützten Monitoring. Externe Perspektiven und Anregungen erfolgen durch ein regelmäßiges Peer-Review.

Der iterative Prozess der regelmäßigen Überprüfung, Berichterstattung, Ziel- und Maßnahmefestlegung und Umsetzung stellt sich als kontinuierlicher Lernprozess für die Beteiligten heraus.

Der Landtag könnte eine Person beauftragen regelmäßig über den Fortschritt und die anstehenden Schritte zu berichten.

#### 5.4.6. Was wäre für eine Kommunikationsstrategie hilfreich?

##### **Eckpunktepapier der Landesregierung**

Entwicklung eines Kommunikationskonzeptes, welches es allen Bereichen ermöglicht, Nachhaltigkeit für die jeweilige Zielgruppe bewusst zu machen.

Wie kann Kommunikation von Nachhaltigkeit gelingen? – Das ist die zentrale Frage. Es bestehen im Allgemeinen große Schwierigkeiten Nachhaltigkeit zu kommunizieren.

Im Dialog wurde von den Teilnehmenden vorgeschlagen, Nachhaltigkeit als Lösung zu thematisieren. Es muss deutlich werden, dass Nachhaltigkeit keine zusätzliche Aufgabe ist, sondern als Lösungsansatz für die vorhandenen Probleme genutzt werden kann. Nachhaltigkeit ist die Lösung und nicht das Problem.

Auch der Vorschlag, nicht unbedingt den Begriff „Nachhaltigkeit“ zu verwenden, wurde unterbreitet. Stattdessen sollen Begriffe aus der Lebenswelt des Menschen wie „Unsere Kommune gestalten“ genutzt werden. Jenseits der Begrifflichkeiten ist es wichtig, ein integratives, Zusammenhänge und Wechselwirkungen berücksichtigendes Nachhaltigkeitsverständnis zu Grunde zu legen, das nicht Teilziele zu Lasten anderer zu optimieren versucht.

Wichtig ist, die bestehende Interministerielle Arbeitsgruppe Kommunikation unter Federführung der Staatskanzlei aktiv in den Prozess einzubinden bzw. diese mit der Kommunikation von Nachhaltigkeit und der Vermittlung der Nachhaltigkeitsstrategie an die breite Bevölkerung zu beauftragen.

#### Logo/Emblem und Slogan für den Prozess

Zum Zwecke der Wiedererkennung, Werbung und Identifikation empfehlen wir die Entwicklung eines Logos/Emblems mit zugehörigem Slogan für den Prozess und das Produkt der Landesnachhaltigkeitsstrategie. Folgende Botschaft sehen wir dabei im Mittelpunkt: Gemeinsam entwickeln wir Brandenburg nachhaltig.

#### Gallionsfiguren

Für den weiteren Prozess sollten zentrale Akteure mit einer hohen Akzeptanz in der Bevölkerung als Gallionsfiguren für die Landesnachhaltigkeitsstrategie gewonnen werden. Wichtig wäre, dass die Personen auch für Nachhaltigkeit oder Querschnittsthemen stehen.

Mögliche Personen aus Kultur, Sport, Wirtschaft, Fernsehen könnten beispielsweise sein: Dieter Moor, Günther Jauch; Henry Maske, Axel Schulz, Anja Kling, Horst Krause; Birgit Fischer; Bands: Keimzeit, Subway to Sally; Anna Loos; Spielerinnen Turbine Potsdam, Hasso Plattner. Oder andere [Brandenburger Köpfe](#).

#### Testimonials

Neben den Gallionsfiguren könnten auch zentrale Akteure aus dem Prozess (Ministerpräsident, Minister, NHB-Mitglieder, gesellschaftliche Akteure und Multiplikatoren) aufgefordert werden, ihre Ansicht über und ihren Beitrag zu einer Landesnachhaltigkeitsstrategie z. B. auf der unten genannten Homepage kundzutun.

### Vorbild Landesregierung

Durch die Einführung einer nachhaltigen Beschaffung, eines nachhaltigen Liegenschaftsmanagements und anderer vorbildlicher Maßnahmen geht die Landesregierung mit einem guten Vorbild voran und motiviert so Bürgerinnen und Bürger über die eigenen Einstellungen und das eigene Verhalten nach zu denken und das Verhalten zu verändern.

## 6. Anhang

### 6.1. Übersicht der Veranstaltungstermine

Datum	Veranstaltung
23. März 2012	Auftaktveranstaltung Dialogprozess Nachhaltigkeitsstrategie ( <a href="#">Dokumentation</a> )
23. Mai 2012	Brandenburg als Vorreiter im Umgang mit Energie und Klimawandel ( <a href="#">Dokumentation</a> )
30. August 2012	Lebensqualität für zukünftige Städte und Dörfer ( <a href="#">Dokumentation</a> )
26. September 2012	Zukunftsfähige Finanzpolitik ( <a href="#">Dokumentation</a> )
22. Oktober 2012	Beitrag lokaler und kommunaler Akteure zur Erstellung der Nachhaltigkeitsstrategie ( <a href="#">Dokumentation</a> )
02. November 2012	Nachhaltige Entwicklung kommunizieren und eine nachhaltige Bildungslandschaft fördern ( <a href="#">Dokumentation</a> )
08. November 2012	Wirtschaft und Arbeit in der Hauptstadtregion ( <a href="#">Dokumentation</a> )
08. und 09. März 2013	Jugendforum ( <a href="#">Dokumentation</a> )

Tabelle 3: Bisherige Veranstaltungen im Rahmen der ersten Dialogphase zur Erstellung der Nachhaltigkeitsstrategie des Landes Brandenburg

### 6.2. Übersicht Teilnehmende

Im Folgenden sind die Teilnehmenden an dem Dialogprozess sortiert nach Veranstaltungen, Gruppenzugehörigkeit, Geschlecht und Anzahl der Teilnahmen an den acht Veranstaltungen aufgeführt.

#### Anzahl der Teilnehmenden an allen Veranstaltungen nach Gruppenzugehörigkeit

Gruppe	Anzahl TN	In %
Ministerien	118	18,29
NHB	41	6,36
Landesbehörden	26	4,03
Kommune	48	7,44
Politik	25	3,88
Wirtschaft	73	11,32
Gewerkschaften	9	1,40
Wissenschaft	34	5,27
Bildung	33	5,12
NGO	159	24,65
Jugendliche	54	8,37
Sonstige	25	3,88
<b>Gesamt</b>	<b>645</b>	<b>100,00</b>

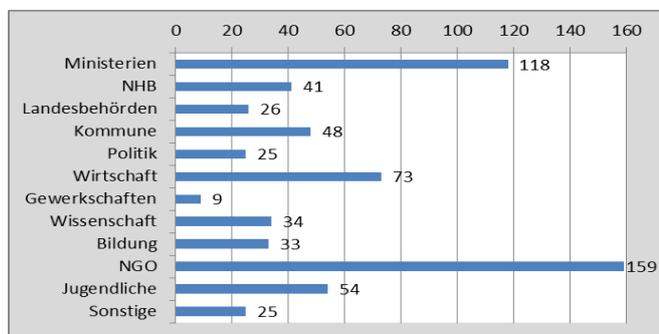


Tabelle 4: Anzahl der Teilnehmenden an allen Veranstaltungen nach Gruppenzugehörigkeit

### Anzahl der Teilnehmenden an der Auftaktveranstaltung nach Gruppenzugehörigkeit

Gruppe	Anzahl TN	In %
Ministerien	39	18,75
NHB	8	3,85
Landesbehörden	10	4,81
Kommune	11	5,29
Politik	13	6,25
Wirtschaft	35	16,83
Gewerkschaften	3	1,44
Wissenschaft	12	5,77
Bildung	7	3,37
NGO	62	29,81
Sonstige	8	3,85
<b>Gesamt</b>	<b>208</b>	<b>100,00</b>

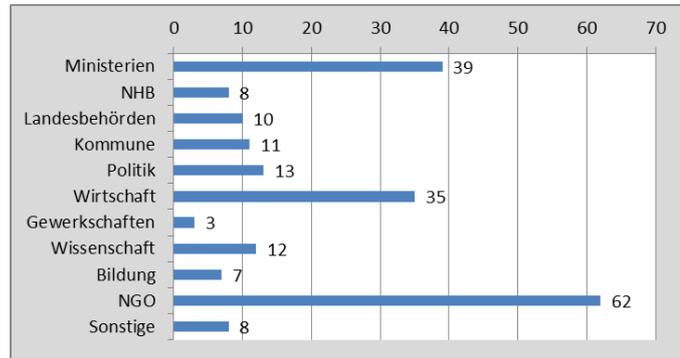


Tabelle 5: Anzahl der Teilnehmenden an der Auftaktveranstaltung nach Gruppenzugehörigkeit

### Anzahl der Teilnehmenden am Workshop Energie und Klima nach Gruppenzugehörigkeit

Gruppe	Anzahl TN	In %
Ministerien	17	20,24
NHB	7	8,33
Landesbehörden	4	4,76
Kommune	7	8,33
Politik	0	0,00
Wirtschaft	14	16,67
Gewerkschaften	0	0,00
Wissenschaft	9	10,71
Bildung	1	1,19
NGO	22	26,19
Sonstige	3	3,57
<b>Gesamt</b>	<b>84</b>	<b>100,00</b>

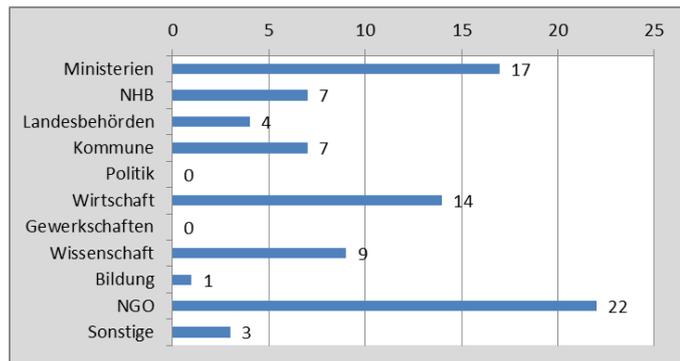


Tabelle 6: Anzahl der Teilnehmenden am Workshop Energie und Klima nach Gruppenzugehörigkeit

### Anzahl der Teilnehmenden am Workshop Lebensqualität nach Gruppenzugehörigkeit

Gruppe	Anzahl TN	In %
Ministerien	15	27,27
NHB	7	12,73
Landesbehörden	4	7,27
Kommune	7	12,73
Politik	0	0,00
Wirtschaft	4	7,27
Gewerkschaften	1	1,82
Wissenschaft	2	3,64
Bildung	0	0,00
NGO	15	27,27
Sonstige	0	0,00
<b>Gesamt</b>	<b>55</b>	<b>100,00</b>

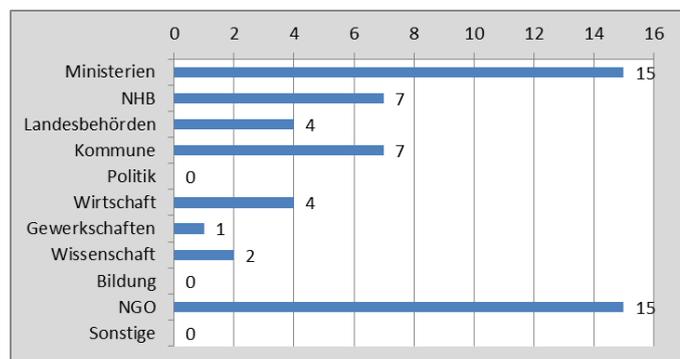


Tabelle 7: Anzahl der Teilnehmenden am Workshop Lebensqualität nach Gruppenzugehörigkeit

### Anzahl der Teilnehmenden am Workshop Finanzen nach Gruppenzugehörigkeit

Gruppe	Anzahl TN	In %
Ministerien	11	35,48
NHB	6	19,35
Landesbehörden	1	3,23
Kommune	0	0,00
Politik	2	6,45
Wirtschaft	4	12,90
Gewerkschaften	2	6,45
Wissenschaft	1	3,23
Bildung	0	0,00
NGO	3	9,68
Sonstige	1	3,23
<b>Gesamt</b>	<b>11</b>	<b>35,48</b>

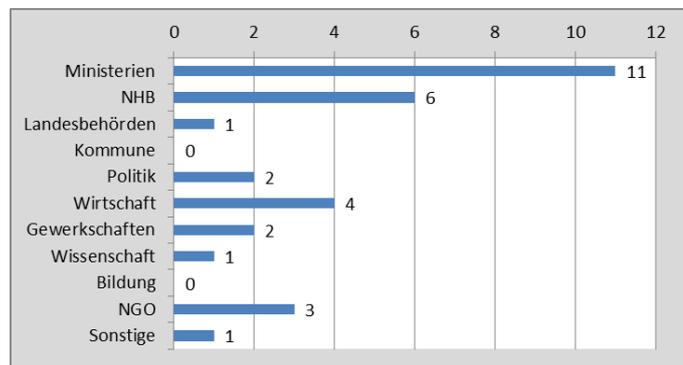


Tabelle 8: Anzahl der Teilnehmenden am Workshop Finanzen nach Gruppenzugehörigkeit

### Anzahl der Teilnehmenden am Kommunal-Workshop nach Gruppenzugehörigkeit

Gruppe	Anzahl TN	In %
Ministerien	7	17,50
NHB	3	7,50
Landesbehörden	0	0,00
Kommune	12	30,00
Politik	2	5,00
Wirtschaft	2	5,00
Gewerkschaften	0	0,00
Wissenschaft	1	2,50
Bildung	1	2,50
NGO	10	25,00
Sonstige	2	5,00
<b>Gesamt</b>	<b>40</b>	<b>100,00</b>

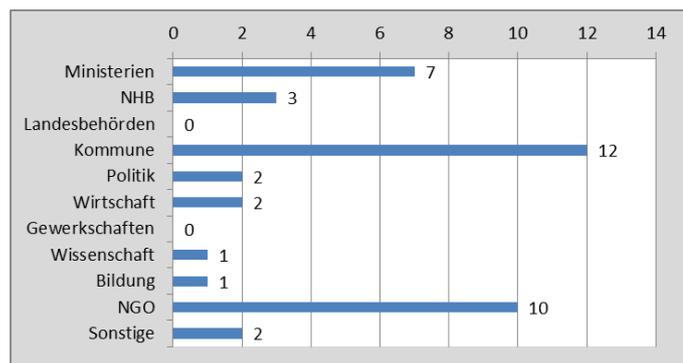


Tabelle 9: Anzahl der Teilnehmenden am Kommunal-Workshop nach Gruppenzugehörigkeit

### Anzahl der Teilnehmenden am Zweiten Runden Tisch BNE nach Gruppenzugehörigkeit

Gruppe	Anzahl TN	In %
Ministerien	14	12,71
NHB	4	3,39
Landesbehörden	6	4,24
Kommune	10	8,47
Politik	4	3,39
Wirtschaft	5	4,24
Gewerkschaften	2	1,69
Wissenschaft	5	4,24
Bildung	23	19,49
NGO	38	32,20
Sonstige	7	5,93
<b>Gesamt</b>	<b>118</b>	<b>100,00</b>

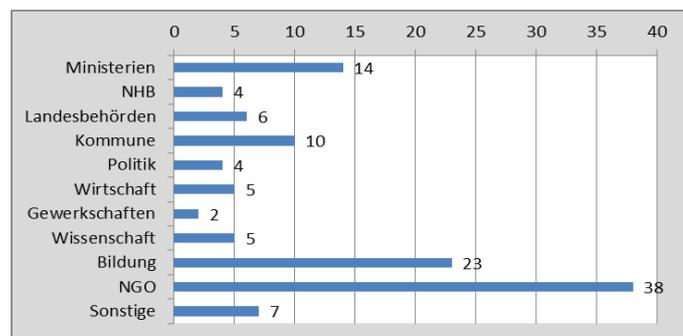


Tabelle 10: Anzahl der Teilnehmenden Zweiten Runden Tisch BNE nach Gruppenzugehörigkeit

### Anzahl der Teilnehmenden am Workshop Wirtschaft und Arbeit nach Gruppenzugehörigkeit

Gruppe	Anzahl TN	In %
Ministerien	11	25,00
NHB	5	11,36
Landesbehörden	0	0,00
Kommune	1	2,27
Politik	2	4,55
Wirtschaft	9	20,45
Gewerkschaften	1	2,27
Wissenschaft	3	6,82
Bildung	1	2,27
NGO	7	15,91
Sonstige	4	9,09
<b>Gesamt</b>	<b>44</b>	<b>100,00</b>

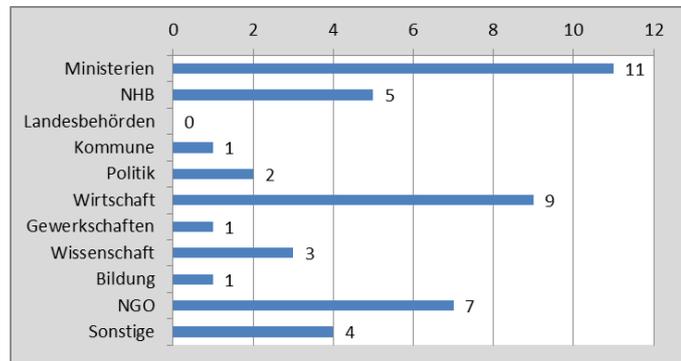


Tabelle 11: Anzahl der Teilnehmenden am Workshop Wirtschaft und Arbeit nach Gruppenzugehörigkeit

### Anzahl der Teilnehmenden am Jugendforum nach Gruppenzugehörigkeit

Gruppe	Anzahl TN	In %
Ministerien	4	6,15
NHB	1	1,54
Landesbehörden	1	1,54
Kommune	0	0,00
Politik	2	3,08
Wirtschaft	0	0,00
Gewerkschaften	0	0,00
Wissenschaft	1	1,54
Bildung	0	0,00
NGO	2	3,08
Jugendliche	54	83,08
Sonstige	0	0,00
<b>Gesamt</b>	<b>65</b>	<b>100,00</b>

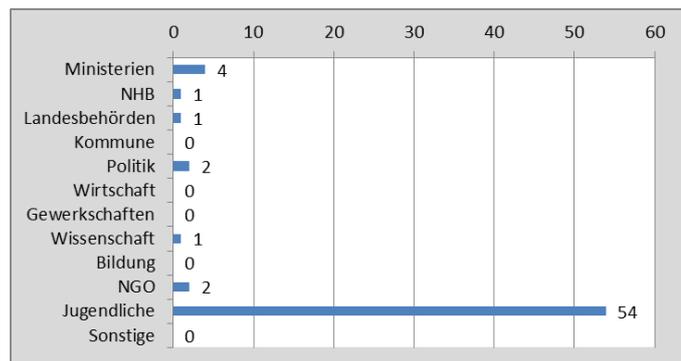
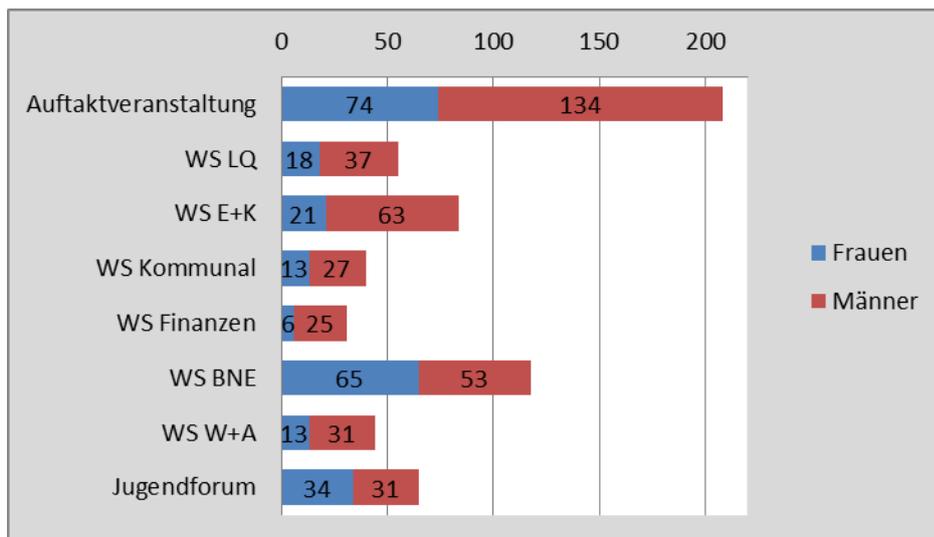


Tabelle 12: Anzahl der Teilnehmenden am Workshop Wirtschaft und Arbeit nach Gruppenzugehörigkeit

### Anzahl der Teilnehmenden nach Geschlecht und Veranstaltung

Veranstaltung	Anzahl	Frauen	Männer
Auftaktveranstaltung	208	74	134
WS LQ	55	18	37
WS E+K	84	21	63
WS Kommunal	40	13	27
WS Finanzen	31	6	25
WS BNE	118	65	53
WS W+A	44	13	31
Jugendforum	65	34	31
<b>Alle Veranstaltungen</b>	<b>645</b>	<b>244</b>	<b>401</b>

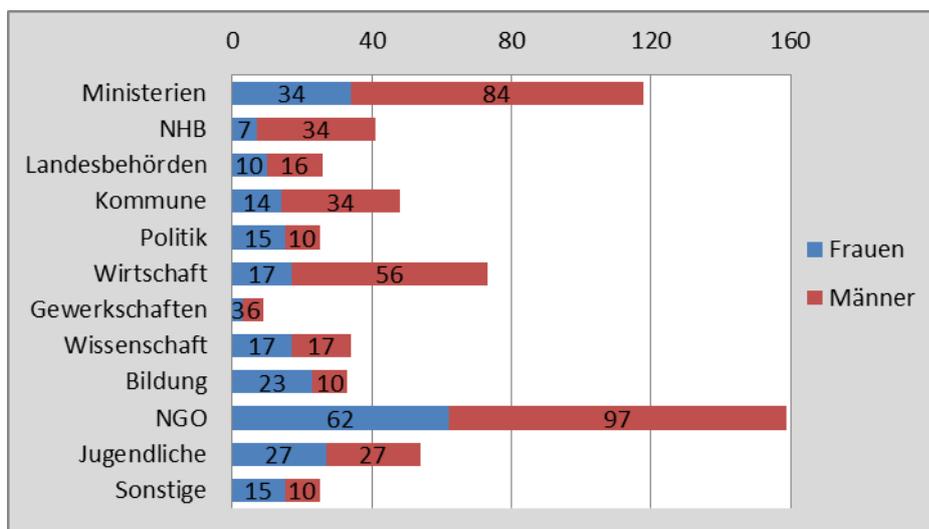
Tabelle 13: Anzahl der Teilnehmenden nach Geschlecht und Veranstaltung



Anzahl der Teilnehmende nach Geschlecht und Gruppe an allen Veranstaltungen

Gruppe	Gesamt	Männer	Frauen
Ministerien	118	84	34
NHB	41	34	7
Landesbehörden	26	16	10
Kommune	48	34	14
Politik	25	10	15
Wirtschaft	73	56	17
Gewerkschaften	9	6	3
Wissenschaft	34	17	17
Bildung	33	10	23
NGO	159	97	62
Jugendliche	54	27	27
Sonstige	25	10	15
<b>Gesamt</b>	<b>645</b>	<b>401</b>	<b>244</b>

Tabelle 14: Anzahl der Teilnehmende nach Geschlecht und Gruppe an allen Veranstaltungen



### Anzahl der Teilnehmenden nach Anzahl der besuchten Veranstaltungen

Anzahl der besuchten Veranstaltungen	Anzahl der Personen
1	347
2	80
3	22
4	8
5	4
6	2
7	0
8	1

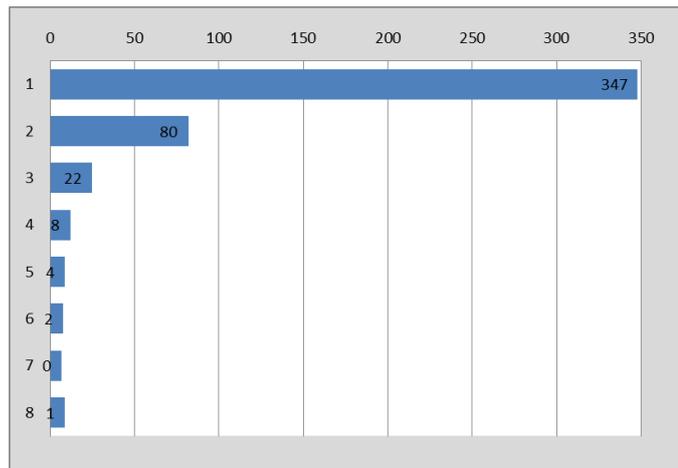


Tabelle 15: Anzahl der Teilnehmenden nach Anzahl der besuchten Veranstaltungen

### Anzahl der Teilnehmenden nach Anzahl der besuchten Veranstaltungen und Gruppe

Gruppe	Gesamt	Anzahl der besuchten Veranstaltungen							
		1	2	3	4	5	6	7	8
Ministerien	68	43	12	7	3	2			1
NHB	18	9	3	1	3	1	1		
Landesbehörden	20	15	4	1					
Kommune	36	29	2	5					
Politik	19	16	2	1					
Wirtschaft	53	38	11	4					
Gewerkschaften	8	7	1						
Wissenschaft	28	23	5						
Bildung	25	18	6	1					
NGO	116	79	32	2	2	1			
Jugendliche	54	54							
Sonstige	19	16	2				1		
<b>Gesamt</b>	<b>464</b>	<b>347</b>	<b>80</b>	<b>22</b>	<b>8</b>	<b>4</b>	<b>2</b>		<b>1</b>

Tabelle 16: Anzahl der Teilnehmenden nach Anzahl der besuchten Veranstaltungen und Gruppe

### Regionale Verteilung der Teilnehmenden

Insgesamt wurden die Veranstaltungen von 645 Teilnehmenden besucht. Das waren 464 Personen, die zwischen einem und acht Mal an den acht Veranstaltungen teilnahmen. 15 Personen mit 16 Teilnahmen an Veranstaltungen stammten nicht aus Brandenburg oder Berlin. Die übrigen 451 Personen verteilen sich regional wie folgt:

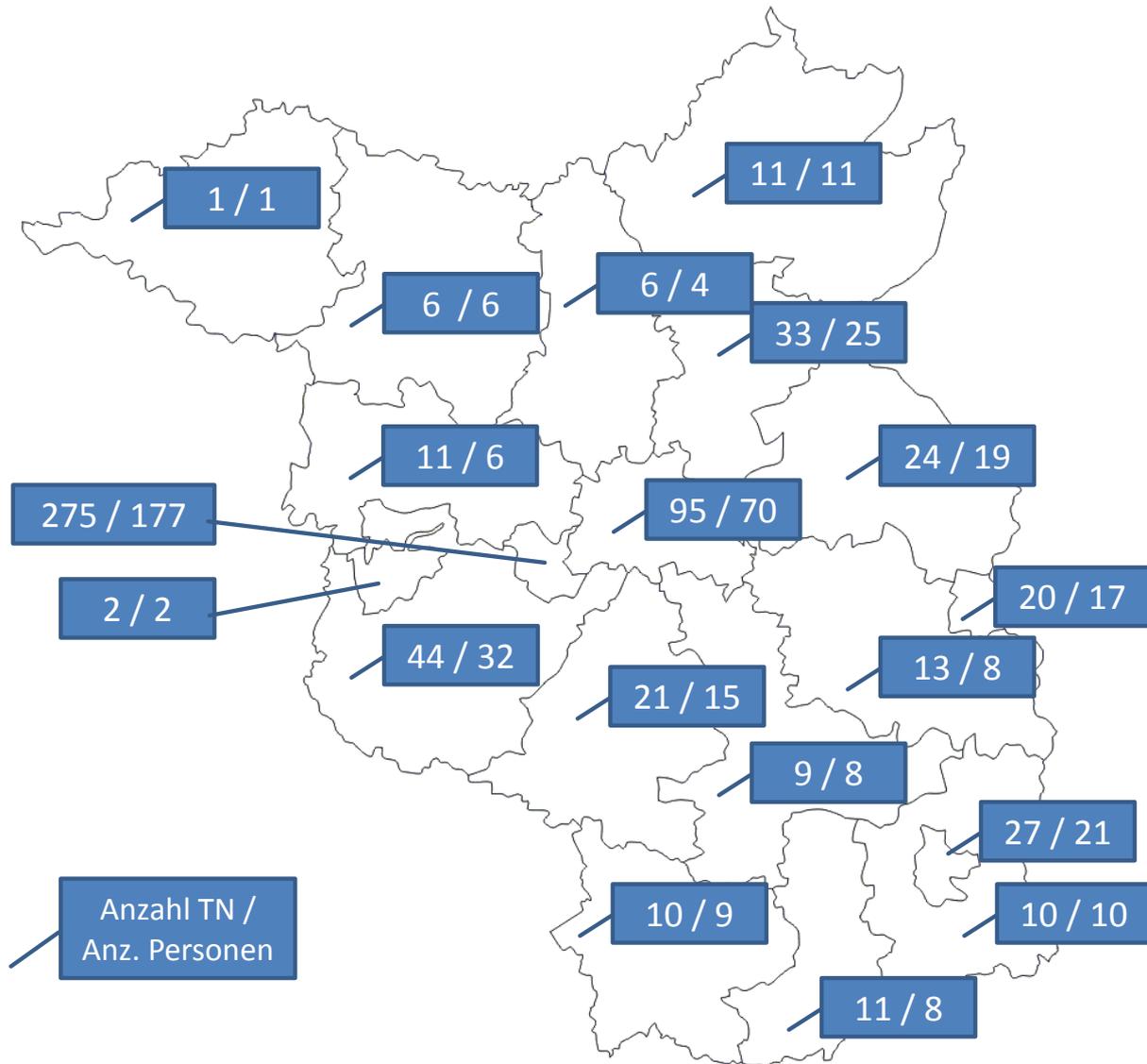


Abbildung 12: Regionale Verteilung der 451 Teilnehmenden aus Berlin-Brandenburg nach Kreisen bzw. kreisfreien Städten

Landkreise /Kreisfreie Städte	Anzahl Personen	Anzahl WS-Teilnahmen
Barnim	25	33
Berlin	70	95
Brandenburg an der Havel	2	2
Cottbus	21	27
Dahme-Spreewald	8	9

Elbe-Elster	9	10
Frankfurt (Oder)	17	20
Havelland	6	11
Märkisch-Oderland	19	24
Nicht-Brandenburg	15	16
Oberhavel	4	6
Oberspreewald-Lausitz	8	11
Oder-Spree	8	13
Ostprignitz-Ruppin	6	6
Potsdam	177	275
Potsdam-Mittelmark	32	44
Prignitz	1	1
Spree-Neiße	10	10
Teltow-Fläming	15	21
Uckermark	11	11
<b>Gesamtergebnis</b>	<b>464</b>	<b>645</b>

Tabelle 17: Regionale Verteilung der Teilnehmenden nach Kreisen und kreisfreien Städten

Gruppenzugehörigkeit	Bildung	Gewerkschaften	Jugendliche	Kommune	Landesbehörden	Ministerien	NGO	NHB	Politik	Sonstige	Wirtschaft	Wissenschaft	Summe WS-Teilnahmen	Anzahl Personen
Landkreise / kreisfr. Städte														
Barnim	1		3	5	5		4	5		1	2	7	33	25
Berlin	2	8	3	1	1	1	17	14		15	26	7	95	70
Brandenburg a.d. Havel	1						1						2	2
Cottbus	1	1	3	8	1		5		1		3	4	27	21
Dahme-Spreewald	1		1	1	1		5						9	8
Elbe-Elster			5	4						1			10	9
Frankfurt (Oder)	3		3	1	2		7				4		20	17
Havelland	2		1	1			6		1				11	6
Märkisch-Oderland			3	3			10	1		1	3	3	24	19
Nicht-Brandenburg	1		5			1	2	1	1	2	3		16	15
Oberhavel			1	1			4						6	4
Oberspreewald-Lausitz				2			8		1				11	8
Oder-Spree			2		1		8	2					13	8
Ostprignitz-Ruppin			1	2			3						6	6
Potsdam	15		15	3	12	116	53	18	15	4	14	10	275	177
Potsdam-Mittelmark	2		2	8			19		4		7	2	44	32
Prignitz	1												1	1
Spree-Neiße	1		2	3			3				1		10	10
Teltow-Fläming	1		4	1	2		5			1	7		21	15
Uckermark	1			4	1		2			1	2		11	11
<b>Gesamtergebnis</b>	<b>33</b>	<b>9</b>	<b>54</b>	<b>48</b>	<b>26</b>	<b>118</b>	<b>162</b>	<b>41</b>	<b>23</b>	<b>26</b>	<b>72</b>	<b>33</b>	<b>645</b>	<b>464</b>

Tabelle 18: Regionale Verteilung der Teilnehmenden nach Gruppenzugehörigkeit

### 6.3. Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: Übersicht allgemeine Wechselwirkungen zwischen den Handlungsschwerpunkten	104
Tabelle 2: Identifizierte Hemmnisse für Nachhaltigkeitspolitik	112
Tabelle 3: Bisherige Veranstaltungen im Rahmen der ersten Dialogphase zur Erstellung der Nachhaltigkeitsstrategie des Landes Brandenburg	124
Tabelle 4: Anzahl der Teilnehmenden an allen Veranstaltungen nach Gruppenzugehörigkeit	124
Tabelle 5: Anzahl der Teilnehmenden an der Auftaktveranstaltung nach Gruppenzugehörigkeit	125
Tabelle 6: Anzahl der Teilnehmenden am Workshop Energie und Klima nach Gruppenzugehörigkeit	125
Tabelle 7: Anzahl der Teilnehmenden am Workshop Lebensqualität nach Gruppenzugehörigkeit	125
Tabelle 8: Anzahl der Teilnehmenden am Workshop Finanzen nach Gruppenzugehörigkeit	126
Tabelle 9: Anzahl der Teilnehmenden am Kommunal-Workshop nach Gruppenzugehörigkeit	126
Tabelle 10: Anzahl der Teilnehmenden Zweiten Runden Tisch BNE nach Gruppenzugehörigkeit	126
Tabelle 11: Anzahl der Teilnehmenden am Workshop Wirtschaft und Arbeit nach Gruppenzugehörigkeit	127
Tabelle 12: Anzahl der Teilnehmenden am Workshop Wirtschaft und Arbeit nach Gruppenzugehörigkeit	127
Tabelle 13: Anzahl der Teilnehmenden nach Geschlecht und Veranstaltung	127
Tabelle 14: Anzahl der Teilnehmende nach Geschlecht und Gruppe an allen Veranstaltungen	128
Tabelle 15: Anzahl der Teilnehmenden nach Anzahl der besuchten Veranstaltungen	129
Tabelle 16: Anzahl der Teilnehmenden nach Anzahl der besuchten Veranstaltungen und Gruppe	129
Tabelle 17: Regionale Verteilung der Teilnehmenden nach Kreisen und kreisfreien Städten	131
Tabelle 18: Regionale Verteilung der Teilnehmenden nach Gruppenzugehörigkeit	131

### 6.4. Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Prozess der Erstellung der Nachhaltigkeitsstrategie des Landes Brandenburg	4
Abbildung 2: Handlungsschwerpunkte des Eckpunktepapers	5
Abbildung 3: Vorgesehene Strategieelemente für die Handlungsschwerpunkte der Nachhaltigkeitsstrategie	6
Abbildung 4: Wortwolke Energie und Klima	7
Abbildung 5: Wortwolke Lebensqualität	22
Abbildung 6: Wortwolke Zukunftsfähige Finanzen	39
Abbildung 7: Wortwolke Bildung für Nachhaltige Entwicklung	50
Abbildung 8: Akteure im Feld BNE im Land Brandenburg	52
Abbildung 9: Wortwolke Wirtschaft und Arbeit	63
Abbildung 10: Wortwolke Kommunen und lokale Akteure	80
Abbildung 11: Die Raute der Transformation	116
Abbildung 12: Regionale Verteilung der 451 Teilnehmenden aus Berlin-Brandenburg nach Kreisen bzw. kreisfreien Städten	130

## 6.5. Verzeichnis der Abkürzungen

BNE	Bildung für Nachhaltige Entwicklung
BUSS	Beratungs- und Unterstützungssystem für Schulen
DAS	Deutsche Anpassungsstrategie
EFRE	Europäischer Fonds für regionale Entwicklung
ESF	Europäischer Sozialfonds
IMAG NE	Interministerielle Arbeitsgruppe Nachhaltige Entwicklung
LA21	Lokalen Agenda 21
LAP BNE	Landesaktionsplans Bildung für Nachhaltige Entwicklung
LLL	Lebenslanges Lernen
LNHS	Landesnachhaltigkeitsstrategie
MUGV	Ministerium für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz des Landes Brandenburg des Landes Brandenburg
NE	Nachhaltige Entwicklung
NHB	Beirat für Nachhaltige Entwicklung des Landes Brandenburg
NhE	Nachhaltige Entwicklung
NHS	Nachhaltigkeitsstrategie
RT BNE	Runder Tisch Bildung für Nachhaltige Entwicklung
SWOT	Stärken-Schwächen-Chancen-Risiken-Analyse (Akronym aus dem englischen: Strengths, Weaknesses, Opportunities und Threats)
WBGU	Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen

## Kontakt für Rückfragen

e-fect dialog evaluation consulting eG

Stefan Löchtefeld

Am Deimelberg 19

D 54295 Trier

Tel. 04 41 6 84 11 79

Fax 06 51 463 90 30 2

[loechtefeld@e-fect.de](mailto:loechtefeld@e-fect.de)

[www.e-fect.de](http://www.e-fect.de)

TAURUS ECO Consulting GmbH

Dr. Klaus Sauerborn

Am Wissenschaftspark 25-27

D-54286 Trier

Tel.: 0651 / 201 – 3130

Fax: 0651 / 201 – 3346

[Klaus.sauerborn@taurus-eco.de](mailto:Klaus.sauerborn@taurus-eco.de)

[www.taurus-eco.de](http://www.taurus-eco.de)

## Einen neuen Aufbruch wagen

Dialog wäre schön	verboten
Zukunft erschließen	Akteure nicht nur in die Wüste geschickt
neue Pfade ausprobieren	auch in Katakomben und auf Scheiterhaufen
einander Respekt zollen	
partnerschaftlich Probleme meistern	noch mal neu Aufbruch
sich gemeinsam an Lösungen erfreuen	Wagnis und Risiko
und den Geist in allem und allen wirken lassen	noch mal verladen werden durch längst oben-beschlossene-Sachen
Dialog wäre schön	da müssen schon die entgegenkommen
Credo neu buchstabieren	die ihre geleugnete Macht nutzen
Macht ausbalancieren	müssen die Füße waschen denen
Bevormundung den Abschied geben	die sie noch mal zum Aufbruch ermuntern
Differenzen anerkennen und aushalten	
sich verwundbar machen	mehr Entgegenkommen ist nötig
und den Geist Wunder wirken lassen	notwendig
	Hinhören und Offenheit
aufbrechen was versteinert und verkrustet ist	Machtverzicht und Reden auf Augenhöhe
wer gelähmt und ängstlich ist	Ende der Besserwisserei – im Glauben sind alle gleich
Mauern und Engstirnigkeit	
aus Dünkel und Herablassung	wenn ein neuer Geist durch die Rede weht
nicht ohne Mut	aus Monolog Dialog wird
und Geist	wird es nicht wie zuvor
	und alles wie gehabt
viele Aufbrüche schon	wird es neu
abgewürgt	
ausgesessen	
verlacht	

© Norbert Copray (Direktor der Fairness Stiftung gem. GmbH)